

22



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

15. Jahrgang · Heft 3

Dr. Besdorn
Fran Springborn (1. Vize Landesstatistikdirektor)
März 1963

Aufsätze:

- ✗ Haus- und Anstaltsgeburten
- Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft
- Obsternte 1962
- Gemüse 1962
- Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel
- Bauhauptgewerbe 1962
- Einheitswerte der gewerblichen Betriebe

Kurzberichte:

Industrielle Produktion 1962

Graphik des Monats: Volkszählung 1961

INDUSTRIELAND — AGRARLAND

Anteil der Bereiche



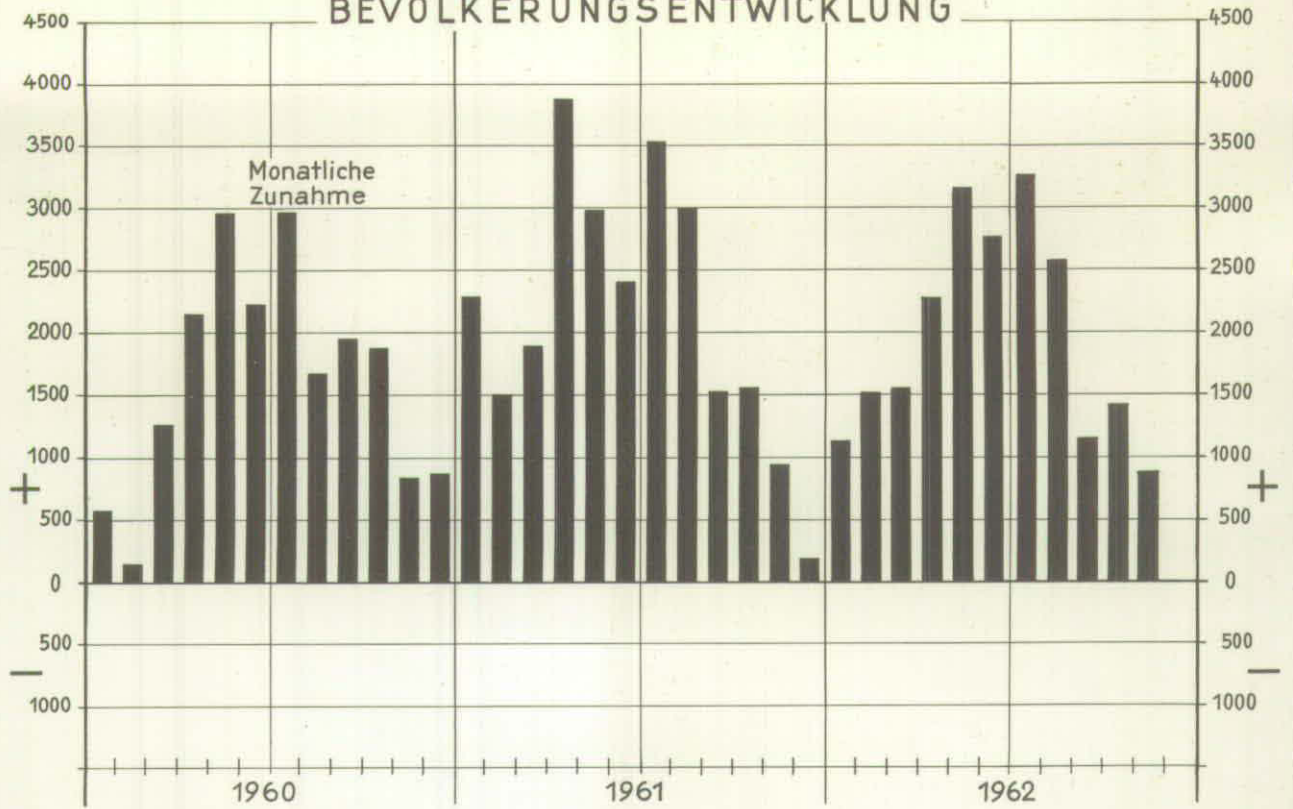
Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

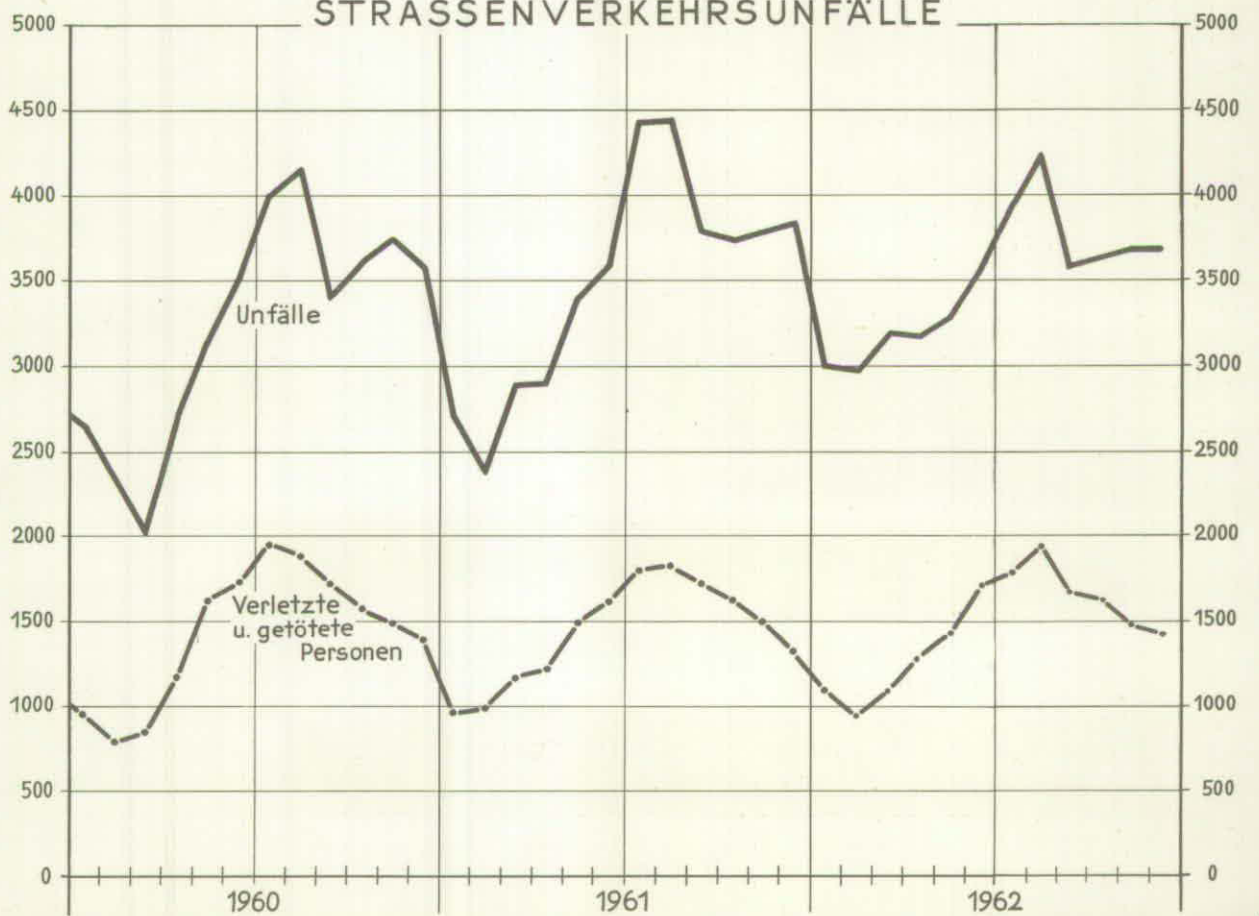
V 6458 E

D-3035

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE



I N H A L T

3/63

Aktuelle Auslese	65
Blick auf morgen	66
Aus dem Inhalt	66-67
Aufsätze	
Hausgeburten und Anstaltsentbindung 1961 .	68-70
Die Besitzverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe .	70-75
Die Obsternte 1962	75-76
Gemüseanbau und -ernte 1962	77-79
Die Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	79-81
Das Bauhauptgewerbe im Jahre 1962 . . .	81-86
Einheitswerte und Bilanz der gewerblichen Betriebe im Jahre 1960 .	86-92
Kurzberichte	
Industrielle Produktion 1962	92
Graphik des Monats	82-83
Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel	93-98
Kreiszahlen	99
Schleswig-Holstein im Bund	100
Wirtschaftskurven A - allgemein -	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

Gemeindestatistik Schleswig-Holstein 1960/1961

Teil 2 „Gebäude und Wohnungen“

56 Seiten, Preis 2,50 DM

Statistische Berichte

AO/Volkszählung 1961 - 4 (Gemeinden)

„Die Privathaushalte nach ihrer Größe und die Anstalten“

32 Seiten, Preis 2,10 DM

CO/Landwirtschaftszählung 1960 - 9

„Ausgewählte Daten über land- und forstwirtschaftliche Betriebe 1960“

70 Seiten, Preis 3,80 DM



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

15. Jahrgang · Heft 3

März 1963

Aktuelle Auslese

DER ALTERSAUFBAU DER BEVÖLKERUNG



Am 6. Juni 1961 gab es in Schleswig-Holstein 2,32 Mill. Einwohner. Die auffallendste Veränderung im Altersaufbau der Bevölkerung gegenüber der Volkszählung 1950 liegt in der Abnahme des Anteils der jungen und der Zunahme des Anteils der alten Menschen.

Altersgruppe	Wohnbevölkerung in %	
	1950	1961
0 - 14 Jahre	26	21
15 - 44 Jahre	41	40
45 - 64 Jahre	23	26
65 Jahre und älter	10	13

Die Zahl der über 44 Jahre alten Frauen hat erheblich zugenommen; ihr Anteil an der gesamten weiblichen Bevölkerung stieg in gut einem Jahrzehnt von 34% auf 42%. Der Anteil der Männer entsprechenden Alters erhöhte sich in diesem Zeitraum von 32% auf 36% der männlichen Bevölkerung.

RELIGIONSZUGEHÖRIGKEIT DER BEVÖLKERUNG

Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1961 waren von den 2,32 Mill. Einwohnern Schleswig-Holsteins reichlich 88% evangelisch und 5,6% römisch-katholisch.

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IM EINKLANG MIT DEM BUND



Die Ergebnisse der ersten vorläufigen Schätzung des Bruttoinlandsprodukts zeigen, daß die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins im Jahre 1962 mit dem Bund fast Schritt gehalten hat. Das Sozialprodukt belief sich

1962 in Schleswig-Holstein auf 11,7 Mrd. DM. Die Zunahme gegenüber 1961 lag in Schleswig-Holstein bei 8,2% und im Bundesgebiet bei 8,5%.

HANDWERK 1962



Das schleswig-holsteinische Handwerk hatte 1962 einen Umsatz (Handwerks- und Handelsumsatz) von 3,8 Mrd. DM. Die Zuwachsrate gegenüber 1961 betrug reichlich 7%. Dabei hat sich der Handelsumsatz (+ 12%) weit kräftiger ausgedehnt als der Handwerksumsatz (+ 5%). Besonders günstig war die Entwicklung im metallverarbeitenden Handwerk.

ERSTE ERGEBNISSE DER LOHNSTEUERSTATISTIK 1961



Zahlreiche Arbeitnehmer rückten in höhere Lohngruppen auf. Während 1957 noch über drei Viertel der Arbeitnehmer unter 500 DM im Monat verdienten, waren es 1961 nur noch etwas mehr als die Hälfte. Am häufigsten erhielten die Arbeitnehmer 1961 ein monatliches Entgelt zwischen 500 DM und 600 DM.

RUND 262 000 Pkw



Am 1. Januar 1963 gab es in Schleswig-Holstein rund 262 000 Personen- und Kombinationskraftwagen. Der Bestand hat damit gegenüber Juli 1962 um 7% zugenommen. Im Bundesgebiet ohne Berlin waren Anfang 1963 6,6 Mill. Personen- und Kombinationskraftwagen vorhanden. Ihre Zahl stieg seit Juli 1962 ebenfalls um 7%.

Blick auf morgen

Wird die mittlere Lebenserwartung einmal 75 Jahre betragen?

Das Statistische Bundesamt hat berechnet, wie lange die Einwohner des Bundesgebietes im Durchschnitt leben. Die durchschnittliche Lebenserwartung eines neugeborenen Jungen betrug 1959/60 66,7 Jahre und die eines neugeborenen Mädchen 71,9 Jahre. Dieses "mittlere Lebensalter" hat sich in den letzten 10 Jahren beim männlichen Geschlecht um reichlich 2 Jahre, beim weiblichen um knapp 3,5 Jahre erhöht. Die Entwicklung dürfte damit jedoch noch nicht abgeschlossen sein. Es gibt Länder in Europa, die höhere Werte für die mittlere Lebenserwartung Neugeborener aufweisen als die Bundesrepublik.

Eine mittlere Lebenserwartung von über 75 Jahren ist – Schweden beweist es – für europäische Frauen durchaus möglich. Mit dieser Aussage

darf aber nicht die Vorstellung verknüpft werden, daß die Menschen heute viel länger leben als früher.

	Zeit der Berechnung	männlich	weiblich
		– Jahre –	
Schweden	1959	71,7	75,2
Norwegen	1951 – 1955	71,1	74,7
England	1960	68,3	74,1
Niederlande	1953 – 1955	71,0	73,9

Quelle: Demographic Yearbook 1961

Die natürliche Grenze, die der Lebensdauer des Menschen gesetzt ist, hat sich in den letzten Jahrzehnten nicht wesentlich verschoben; wohl aber ist die Zahl der Menschen heute größer, die diese natürliche Grenze erreichen, und zwar vor allem durch Abnahme der vorzeitigen Sterbefälle in den ersten Lebensjahrzehnten.

Aus dem Inhalt

Haus- und Anstaltsgeburten

Seite 68

Es konnte festgestellt werden, daß der Eintritt in das Leben sich von Jahr zu Jahr in zunehmendem Maße aus der Wohnung der Familie in Entbindungsheime und Krankenhäuser verlagert. Der Anteil der Anstaltsentbindungen an allen Geburten ist in Schleswig-Holstein in den zehn Jahren seit 1951 auf mehr als das Doppelte gestiegen. 1961 wurden fast zwei Drittel aller Kinder in den Entbindungsstationen der Krankenhäuser zur Welt gebracht.

Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft

Seite 70

Die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit mehr als 0,5 ha Gesamtfläche ist in der Zeit von 1949 bis 1960 in Schleswig-Holstein von rund 67 700 auf 61 900, um 9%, zurückgegangen. Die Zahl der Betriebe mit Eigenland hat sich von 60 200 auf 53 700, die der Betriebe mit Pachtland von 32 000 auf 31 700 verringert. In erster Linie hat demnach die Zahl der Betriebe mit Eigenland abgenommen. Das Verhältnis der Betriebe mit Eigenland zu den Betrieben mit Pachtland veränderte sich von 100 : 53 im Jahre 1949 auf 100 : 58 im Jahre 1960. – Mit der Veränderung der Zahl der Betriebe haben sich auch die Flächen verändert. Bei den Betrieben mit Eigenland verminderte sich das Eigenland um fast 106 000 ha (9%), die Pachtfläche der Betriebe mit Pachtland hat dagegen um 90 000 ha (40%) zugenommen.

Obsternte 1962

Seite 75

Die Apfelernte war 1962 in Schleswig-Holstein mit 84 500 t überdurchschnittlich hoch und um fast zwei Drittel größer

als 1961. Der Birnenertrag je Baum war 1962 ebenfalls etwa doppelt so hoch wie im Vorjahr, so daß eine überdurchschnittliche Ernte erzielt wurde. Bei Steinobst war das Ergebnis wesentlich ungünstiger als beim Kernobst. Die Kirschenerträge blieben etwas unter dem langjährigen Mittel. Einen sehr niedrigen Durchschnittsertrag brachten Pflaumen- und Zwetschenbäume.

Gemüse 1962

Seite 77

Der Gemüseanbau auf dem Freiland umfaßte in Schleswig-Holstein 1962 rund 9 800 ha. In ungefähr 90% dieser Fläche teilten sich lediglich 8 Gemüsearten, nämlich Buschbohnen, Grüne Pflückerbsen, Weißkohl, Rotkohl, Möhren, Wirsingkohl, Blumenkohl und Einlegegurken. Der im wesentlichen in den landwirtschaftlichen Betrieben anzutreffende Kohlanbau ging auch 1962 weiter zurück. – Die Gemüseernte 1962 erreichte 203 000 t; sie war damit um ein Viertel kleiner als 1961, obwohl der Anbau nur um 5% eingeschränkt worden war.

Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel

Seite 79

Der Index der landwirtschaftlichen Betriebsmittel (Basis 1958/59) belief sich im Durchschnitt des Wirtschaftsjahres 1961/62 auf 106,5; d. h. die Preise der Güter, die der Landwirt zukaufte, haben sich in den letzten drei Jahren um 6,5% erhöht. Hinter dieser Durchschnittsaussage verbergen sich indessen teils erheblich stärkere Preissteigerungen (für Neubauten, für Unterhaltung von Gebäuden und Maschinen, für Handelsdünger usw.) und teils auch Preis-senkungen (für Nutz- und Zuchtvieh, für Brenn- und Treib-

stoffe). Zwei Fünftel der landwirtschaftlichen Betriebsausgaben, die durch Einkäufe entstehen, wurden von der Preisseite her nicht ausgeweitet.

Bauhauptgewerbe 1962

Seite 81

1962 hat die Hochkonjunktur im Bausektor unverändert angehalten. Ende Juli waren im schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbe 67 600 Personen tätig; das entspricht einer Zunahme von 4 000 Beschäftigten gegenüber Juli 1961. – Die Arbeitsleistung im Juli 1962 belief sich auf 11,3 Mill. Stunden. Im vergangenen Jahr waren es bei gleicher Zahl von Arbeitstagen 10,6 Mill. Stunden gewesen. Im Juli 1961 kostete eine Arbeitsstunde im Schnitt (Arbeiter und Angestellte zusammen) 3,65 DM. In Jahresfrist stieg dieser Durchschnittswert auf 4,18 DM. – Das Schwergewicht der Arbeitsleistung hat sich gegenüber den Vorjahren verschoben. Erstmals wurden für öffentliche Bauvorhaben mehr Arbeitsstunden nachgewiesen als im Wohnungsbau. – Die Lohnsumme überstieg den Betrag vom Juli 1961 um etwa ein Fünftel. Noch kräftiger, nämlich um ein Viertel, erhöhte sich der Juliumsatz. – Der Jahresumsatz betrug 1962 ungefähr 1,5 Mrd. DM; das sind 0,5 Mrd. DM mehr als 1960. Für eine Umsatzzunahme in der gleichen Größenordnung wurden in den Jahren vor 1960 noch fünf Jahre benötigt.

dem Umlaufvermögen. Das Umlaufvermögen verbesserte sein Verhältnis zum Anlagevermögen von 61 : 39 auf 63 : 37. Das Fremdkapital spielt in allen Bilanzen eine große Rolle. Von den Gewerbebetrieben waren 1960 nur 7% schuldenfrei. Die sogenannte "goldene Bilanzregel", die besagt, daß langfristig gebundene Aktiva (Anlagevermögen) durch langfristiges Kapital (Eigenkapital) finanziert werden sollen, war im Durchschnitt aller in Schleswig-Holstein zur Einheitsbewertung herangezogenen gewerblichen Betriebe befolgt worden. – Die Körperschaften stellten mit fast der Hälfte den überwiegenden Teil der Bilanzsumme der erfaßten gewerblichen Betriebe. Der Anteil der Einzelunternehmen betrug drei Zehntel und der der Personengesellschaften knapp ein Viertel. Die Bilanzrelationen sind bei den einzelnen Unternehmensarten recht unterschiedlich. – Die Struktur der Wirtschaftsbereiche hat sich in ihren Grundzügen gegenüber 1957 nur unwesentlich geändert. Zum Kreis der anlageintensiven Wirtschaftsbereiche, deren Anlagevermögen mindestens drei Viertel der Bilanzsumme ausmacht, gehörten nach wie vor die Energiewirtschaft, Ziegeleien, Kieswerke u. ä. sowie die Verkehrswirtschaft. Umgekehrt ist das Verhältnis in der Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung, davon besonders bei den Werften, und im Großhandel, die mit einem Anteil von höchstens einem Fünftel ein nur geringes Anlagevermögen ausweisen.

Einheitswerte der gewerblichen Betriebe

Seite 86

Am 1. Januar 1960 wurden die Einheitswerte für 34 212 gewerbliche Betriebe in Schleswig-Holstein neu festgesetzt. Die Einheitswerte beliefen sich auf 2,7 Mrd. DM; sie waren um 41% größer als 1957. Demnach hat sich der Einheitswert je Betrieb von 67 000 DM auf 78 000 DM erhöht. Bei den Einzelunternehmen stiegen die positiven Einheitswerte am stärksten. Sie hatten mit 59% die höchste Zuwachsrate. – Die Bilanz der gewerblichen Betriebe liefert Aufschlüsse über die Vermögens- und Kapitalstruktur der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Die Bilanzsumme für die 33 600 Gewerbebetriebe im engeren Sinne (ohne Kapitalsammelstellen) betrug Anfang 1960 6,2 Mrd. DM. Sie erhöhte sich seit 1957 um fast drei Zehntel, während die Zahl der Betriebe nur um ein Fünftel zunahm. Die einzelnen Aktivposten haben sich in ihren Relationen zur Bilanzsumme aber nur geringfügig geändert. Am beachtlichsten ist der rückläufige Anteil des Anlagevermögens gegenüber

Industrielle Produktion 1962

Seite 92

Die industrielle Produktion Schleswig-Holsteins lag im Jahre 1962 um gut 1% über dem Niveau von 1961. Der Index (Basis 1950) kletterte auf 281. Ausgesprochen positiv war die Produktionsentwicklung im Nahrungs- und Genußmittel-sektor (+ 9%), wo alle Indices der einzelnen Industriezweige den Vorjahresstand zum Teil beachtlich überschritten. Gleichermäßen positiv war auch im ganzen gesehen die Entwicklung der Grundstoffe und Produktionsgüter (+ 9%). Von den im Index unter "Investitionsgüter" zusammengefaßten Industrien konnten nur der Stahlbau sowie die Feinmechanik und Optik den Produktionsstand von 1961 überschreiten, während der Schiffbau um 23%, der Fahrzeugbau um 21% darunter blieben. Die Verbrauchsgüterindustrie blieb zwar nur um 1% unter dem Vorjahresergebnis, aber in den einzelnen Zweigen bewegten sich die Veränderungen von Zunahmen um 45% in der Kunststoffverarbeitung bis zu Abnahmen um 24% in der Textilindustrie.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Mit "Kreisen" in Tabellenüberschriften sind die kreisfreien Städte und Kreise gemeint.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehend durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1–5": "1 bis unter 5". Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, Ø bedeutet Durchschnitt.

Zeichen statt Zahlen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit

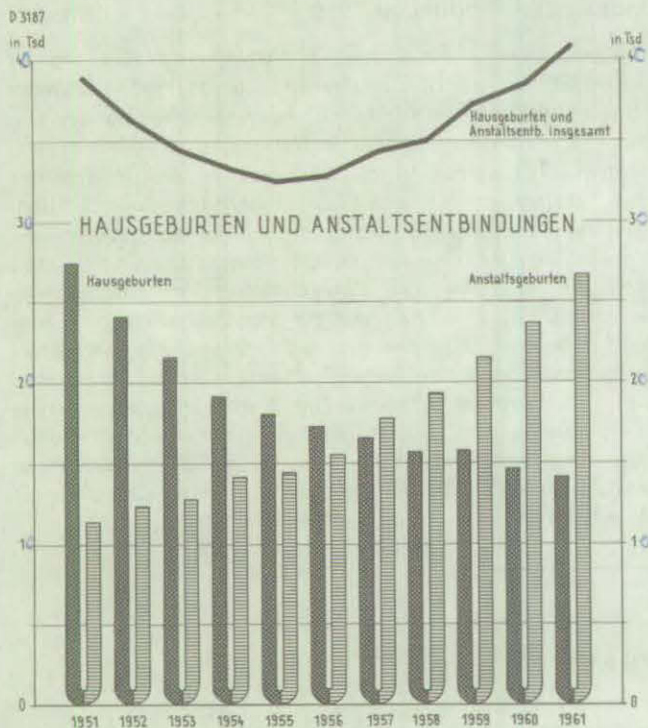
. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

x = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos.

Hausgeburt und Anstaltsentbindung 1961

Die Ergebnisse der Geburtenstatistik zeigen mit Deutlichkeit, daß der Eintritt in das Leben sich von Jahr zu Jahr in zunehmendem Maße aus der Wohnung der Familie in Entbindungsheime und Krankenhäuser verlagert. Für diese Entwicklung gibt es eine Reihe von Faktoren, deren Einflüsse im einzelnen nicht nachweisbar sind. An erster Stelle ist wohl der beschränkte Wohnraum zu nennen, der in vielen Familien eine ungestörte Hausentbindung und die nachfolgende notwendige Pflege der Wöchnerin in einem gesonderten Raum nicht gestattet. Außerdem ist sehr oft die geeignete Pflegeperson nicht greifbar, da die für diese Aufgabe prädestinierte Großmutter in der Regel nicht mehr mit der jungen Familie zusammenlebt, z. B. weil die Eheleute aus beruflichen Gründen in die Stadt gezogen sind und der Rest der Familie noch in einem entfernten Dorfe lebt. Gefördert wird die Neigung zur Anstaltsentbindung durch die offensichtlich wachsende Bereitschaft der Krankenkassen, die anfallenden Kosten einer Klinikentbindung zu übernehmen, zumal dann, wenn die Mutter des Kindes erwerbstätig war oder ist und dadurch einen eigenen Anspruch auf Versicherungsleistungen hat.



Das Bild stellt die zunehmende Bedeutung der Anstaltsentbindung sehr klar heraus. Der Anteil an allen Geburten ist in den zehn Jahren seit 1951 auf mehr als das Doppelte gestiegen. 1961 wurden fast zwei Drittel aller Kinder in den Entbindungsstationen der Krankenhäuser zur Welt gebracht. 1951 fand bereits jede dritte Entbindung in einer Krankenanstalt statt. 1961 hatte sich das Verhältnis Anstalts- zu Hausent-

bindung genau umgekehrt: nur noch jede dritte Entbindung ging in der Wohnung vor sich.

Bei den dargestellten Zahlenverhältnissen handelt es sich keineswegs um eine nur in Schleswig-Holstein aufgetretene Sonderentwicklung. Vielmehr zeigen auch die Bundesergebnisse eine erheblich angestiegene Quote der Anstaltsentbindungen. 1953 wurden 48%, 1959 jedoch 63% aller im Bundesgebiet geborenen Kinder in Kliniken und Entbindungsheimen zur Welt gebracht. Dabei spielt es sicher eine wesentliche Rolle, daß die Eltern sich von der Anstaltsentbindung eine größere Sicherheit vor Zwischenfällen versprechen. Die für Schleswig-Holstein ermittelten Prozentsätze liegen noch unter den Werten für das gesamte Bundesgebiet. Über dem Bundesdurchschnitt liegen 1959 die Quoten der Anstaltsgeburten nur in den Ländern Nordrhein-Westfalen (69%) und Baden-Württemberg (64%) sowie in den Stadtstaaten Hamburg (87%) und Bremen (80%). Die Häufigkeit der Entbindungen außerhalb der Familienwohnung kann mit der Bevölkerungsdichte und Siedlungsstruktur in Zusammenhang gebracht werden: sie ist in Großstädten und stark industrialisierten Gebieten größer als auf dem Lande. Je höher der Industrialisierungsgrad ist, um so höher ist auch der Anteil der Anstaltsgeburten.

Neben der zunächst vielleicht nur soziologisch interessanten Feststellung der Zunahme von außerhäuslichen Entbindungen darf auf der anderen Seite ihre Bedeutung für die Krankenanstalten nicht verkannt werden. Der folgenden Betrachtung wird die Zahl der überhaupt im Lande entbundenen Frauen zugrunde gelegt. Diese Angaben stützen sich auf die jährlichen statistischen Meldungen der Krankenhäuser.

Zunächst sei darauf hingewiesen, daß die Zahl der Anstaltsgeburten nach der Krankenanstaltsstatistik um rund 2 000 pro Jahr niedriger liegt als die aus den Meldungen der Standesämter. Das hat seinen Grund darin, daß die Geburten in den Krankenanstalten am "Ereignisort" gezählt werden, die Geburtenmeldungen der Standesämter jedoch den "Wohnort" der Mutter berücksichtigen. Beide Orte müssen nicht identisch sein. Sie fallen besonders häufig dann auseinander, wenn eine Schwangere sich zur Entbindung in eine Klinik begibt. Nicht in jedem Ort ist ein Krankenhaus, die einzelnen Krankenhäuser haben vielmehr ein weites Einzugsgebiet. Aus den Gemeinden im Hamburger Randgebiet z. B. entbinden jährlich rund 2 000 Frauen in Hamburg. Andererseits werden auch in Schleswig-Holstein Kinder geboren, deren Mütter ihre ständige Wohnung in einem anderen Bundesland haben. Für 1961 zeigen folgende Zahlen die Verteilung der Geburten auf das

Wohn- und Ereignisgebiet und die Zusammenhänge zwischen beiden Zuordnungsverfahren:

Von Müttern aus Schleswig-Holstein wurden
 40 842 Kinder geboren (Wohnortprinzip),
 darunter 26 696 in Anstalten (65%).

Davon sind abzusetzen
 2 206 Kinder, die in anderen Ländern geboren wurden,
 darunter 2 044 in Hamburg.

Hinzuzurechnen sind
 643 in Schleswig-Holstein geborene Kinder von Müttern aus anderen Ländern,
 darunter 379 aus Hamburg.

Mithin kamen in Schleswig-Holstein
 39 279 Kinder zur Welt (Ereignisort),
 darunter 24 618 in Anstalten (63%).

Der sich damit nach dem Ereignisort ergebende Prozentsatz für Anstaltsgeburten liegt etwas niedriger als der aus der Geburtenstatistik errechnete. In den Zahlen nach dem Wohnortprinzip schlägt hierbei aber die große Zahl der in Hamburg geborenen Kinder relativ stark zu Buch, da mindestens neun Zehntel von ihnen in einer Klinik zur Welt kommen. Der Unterschied zwischen den Zahlen nach dem Ereignisort der Geburt und den anfangs nachgewiesenen nach dem Wohnort der Mutter ist damit geklärt.

Aus der Krankenanstalts-Statistik ergibt sich nun folgende Situation:

Im Jahre 1954 wurden in sämtlichen Krankenhäusern Schleswig-Holsteins 268 000 Patienten stationär aufgenommen, darunter 13 000 Frauen (5%) zur Entbindung. 1961 wurden bei einer Gesamtzahl von 279 000 Patienten 24 000 Frauen (9%) entbunden (Diese Zahl ist wegen der Mehrlingsgeburten geringer als die der in Anstalten geborenen Kinder). Ärzte und Pflegepersonal der Kliniken, in denen in beiden Jahren

Kinder geboren wurden, betreuten 1954 durchschnittlich jede achte, 1961 aber bereits jede fünfte überhaupt stationär behandelte Frau anlässlich einer Entbindung. Die Krankenanstalten müssen sich in irgendeiner Weise an diese verstärkte Neigung der Schwangeren zur Anstaltsentbindung anpassen. So hätten angesichts der wachsenden Zahl von Anstaltsgeburten z. B. die Frauenkliniken ihre Bettenkapazität ausweiten können. Ein Blick in die Statistik zeigt aber einen - wenn auch nur geringen - Rückgang der Bettenzahl in gynäkologischen Krankenanstalten von 421 im Jahre 1954 auf 405 Ende 1961. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich im Durchschnitt nur jede vierte Schwangere zur Entbindung in eine Spezialklinik begibt. Drei Viertel der Anstaltsentbindungen erfolgen in allgemeinen Krankenanstalten. Aber auch in diesen Häusern ist das Bettenangebot seit 1954 stark eingeschränkt worden. Das konnte geschehen, da einmal aufgrund der in den letzten Jahren erzielten Fortschritte in der Therapie für viele Krankheiten sich die Dauer der stationären Behandlung verkürzte, und zum anderen die zurückgegangene Einwohnerzahl trotz annähernd gleicher relativer Bettenversorgung der Bevölkerung absolut weniger Krankenbetten erforderte. Aus vermehrten Anstaltsentbindungen bei kleinerem Bettenangebot muß gegenüber 1954 eine zunehmende Beanspruchung der Krankenhäuser durch Patientinnen, die lediglich zur Entbindung kommen, festgestellt werden. Mehr und mehr wird ein Teil der Klinikbetten von Wöchnerinnen belegt. Bei jeder Einzelnen dauert dieser Klinikaufenthalt im allgemeinen nur acht bis zehn Tage, im ganzen gesehen ergeben sich daraus aber beachtliche Summen von Pflegetagen. In den Anstalten, in denen Frauen entbunden hatten, entfielen 1961

Entbindungen im Rahmen der Gesamtleistungen der Krankenanstalten¹
 1954 und 1961

	Planmäßige Betten	Stationär behandelte Patienten	Pflegetage (in 1 000)	Stationär behandelte Frauen		Von der jährlichen Pflegeleistung Bettenkapazität wurden für Entbindungen beansprucht ²	
				insgesamt	darunter Entbindungen	%	
Allgemeine Krankenanstalten							
1954	10 748	156 216	3 274	91 060	9 125	3	2
1961	9 607	166 364	3 180	96 276	17 681	6	5
Fachkliniken für Gynäkologie							
1954	421	9 116	133	9 011	2 919	22	19
1961	405	12 842	140	12 558	5 723	41	39
Chirurgische Kliniken							
1954	252	4 824	80	2 964	360	5	4
1961	394	7 485	121	4 385	721	6	5
Sonstige Krankenanstalten							
1954	2 768	4 356	771	2 480	192	0	0
1961	2 443	3 870	724	2 320	205	0	0
Krankenanstalten mit Entbindungen insgesamt							
1954	14 189	174 512	4 258	105 515	12 596	3	2
1961	12 849	190 561	4 166	115 539	24 330	6	5

1) nur Anstalten, in denen Entbindungen stattfanden

2) bei einer durchschnittlichen Verweildauer der entbundenen Frauen von 10 Tagen

überschlägig gerechnet etwa 6% aller geleisteten Pflage tage auf Wöchnerinnen. 1954 wurden nur 3% der gesamten Bettenkapazität jener Krankenanstalten von Wöchnerinnen beansprucht. Parallel zur oben gezeigten Entwicklung der Anstaltsentbindungen ergibt sich auch für die Krankenanstalten insgesamt eine mehr als doppelt so hohe Auslastung der Betten auf Grund der Entbindungen.

Die Fachanstalten für Gynäkologie stellen naturgemäß den größten Teil ihrer Kapazität für Entbindungen bereit. In diesen Anstalten wurde 1954 durchschnittlich jedes fünfte Bett von einer Wöchnerin belegt, 1961 jedes zweite bis dritte Bett. Eine noch stärkere Ausweitung der für Entbindungen zu reservierenden Betten zeigt sich aber bei den allgemeinen Krankenanstalten. Da diese im Gegensatz zu den spezialisierten Frauenkliniken Patienten mit einer Vielzahl von Krankheitsformen aufnehmen, ist der Prozentsatz der Entbindungen gegenüber

den anderen Behandlungsfällen allerdings gering. Er betrug 1954 nur gut 2% der gesamten Pflegekapazität der allgemeinen Krankenanstalten. 1961 war er aber auf knapp 5%, also auf fast das Zweieinhalbfache angestiegen.

Mit der allgemeinen Einschränkung des Bettenangebots in den Krankenanstalten ist nun zwar die absolute Zahl der Betten für Gynäkologie und Geburtshilfe zurückgegangen. Ihr Anteil am gesamten Bettenbestand ist aber von 5% im Jahre 1954 auf 6% im Jahre 1961 angestiegen. Es darf daraus geschlossen werden, daß die Krankenhäuser - sofern sie überhaupt über abgegrenzte Spezialabteilungen verfügen - auf die zunehmenden Anstaltsentbindungen mit einem gegenüber der allgemeinen Verminderung schwächeren Abbau der Fachbetten für Geburtshilfe reagiert haben.

Dipl.-Volksw. Klaus Kamp

Die Besitzverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

- Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1960 -

Zahl und Fläche der Betriebe mit Eigen- und Pachtland

Zur Eigenart der Landwirtschaft gehört es, daß der Eigentümer des landwirtschaftlich genutzten Bodens nicht ohne weiteres zugleich derjenige ist, der ihn auch bewirtschaftet. Der Bewirtschafter des Bodens kann das von ihm bewirtschaftete Land ganz oder nur zum Teil oder überhaupt nicht als Eigentum besitzen. Das von ihm bewirtschaftete, aber nicht in sei-

nem Eigentum befindliche Land wird in der Pacht bewirtschaftet, soweit nicht andere, seltenere Rechtsverhältnisse, wie z. B. Nutzung als Deputatland, Dienstland usw. vorliegen. Die Pacht ist ein uraltes Rechtsinstitut. Die Statistik ist schon früh bemüht gewesen, die Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft zahlenmäßig festzustellen. Bereits die erste landwirtschaftliche Betriebszählung von 1882 hat neben den Fragen nach der Besitzgröße, dem Viehbestand und der Nutzung des Bodens die

Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit Eigen- und Pachtland 1949 und 1960

Position	Maßeinheit	1949	1960	Veränderungen 1949 - 1960	
				absolut	in %
Betriebe ¹ insgesamt	Anzahl	67 704	61 869	- 5 835	- 8,6
Betriebsfläche insgesamt	ha	1 400 736	1 385 095	- 15 641	- 1,1
Betriebe mit Eigenland	Anzahl	60 231	53 700	- 6 531	- 10,9
	% von Zeile 1	89,0	86,8		
diese hatten Betriebsfläche Eigenland	ha	1 284 220	1 207 398	- 76 822	- 6,0
	ha	1 172 765	1 066 771	- 105 994	- 9,0
Betriebe mit Pachtland	Anzahl	32 027	31 741	- 286	- 0,9
	% von Zeile 1	47,3	51,3		
diese hatten Betriebsfläche Pachtland	ha	581 439	715 102	+ 133 663	+ 23,0
	ha	227 207	317 238	+ 90 031	+ 39,6
Betriebe mit sonstigem Land	Anzahl	289	324	+ 35	+ 12,1
sonstiges Land	ha	764	1 086	+ 322	+ 42,1

1) 1960 ohne landwirtschaftliche Wirtschaftseinheiten außerhalb der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

Fragen nach dem Besitzstand gestellt¹. Sie wurden in jeder folgenden Betriebszählung wiederholt und dabei den jeweiligen Anforderungen von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik angepasst.

Die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit mehr als 0,5 ha Gesamtfläche ist in der Zeit von 1949 bis 1960 in Schleswig-Holstein von 67 704 auf 61 869,² um 9%, zurückgegangen. Die Zahl der Betriebe mit Eigenland hat sich von 60 231 auf 53 700, die der Betriebe mit Pachtland von 32 027 auf 31 741 verringert. Abgenommen hat demnach in erster Linie die Zahl der Betriebe mit Eigenland. Das Verhältnis der Betriebe mit Eigenland zu den Betrieben mit Pachtland veränderte sich von 100 : 53 im Jahre 1949 auf 100 : 58 im Jahre 1960.

Mit der Veränderung der Zahl der Betriebe haben sich auch die Flächen verändert. Bei den Betrieben mit Eigenland ist der Umfang der Betriebsfläche und erst recht der Umfang des Eigenlandes geringer geworden. Die Betriebsfläche verminderte sich um 76 822 ha (6%), das Eigenland hingegen um 105 994 ha (9%). Diese Fläche ist im wesentlichen der Pachtfläche zugeflossen. Geringe Teile dürften auch aus der landwirtschaftlichen Nutzung ausgeschieden oder in einzelnen Fällen zum "sonstigen Land"³ geworden sein. Die Betriebsfläche der Betriebe mit Pachtland hat sich, trotz der Verringerung der Zahl der Betriebe, um 133 663 ha erhöht, die Pachtfläche um 90 031 ha (40%). Damit veränderte sich insgesamt der Anteil des Eigen- und des Pachtlandes an der Betriebsfläche in starkem Maße. Bei den Betrieben mit Eigenland ging der Anteil des Eigenlandes an der Betriebsfläche von 1949 bis 1960 von 91% auf 88% zurück, andererseits stieg bei den Betrieben mit Pachtland der Anteil des Pachtlandes an der Betriebsfläche während dieses Zeitraumes von 39% auf 44%.

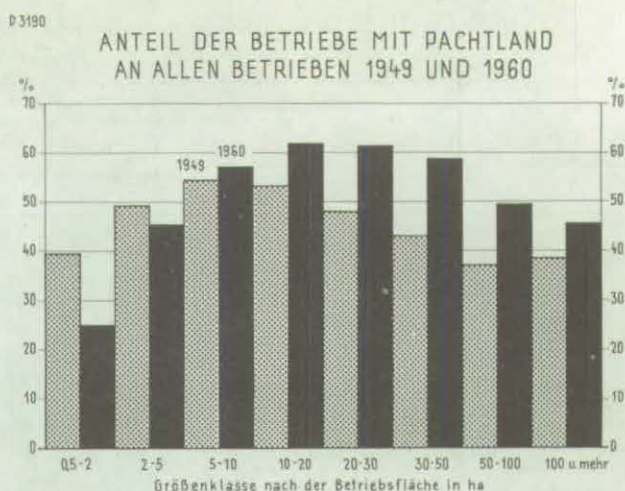
Die Veränderungen in den Größenklassen

Gesamtergebnisse verdecken naturgemäß die einzelnen Bewegungen, die zu den ablesbaren Veränderungen geführt haben. Diese Veränderungen innerhalb der Größenklassen nach der Betriebsfläche werden transparenter, wenn sie in Zusammenhang mit den Besitzverhältnissen gebracht werden.

1) St.D.R., Bd. 5, S. 1⁺

2) ohne landwirtschaftliche Wirtschaftseinheiten außerhalb der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

3) unter "sonstigem Land" wird in der LZ 1960 verstanden: Dienstland, unentgeltlich zur Verfügung gestelltes Land, Allmende usw. Das "sonstige Land" wird somit überwiegend landwirtschaftlich genutzte Fläche umfassen. Der Begriff "sonstiges Land" ist nicht zu verwechseln mit dem Begriff "sonstige Fläche". Unter "sonstige Fläche" werden in der LZ alle diejenigen zur Betriebsfläche gehörenden Flächen zusammengefaßt, die nicht landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzt werden, das sind unkultiviertes Moor- und Heideland, Gräben, Wasserläufe, Hofraum, Wege, Lagerplätze usw.



So hat z. B. von 1949 bis 1960 die Zahl der Betriebe in den Größenklassen bis 15 ha, sowie 100 ha und mehr abgenommen. Die Unterteilung nach Besitzverhältnissen zeigt jedoch, daß trotzdem in der untersten und obersten Größenklasse die Betriebe mit Eigenland zugenommen haben; diese Zunahme ist, gemessen an der Gesamtzahl der Betriebe nicht sehr groß (1 - 2%), aber insofern beachtlich, als in fast allen übrigen Größenklassen die Zahl der Betriebe mit Eigenland abgenommen hat. Der Rückgang erreichte zwischen 5 und 10 ha mit fast 30% das höchste Ausmaß.

Demgegenüber hat die Zahl der Betriebe mit Pachtland nur in den kleinen Größenklassen von 0,5 - 15 ha abgenommen, während sie in den übrigen Größenklassen angestiegen ist. Allgemein sind hier die Veränderungen viel stärker als bei den Betrieben mit Eigenland. Den größten Zugang, mehr als 40%, weisen die Betriebe von 20 - 50 ha auf. In dem starken Anwachsen der Betriebe mit Pachtland in diesen Größenklassen kommt der hier besonders starke Wunsch nach mehr Betriebsfläche zum Ausdruck.

Diese Veränderungen in der Zahl der Betriebe mit Eigen- und mit Pachtland finden ihre Entsprechung in der Veränderung des Eigen- und des Pachtlandes. Das Eigenland hat sich in allen Größenklassen mit Ausnahme der von 0,5 - 2 ha verringert, auch dort, wo die Zahl der Betriebe mit Eigenland zugenommen hat. Der Rückgang ist in den kleinen Betrieben am größten, am geringsten in der mittleren Größenklasse 20 - 30 ha. Demgegenüber ist das Pachtland vor allem in den kleinen Größenklassen geringer geworden und hat sich gerade in den mittleren Größenklassen zusammengezogen. Bei der Verkleinerung der Betriebe und bei ihrer Auflösung wurde naturgemäß zuerst das Pachtland aufgegeben und von den mittleren Betrieben übernommen. In der Größenklasse 30 - 50 ha betrug die Zunahme an Pachtland gut 100%!

Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit Eigen- und Pachtland nach Größenklassen
1949 und 1960

Größenklasse nach der Betriebsfläche in ha	Betriebe ¹			Fläche ²			Veränderungen 1949 - 1960 in %					
	insgesamt	Eigen- land	Pacht- land	insgesamt	Eigen- land	Pacht- land	Betriebe			Fläche		
							ins- gesamt	Eigen- land	Pacht- land	ins- gesamt	Eigen- land	Pacht- land
0,5 - 2	10 250	9 005	2 546	11 316	8 891	2 381	- 8,7	+ 1,5	-42,6	- 12,6	+ 2,8	- 43,6
2 - 5	8 916	7 746	4 031	28 905	20 247	8 487	- 25,9	- 23,4	- 31,7	- 25,6	- 22,7	- 31,5
5 - 7,5	3 638	3 235	2 019	22 351	15 254	7 035	- 26,8	- 27,0	- 26,1	- 26,9	- 29,0	- 22,3
7,5 - 10	3 055	2 712	1 809	26 643	18 391	8 212	- 24,7	- 26,8	- 16,9	- 24,5	- 30,0	- 7,9
10 - 15	5 926	5 204	3 747	73 911	52 333	21 478	- 16,0	- 20,8	- 2,3	- 15,6	- 24,0	+ 15,2
15 - 20	6 551	5 734	3 999	114 408	84 520	29 780	+ 3,9	- 3,7	+ 22,3	+ 4,3	- 6,7	+ 56,2
20 - 30	9 904	8 531	6 070	243 230	181 469	61 664	+ 10,7	+ 1,9	+ 41,3	+ 10,5	- 2,8	+ 85,2
30 - 50	8 771	7 303	5 147	335 374	256 307	78 844	+ 5,5	- 6,4	+ 43,7	+ 5,3	- 8,3	+ 100,8
50 - 100	3 979	3 483	1 972	259 097	206 404	52 500	+ 1,6	- 5,7	+ 35,5	+ 1,7	- 9,0	+ 87,5
100 und darüber	879	747	401	269 860	222 955	46 857	- 1,0	+ 1,8	+ 17,3	- 7,7	- 6,3	- 13,8
Insgesamt	61 869	53 700	31 741	1 385 095	1 066 771	317 238	- 8,6	- 10,9	- 0,9	- 1,1	- 9,0	+ 39,6

1) 1960 ohne landwirtschaftliche Wirtschaftseinheiten außerhalb der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe 2) neben Eigen- und Pachtland waren noch geringe Flächen "Sonstiges Land" vorhanden, die hier nicht mit ausgliedert sind

Bilanz und Folgerungen

Stellt man die Veränderungen in Zahl, Pachtland und Eigenland der Betriebe nach Größenklassen bilanzmäßig derart zusammen, daß die Größenklassen mit einer Zunahme denen mit einer Abnahme gegenübergestellt werden, so ergibt sich folgendes Schema:

Größenklasse nach d. Betriebsfläche	Zu- oder Abnahme 1949 - 1960	Saldo
Betriebe mit Eigenland		
2 - 20 ha	- 6 129	
30 - 100 ha	- 707	- 6 836
0,5 - 2 ha	+ 134	
20 - 30 ha	+ 158	
100 und mehr ha	+ 13	+ 305
zusammen		- 6 531
Betriebe mit Pachtland		
0,5 - 15 ha	- 4 931	
15 und mehr ha	+ 4 645	- 286
alle Betriebe		- 6 817
Fläche des Eigenlandes		
0,5 - 2 ha	+ 244 ha	
2 und mehr ha	- 106 238 ha	- 105 994 ha
Fläche des Pachtlandes		
0,5 - 10 ha	- 8 455 ha	
100 und mehr ha	- 7 502 ha	- 15 957 ha
10 - 100 ha		+ 105 988 ha
zusammen		+ 90 031 ha
Eigen- und Pachtland zus.		- 15 963 ha

Das durch die Verminderung des Eigenlandes in fast allen Größenklassen und die Verminderung des Pachtlandes in den Größenklassen 0,5 - 10 ha und 100 ha und darüber freigewordene Land ist in die Größenklassen von 10 - 100 ha geflossen; dabei ist zu bemerken, daß in der Größenklasse 10 - 15 ha der Rückgang des Eigenlandes wesent-

lich größer ist als der Zugang des Pachtlandes. - Der Saldo dieser Veränderungen, mit der Zunahme des Pachtlandes fast in gleichem Umfang wie die Verringerung des Eigenlandes, läßt den Schluß zu, daß die Wanderung des landwirtschaftlichen Bodens - es dürfte sich in erster Linie um LN handeln - in den meisten Fällen in der Form der Pacht vor sich gegangen ist. Die Aufstockung der Betriebe und damit ihre Umgruppierung aus einer bisher kleineren Größenklasse in eine höhere ist im wesentlichen durch die Pacht erfolgt. Der "Überschuß" des in den mittleren Größenklassen hinzugekommenen Pachtlandes über den Rückgang des Eigenlandes ist in der Größenklasse 20 - 30 ha mit 23 117 ha am größten. Aus der Statistik ist allerdings nicht zu erkennen, ob dieses auf die Parzellenpacht oder auf die Pachtung geschlossener Betriebe zurückzuführen ist.

Die Wanderung des Pachtlandes zu den mittleren Betrieben beruht auf einem ökonomischen Zwang. Die Aufstockung dieser Betriebe im Wege der Pacht ist notwendig, um den Umfang des Produktionsfaktors Boden dem vorhandenen Produktionsfaktor Kapital (Maschinen und Mechanisierungseinrichtungen) und den vorhandenen Arbeitskräften (Produktionsfaktor Arbeit) anzupassen, um eine optimale Erzeugung nach Menge und Rentabilität zu erzielen.

An der Veränderung des Besitzstandes in der Landwirtschaft von 1949 bis 1960 ist die Pacht viel stärker beteiligt gewesen als die Übertragung von Eigentum.

Die Veränderungen in den Kreisen

In Schleswig-Holstein hat von 1949 bis 1960 die Zahl der Betriebe mit Eigenland um 11% abgenommen. Ein Rückgang ist in allen Kreisen

festzustellen; eine Ausnahme macht jedoch der Kreis Plön, der im Gegensatz zur allgemeinen Entwicklung eine Zunahme der Betriebe mit Eigenland um 10% aufweist. Der größte Rückgang ist in den Kreisen der Westküste Norderdithmarschen, Süderdithmarschen und Südtondern zu verzeichnen; am geringsten war er im Kreis Eckernförde.

Anteil der Betriebe mit Eigen- und Pachtland an allen Betrieben des jeweiligen Kreises 1949 und 1960

Kreis	Betriebe insgesamt ¹⁾		und zwar mit			
	1949	1960	Eigenland		Pachtland	
			Anzahl	%	Anzahl	%
Eckernförde	2 554	2 506	87,2	87,4	37,2	41,0
Eiderstedt	1 770	1 621	72,9	76,0	70,4	70,8
Eutin	1 955	1 768	86,1	86,1	44,2	45,4
Flensburg-Land	4 539	4 166	91,9	86,1	40,0	50,8
Hzgt. Lauenburg	4 043	3 826	86,5	86,4	55,8	51,3
Husum	4 896	4 320	86,8	84,0	56,4	62,1
Norderdithmarschen	3 443	3 009	93,2	83,8	47,3	60,0
Oldenburg (Holstein)	2 778	2 473	86,7	88,0	48,3	45,3
Pinneberg	4 178	3 878	92,6	89,1	45,1	50,0
Plön	3 503	3 669	85,0	89,2	41,8	39,8
Rendsburg	6 064	5 669	90,7	90,7	43,9	46,8
Schleswig	5 597	4 986	91,5	87,1	47,0	53,8
Segeberg	5 040	4 713	93,6	92,4	38,7	44,2
Steinburg	4 182	3 781	89,1	84,6	42,9	51,4
Stormarn	3 287	3 044	90,6	90,6	42,8	42,6
Süderdithmarschen	4 204	3 690	92,1	84,5	46,9	57,7
Südtondern	4 383	3 732	87,4	83,8	57,4	59,9
Kreise zusammen	66 416	60 851	89,3	87,0	46,9	51,1

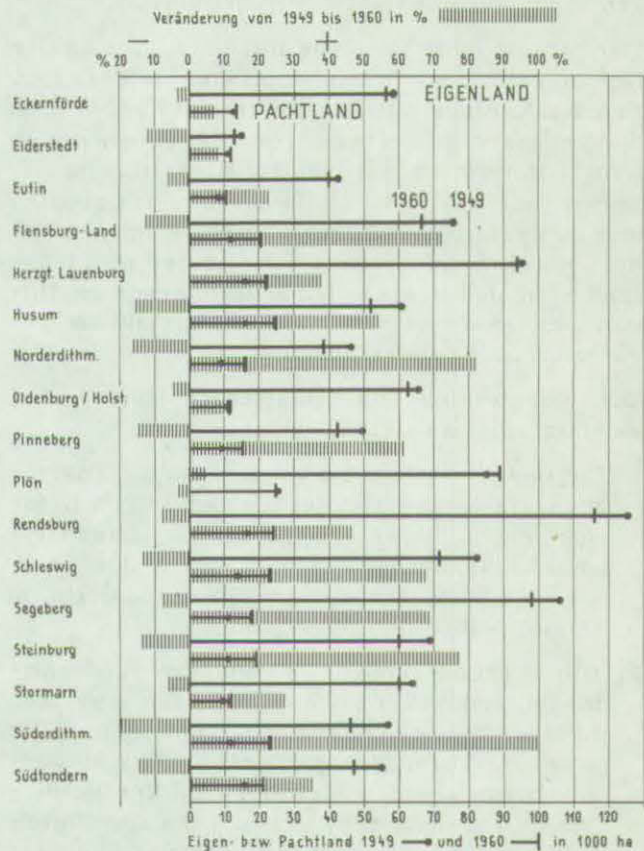
1) 1960 ohne landwirtschaftliche Wirtschaftseinheiten außerhalb der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

Der relative Rückgang des Eigenlandes entspricht mit einigen Abweichungen etwa dem bei der Anzahl der Betriebe; nur in den Kreisen Eiderstedt und Eckernförde ist er wesentlich größer. Viel stärker jedoch als bei den Betrieben mit Eigenland sind die Unterschiede von Kreis zu Kreis in den Veränderungen bei den Betrieben mit Pachtland, sowohl in der Zahl als auch in der Fläche der Betriebe. In 8 Kreisen hat die Zahl der Betriebe mit Pachtland zugenommen, in den übrigen 9 Kreisen hat sie sich vermindert. Die Pachtfläche hat sich nur im Kreis Plön verringert, in allen anderen Kreisen hat sie zugenommen. Das Ausmaß der Veränderungen ist sehr verschieden; es muß für einige Kreise als beträchtlich bezeichnet werden. Die Zunahme der Zahl der Betriebe mit Pachtland ist im Kreis Flensburg-Land mit 17% recht groß gewesen, andererseits war der Rückgang in dieser Gruppe in den Kreisen Oldenburg (Holstein) und Hzgt. Lauenburg am ausgeprägtesten. Im Kreis Plön, in dem sich die Zahl der Betriebe mit Eigenland um 10% erhöhte, ist die Zahl der Betriebe mit Pachtland ziemlich unverändert geblieben. Die Sonderentwicklung im Kreis Plön dürfte auf die starke Siedlungs-

tätigkeit zurückzuführen sein; ob Besonderheiten im Kreis Oldenburg (Holstein) vorgelegen haben, könnte nur eine Spezialuntersuchung feststellen.⁴ Die Zunahme des Pachtlandes ist im Kreis Süderdithmarschen mit 100% am stärksten. Hohe Zunahmen beim Pachtland weisen ferner die Kreise Norderdithmarschen, Steinburg, Flensburg-Land, Segeberg, Schleswig, und Pinneberg auf.

D 3191

EIGEN- UND PACTLAND IN DEN KREISEN SCHLESWIG-HOLSTEINS 1949 UND 1960



Neben den Veränderungen bei den Betrieben mit Eigen- bzw. Pachtland ist für die Charakterisierung der Besitzverhältnisse in den Kreisen der Anteil von Bedeutung, den diese Gruppen von Betrieben an der Gesamtzahl der Betriebe und an der gesamten Betriebsfläche haben. Der Anteil der Betriebe mit Eigenland an der Gesamtzahl aller Betriebe betrug 1949 in Schleswig-Holstein⁵ 89% und verminderte sich bis 1960 auf 87%. Am höchsten war er 1960 im Kreis Segeberg (92%), am niedrigsten im Kreis Eiderstedt (76%) und danach in den Kreisen Südtondern und Norderdithmarschen (84%). Obleich mit Ausnahme des Kreises Plön in allen Kreisen die Zahl der Betriebe mit Eigenland zurückgegangen ist, hat der Anteil dieser Gruppe von Betrieben an der Gesamtzahl durch-

4) Es ist möglich, daß die Umwandlung der Zeitpachtdörfer von Einfluß gewesen ist
5) ohne kreisfreie Städte

aus nicht in allen Kreisen abgenommen. In den Kreisen Plön, Oldenburg (Holstein), Eckernförde und Eiderstedt ist 1960 der Anteil größer als 1949, in den Kreisen Eutin, Rendsburg und Stormarn hat er sich nicht verändert. Bei dem Anteil des Eigenlandes an der gesamten Betriebsfläche ist jedoch in allen Kreisen mit Ausnahme des Kreises Plön eine Verminderung zu verzeichnen. Dadurch ist die "Rangordnung" der Kreise untereinander verschoben worden. Damit werden auch die Auswirkungen dieser Strukturwandlungen in den Kreisen verschieden sein.

Der Anteil der Betriebe mit Pachtland an der Gesamtzahl der Betriebe ist von 1949 bis 1960 in allen Kreisen mit Ausnahme der Kreise Plön und Stormarn größer geworden. Abgesehen vom Kreis Eiderstedt ist 1960 im Kreis Husum der Anteil der Betriebe mit Pachtland am größten und im Kreis Plön am geringsten. Hingegen ist der Anteil der Pachtfläche an der Betriebsfläche in den Kreisen Süderdithmarschen, Husum und Südtondern am höchsten und am geringsten im Kreis Oldenburg.

Die Darstellung der Besitzverhältnisse nach Kreisen zeigt zweierlei:

1. Die Besitzstruktur ist ebenso wie die Zusammensetzung der Betriebsgrößen in den Kreisen recht unterschiedlich. Die Landwirtschaftszählung hat ergeben, daß an der Westküste die Pacht weiter verbreitet ist als im Ostholsteinischen Hügelland.
2. Die Veränderungen in den Besitzverhältnissen von 1949 bis 1960 sind in den einzelnen Kreisen sehr verschieden gewesen. Die größten Veränderungen sind dort zu verzeichnen, wo sich auch die Zahl der Betriebe am meisten verändert hat. Zu den Unterschieden mögen bestimmte Maßnahmen der Agrarpolitik, wie die Siedlung, beigetragen haben. Die Besiedlung eines oder mehrerer Pachtgüter in einem Kreis kann zu einer erheblichen Veränderung der Besitzstruktur führen; dasselbe gilt auch für die Marschkreise, wo bisher in Pacht gegebenes Vorland nach der Eindeichung durch Besiedlung in Eigentum übergeführt wird.

Betriebe mit nur Eigen- oder nur Pachtland

Neben den Aufbereitungen nach Größenklassen der Betriebsfläche sind 1960 die Besitzverhältnisse auch nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche bearbeitet worden. Diese Ergebnisse können denen von 1949 nur in der Gesamtzahl gegenübergestellt werden, da 1949 nicht nach Größenklassen der LN untergliedert worden ist. Die Ergebnisse zeigen, daß der größte Teil der Zunahme des Pachtlandes

auf Betriebe entfällt, die ausschließlich Pachtland bewirtschaften. Das dürfte zu einem Teil auf die durch das Gesetz über die Altershilfe in der Landwirtschaft begünstigten Familienpachtungen zurückzuführen sein. Der Umfang dieser Familienpachtungen an der Zunahme des Pachtlandes kann nicht festgestellt werden, da in den Ergebnissen von 1949 Familienpachtungen nicht gesondert ausgewiesen sind. Außerdem deckt sich der Begriff "Familienpachtung" nicht mit dem eines "Betriebes mit ausschließlich Pachtland".

Landwirtschaftliche Betriebe mit Eigen- und Pachtland nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche 1960

Nur Betriebe mit landwirtschaftlicher Nutzfläche; ohne Betriebe der Hauptbetriebsart Forstwirtschaft und ohne Betriebe mit "sonstigen Flächen" (Dienstland, zur Bewirtschaftung unentgeltlich erhaltenes Land usw.)

Größenklasse nach d. landw. Nutzfläche in ha	Betriebe insgesamt	Betriebe mit			
		Eigenland	Pachtland	einem Eigenlandanteil von	
				unter 60%	60% u. mehr
in % der Spalte 1					
0,01 - 2	10 932	73,8	12,1	10,0	4,2
2 - 5	8 055	49,2	13,6	20,9	16,3
5 - 7,5	3 532	40,8	12,0	24,3	22,9
7,5 - 10	3 140	38,7	11,6	20,4	29,3
10 - 15	6 299	34,8	13,2	14,8	37,3
15 - 20	6 820	39,3	13,3	10,0	37,4
20 - 30	9 755	39,7	14,2	7,7	38,4
30 - 50	7 896	43,2	14,8	6,1	35,8
50 - 100	3 054	48,0	13,7	6,9	31,3
100 u. darüber	564	49,3	16,8	9,9	23,9
Insgesamt	60 047	47,6	13,3	12,3	26,8

1960 verteilten sich die Betriebe zu 48 % auf solche mit ausschließlich Eigenland, 13 % auf solche mit ausschließlich Pachtland und 39 % auf Betriebe, die sowohl Eigen- als auch Pachtland bewirtschaften. Freilich entfällt der größte Teil der Betriebe mit ausschließlich Eigenland auf die Größenklasse 0,01 - 2 ha LN (28 %). Von den Betrieben mit ausschließlich Pachtland befinden sich 30% in der kleinsten Größenklasse 0,01 - 5 ha LN und weitere 32% in der Größenklasse 20 - 50 ha LN.

Der Anteil der Betriebe mit ausschließlich Eigenland ist in den kleinsten und größten Größenklassen am höchsten, am niedrigsten in der Größenklasse 10 - 15 ha LN. Die Betriebe mit ausschließlich Pachtland bieten demgegenüber ein uneinheitliches Bild. Den höchsten Anteil weisen die Größenklassen 20 - 50 ha LN und 100 ha LN und darüber auf, den geringsten die Größenklasse 7,5 - 10 ha LN.

Aufschlußreich ist der Anteil der Betriebe mit sowohl Eigen- als auch Pachtland an der Zahl der Betriebe in den Größenklassen. In der Größenklasse von 2 - 7,5 ha LN überwiegen die

Betriebe, bei denen das Eigenland unter 60 % der Betriebsfläche ausmacht; in den daran anschließenden Größenklassen tritt demgegenüber der Anteil des Eigenlandes an der Betriebsfläche stärker hervor. Aus dem hohen Anteil der Betriebe sowohl mit Eigen- als auch mit Pachtland an der Gesamtzahl der Betriebe in den Größenklassen zwischen 7,5 und 20 ha geht hervor, wie groß der Landbedarf dieser Betriebe ist, die sich auf einen wirtschaftlichen Umfang für einen auskömmlichen Familienbetrieb abrunden möchten.

Betriebe von Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen

Bei der Landwirtschaftszählung wurden die Betriebsinhaber gefragt, wer Inhaber eines Bundesausweises für Vertriebene oder Sowjet-

zonenflüchtlinge ist. Zu dieser Gruppe zählten in Schleswig-Holstein 5 810 Betriebsinhaber. Fast die Hälfte davon (2 698) hatte Betriebe von 10 - 50 ha Betriebsfläche. Dabei waren die Betriebe mit Eigenland vorherrschend. Die gesamte bewirtschaftete Fläche betrug 96 925 ha; davon waren 60 % Eigenland und 40 % Pachtland. Bei den ausgesprochenen Familienbetrieben (10 - 50 ha) gliederte sich die Betriebsfläche von 60 349 ha in 63 % Eigenland und 37 % Pachtland. Insgesamt entfielen auf diese Gruppe von Betriebsinhabern 9 % aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe.

Dr. Emil Meyer

Vergleiche auch: "Eigenland und Pachtland in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben" in *Wirtschaft und Statistik* 1962, S. 80 (Februar)

Die Obsternte 1962

Die Ernteberichterstattung über Obst bezieht im Gegensatz zur Gemüseberichterstattung auch den nicht zum Verkauf bestimmten Anteil mit ein.

Der Obstbaumbestand Schleswig-Holsteins wurde zuletzt 1958 durch eine Repräsentativerhebung erfaßt. Seither sind ertragfähige Bäume durch Rodung von alten und kranken Bäumen oder infolge von Baumaßnahmen verlorengegangen. Auf der anderen Seite sind Jungbäume in das ertragfähige Alter hineingewachsen. Bestandsveränderungen seit 1958 lassen sich für fast alle Obstarten erst durch eine neue Erhebung nachweisen. Nur die Entwicklung der geschlossenen Apfelanlagen wird jährlich festgestellt.

Der Anteil der nicht ertragfähigen Obstbäume 1958 an allen Obstbäumen jeder Obstart kann nur einen ganz groben Anhalt dafür geben, wie sich der ertragfähige Obstbaumbestand seit 1958 weiter entwickelt hat, wenn diese Zahlen mit den entsprechenden Anteilen von 1951 und der Bestandsentwicklung von 1951 bis 1958 verglichen werden.

Mit Ausnahme der Birnen war der Anteil der noch nicht ertragfähigen Obstbäume an allen Obstbäumen 1958 kleiner als 1951. Das gilt besonders für Äpfel und hier sowohl für den Bestand in geschlossenen Obstanlagen als auch in Gärten usw. An den Anteilen der Obstarten dürfte sich seit 1958 mindestens bei den häufigsten Obstarten nicht allzuviel geändert haben. Damals waren 56% der Obstbäume Apfelbäume, 13% Birnen-, 15% Pflaumen- und Zwetschenbäume sowie 14% Süß- und Sauerkirschen. Die

Der Obstbaumbestand 1951 und 1958

Art	Obstbäume				
	ertragfähig			Anteil der noch nicht ertragfähigen Obstbäume an allen Obstbäumen	
	1951	1958	1958 Veränd. gegenüber 1951	1951	1958
	1 000 Stück			in %	
Apfel	1 663	1 897	+ 14	28	22
Birne	491	467	- 5	17	17
Pflaume und Zwetsche	518	546	+ 5	18	16
Süß- und Sauerkirsche	429	520	+ 21	17	15

Höhe der Obsternte in Schleswig-Holstein wird also maßgeblich vom Ausfall der Apfelernte bestimmt.

Die Obstblüte setzte 1962 verhältnismäßig spät ein. Der Blütenansatz war allgemein gut. Doch herrschten besonders zur Zeit der Steinobstblüte sehr ungünstige Witterungsverhältnisse vor, so daß der Fruchtansatz zu wünschen übrig ließ. Bis auf die frühen Sorten war der Fruchtansatz beim Kernobst, dessen Hauptblütezeit auf die Steinobstblüte folgt, wesentlich besser. Damit war die Höhe der Obsternte bereits Anfang Juni 1962 vorgezeichnet.

Sturm, Regen und Hagelschlag im August führten teilweise zu Fruchtfall, doch wurde die gesamte Erntemenge hierdurch nicht entscheidend beeinträchtigt.

Aus verschiedenen Gründen sind die Erträge im Plantagenobstbau durchschnittlich in jedem

Obsternte 1962

Obstart	Ertrag-fähige Obstbäume bzw. -sträucher 1958 ¹ ha	Ertrag			Ernte			1962	
		Durchschnitt 1956-61	1961	1962	Durchschnitt 1956-61	1961	1962	Veränd. gegenüber 1961 in %	Stand Ø 1956/61 = 100
		dz je ha			dz				
Äpfel im Erwerbsobstbau ²	2 002	173,2	133,0	178,2	324 190	281 561	377 249	+ 34	116
	Stück	kg je Baum oder Strauch							
in Haus- und Kleingärten ³	1 484 432	29,2	15,5	31,5	422 571	229 855	467 472	+ 103	111
Birnen	467 309	26,5	15,0	27,7	125 876	70 266	129 342	+ 84	103
Süßkirschen	121 785	19,9	20,5	18,3	23 364	24 966	22 287	- 11	95
Sauerkirschen	398 090	14,3	14,4	13,0	53 254	57 325	51 752	- 10	97
Pflaumen, Zwetschen	546 489	19,0	21,0	13,5	101 829	114 763	73 776	- 36	72
Mirabellen, Renekloden	60 634	11,6	13,0	9,9	6 981	7 882	6 003	- 24	86
Aprikosen	1 285	4,3	3,2	2,8	59	41	36	- 12	61
Pfirsiche	12 711	5,1	4,2	5,8	777	534	737	+ 38	95
Walnüsse	14 108	10,3	7,9	7,6	1 451	1 115	1 072	- 4	74
Johannisbeeren zusammen davon	3 088 747	2,9	2,7	2,8	89 774	84 040	87 944	+ 5	98
rote und weiße	1 786 534	.	.	3,1	.	.	55 435	.	.
schwarze	1 302 213	.	.	2,5	.	.	32 509	.	.
Stachelbeeren	1 517 687	3,0	2,8	3,1	46 137	42 758	47 408	+ 11	103
	qm	kg je qm							
Himbeeren	1 524 272	1,0	1,0	1,1	15 883	14 783	16 067	+ 9	101
Insgesamt					1 212 146	929 889	1 281 145	+ 38	106

1) Anzahl der Beerensträucher 1951 2) Ernte einschl. Zuschlag für noch nicht voll tragende Apfelanlagen 3) einschl. Obst an Straßen

Jahr höher als in den Haus- und Kleingärten. Dieser Unterschied kann auch 1962 am Beispiel des Apfels nachgewiesen werden. In den Plantagen wurden 1962 178 dz Äpfel je Hektar geerntet. Diese Menge entspricht etwa einem Baumertrag von 70 kg. Demgegenüber brachten die Apfelbäume in Haus- und Kleingärten im Mittel nur 32 kg. Damit ist der Ertragsunterschied etwa so groß wie im Vorjahr.

Der diesjährige Durchschnittsertrag der Apfelbäume in den Plantagen übertraf das Vorjahresergebnis um gut ein Drittel. In den Haus- und Kleingärten hat sich der Ertrag gegenüber 1961 sogar verdoppelt.

Die Ernte von 84 500 t Äpfeln war überdurchschnittlich hoch und um fast zwei Drittel größer als 1961. Die niedrigen Preise für Wirtschaftsäpfel im Oktober und November 1962 auf der Veiling in Hamburg lassen den Schluß zu, daß der Anteil der Wirtschaftsäpfel, also der Äpfel minderer Güte, beträchtlich war.¹ Der Birnenertrag je Baum war 1962 ebenfalls etwa doppelt so hoch wie im Vorjahr, so daß eine überdurchschnittliche Ernte erzielt wurde.

Bei Steinobst war das Ergebnis wesentlich ungünstiger als beim Kernobst. Die Kirschen-erträge blieben allgemein etwas unter dem

langjährigen Mittel. Einen sehr niedrigen Durchschnittsertrag brachten Pflaumen- und Zwetschenbäume. So blieb die gesamte Steinobsternte ein Viertel unter der Ernte von 1961.

Bundesvergleich

Im übrigen Bundesgebiet fiel die Apfelernte 1962 ebenfalls besser aus als im Vorjahr. In einzelnen Ländern wie Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg ist der Unterschied zum Vorjahr größer als in Schleswig-Holstein. Auch die Birnenernte war im übrigen Bundesgebiet größer als 1961 und brachte gut 100 000 t mehr. Im Gegensatz zu Schleswig-Holstein erzielten einige Bundesländer 1962 auch höhere Kirschen-erträge als 1961. Trotzdem kam die Kirschen-ernte im Bundesgebiet 1962 an das Vorjahresergebnis nicht ganz heran. Neben Schleswig-Holstein gab es auch bei Zwetschen und Pflaumen in den anderen Bundesländern beachtliche Mindererträge. In Bayern und im Saarland wurden z. B. im Durchschnitt nur rd. 8 kg je Baum geerntet. Im gesamten Bundesgebiet war die Pflaumen- und Zwetschen-ernte 1962 um zwei Drittel kleiner als 1961.

Dipl.-Landw. Georg Bartling

Vergleiche auch: "Die Obsternte 1961" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 61 (Februar) und "Obsternte 1962" in Wirtschaft und Statistik 1962, S. 658 (November)

1) Marktrundschau der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein

Gemüseanbau und -ernte 1962

Der folgende Beitrag befaßt sich nur mit dem zum Zwecke des Verkaufs angebauten Gemüse, das in Schleswig-Holstein aus den Erwerbsgärtnereien und aus den landwirtschaftlichen Betrieben kommt.

Der Anbau

Der Gemüseanbau auf dem Freiland war in Schleswig-Holstein mit insgesamt 9 900 ha 1962 5 % kleiner als im Vorjahr. In dieser Zahl sind der Haupt- und Nachanbau von Buschbohnen und der Folgeanbau von Porree ebenso enthalten wie die gesamte Mehrfachnutzung einer Fläche durch verschiedene Gemüsearten in einem Jahr. Außerdem gehören Flächen mit Spargel, der die ertragsfähige Entwicklungsstufe noch nicht erreicht hat und sonstige Gemüsearten dazu, für die wegen ihrer flächenmäßig geringen Bedeutung keine Ernten ermittelt werden. Der Wintergemüseanbau ist in Schleswig-Holstein praktisch wenig verbreitet, wenn man vom überwinterten Porree oder dem im Winter geernteten Winterwirsing absieht.

Der Gemüseanbau auf dem Freiland, für den die Erntemenge ermittelt wird, umfaßte in Schleswig-Holstein 1962 rund 9 800 ha. In ungefähr 90 % dieser Fläche teilten sich lediglich acht Gemüsearten, nämlich (in der Reihenfolge abnehmender Flächengröße) Buschbohnen, Grüne Pflückerbsen, Weißkohl, Rotkohl, Möhren, Wirsingkohl, Blumenkohl und Einlegegurken.

Der im wesentlichen in den landwirtschaftlichen Betrieben anzutreffende Kohlanbau ging auch 1962 weiter zurück. Das gilt besonders für Weißkohl, der im Durchschnitt 1956 - 1961 auf gut 55 % der gesamten Kopfkohlfläche des Landes stand. Beim Weißkohl ist vor allem der Herbstkohl betroffen, der wegen seiner hohen Hektarerträge - aber wegen mangelnder Haltbarkeit - vorzugsweise als Einschneidware zu Sauerkraut verarbeitet wird. Für Einschneidware wurden im Jahre 1961 sehr niedrige Preise gezahlt, die den Rückgang der Anbauflächen 1962 wesentlich bewirkt haben dürften. Der Rotkohlanbau hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Wirsingkohl, der im Durchschnitt 1956 - 1961 etwa 15 % der Kopfkohlfläche einnahm, wurde 1962 auf gut 450 ha angebaut. Das ist noch etwas weniger Anbaufläche als im Vorjahr. Außer den Kopfkohlarten werden noch zwei weitere wichtige Gemüsearten verbreitet in landwirtschaftlichen Betrieben angebaut: Grüne Pflückerbsen und Buschbohnen. 1961 befanden sich 97% des Pflückerbsenanbaus und 86% des Buschbohnenanbaus in den landwirtschaftlichen Betrieben. Die der Mechanisierung sehr zugängliche Pflückerbsenkultur hat im letzten Jahrzehnt großen Auftrieb be-

kommen, da sie außerdem für landwirtschaftliche Betriebe große Vorteile hinsichtlich der Fruchtfolge mitbringt. Vom allgemeinen Rückgang im Gemüseanbau gegenüber dem Vorjahr ist aber auch der Pflückerbsenanbau nicht ganz verschont geblieben. Dagegen wurde der Buschbohnenanbau, bei dem die Bemühungen um eine befriedigende Mechanisierung nicht ohne Erfolg geblieben sind, gegenüber 1961 geringfügig ausgedehnt. Der ebenfalls im landwirtschaftlichen Betrieb verhältnismäßig stark verbreitete Möhrenanbau hat ähnlich wie Einlegegurken von 1961 bis 1962 im Gegensatz zu den bisher erwähnten Gemüsearten kräftig zugenommen. Mit der Ernte von rund 25 000 t Speisemöhren 1961 ist der Nachfrage erst auf einem relativ hohen Preisniveau entsprochen worden. Das hat zweifellos zum verstärkten Anbau 1962 beigetragen.

Der Anbau der vielen übrigen Arten von Feingemüse wie Blumenkohl, Spinat oder Kopfsalat, die mit Ausnahme von Blumenkohl im Landesmittel auf wesentlich kleineren Flächen angebaut werden als die im Anbau landwirtschaftlicher Betriebe hauptsächlich vertretenen Gemüsearten, ging von 1961 bis 1962 ebenfalls etwas zurück.

Die Flächen der Gemüsearten, die etwa zu 70% und mehr in Gartenbaubetrieben angebaut werden, also Spinat, Salat, Sellerie, Porree, Zwiebeln und Blumenkohl, waren 1962 gut 10% kleiner als im Vorjahr.

Die jährlichen Anbauschwankungen bei Gemüse lassen aber auch seit 1955 weiter einen leichten Trend zum verstärkten Feingemüseanbau in drei Gebieten Schleswig-Holsteins mit schwerpunktmäßigem Gemüseanbau, also im Glückstädter Raum, in der Dithmarscher Marsch und auf der Insel Fehmarn erkennen. Im Raum um Lübeck, der mit 89% Feingemüse den höchsten Feingemüseanteil unter allen Anbauschwerpunkten aufweist, ist dieser Anteil im Durchschnitt 1955 bis 1962 konstant geblieben.

Feingemüseanteil am gesamten Gemüseanbau in %

Zeit	Glückstädter Raum	Dithmarscher Marsch	Insel Fehmarn	Raum um Lübeck	Übriges Schlesw.-Holst.	Schlesw.-Holst. insges.
1955-1958	40	24	20	87	69	50
1959-1962	41	25	21	88	67	49

Im Streuanbau des Landes hat dagegen das Größgemüse anteilmäßig zugenommen. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Spätmöhren mit einer bemerkenswerten Anbaufläche in Südtondern und im südlichen Teil des Kreises Husum. Über die Hälfte der Grobgemüseflächen Schleswig-Holsteins lagen aber im Durchschnitt

1959 bis 1962 in der Dithmarscher Marsch. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Kopfkohl, der im Durchschnitt der Jahre 1955 bis 1958 und 1959 bis 1962 etwa im gleichen Umfang angebaut wurde. Mit 3 400 ha 1962 war die Anbaufläche jedoch kleiner als in allen anderen Jahren seit 1955. Auf die drei Kopfkohlarten, Weiß-, Rot- und Wirsingkohl verteilt sich der Anbau in der Dithmarscher Marsch wie folgt:

	Weißkohl	Rotkohl	Wirsingkohl	
1955 - 1958	65	28	7	%
1959 - 1962	64	30	6	%

Der Rotkohl hat seinen Anteil an der Kopfkohlfläche im Durchschnitt der letzten Jahre auf Kosten der beiden anderen Kohlarten etwas vergrößert.

Blumenkohl wurde 1962 zu 45% im Glückstädter Raum angebaut. Damit hat sich der Anteil dieses kleinen Gebietes in den Elbmarschen am Blumenkohlanbau des Landes weiter erhöht. Auf mehr als einem Drittel der Gemüsefreilandfläche stand hier 1962 Blumenkohl. Davon war ein Viertel Frühblumenkohl und das übrige mittelfrüher und Spätblumenkohl.

Die Grünen Pflückerbsen und Buschbohnen werden schwerpunktmäßig in der Dithmarscher Marsch, im Raum um Lübeck und Buschbohnen auch auf der Insel Fehmarn angebaut. Außerdem ist in einigen weiteren Landesteilen südlich des Kanals verbreitet Streuanbau beider Gemüsearten anzutreffen.

Im Raum um Lübeck standen 1962 auf 75% der Gemüsefläche Grüne Pflückerbsen und Buschbohnen. Die jährlichen Veränderungen dieser Flächen gingen nicht immer mit der Entwicklung in der Dithmarscher Marsch parallel. So wurden auch 1962 im Raum um Lübeck fast 20% mehr, in der Dithmarscher Marsch dagegen 10% weniger Grüne Pflückerbsen angebaut als im Vorjahr.

Fast die Hälfte der Einlegegurkenfläche Schleswig-Holsteins lag 1962 auf der Insel Fehmarn. Damit hat sich der Anteil der Insel am Gesamtanbau des Landes weiter erhöht. Neben Winterwirsing, Dauerweiß- und -rotkohl und Buschbohnen gehören Einlegegurken zu den wichtigsten Gemüsearten, die auf Fehmarn angebaut werden. Sie beanspruchten 1962 13% der Gemüsefläche der Insel.

Die Ernte

Im Frühjahr 1962 setzte die Vegetation verhältnismäßig spät ein. Die zu kühle und feuchte Witterung während des Frühjahrs und Sommers beeinträchtigte das Wachstum des Gemüses. Buschbohnenbestände mußten z.T. umgebrochen werden. Ernteverzögerungen und Mindererträge waren außerdem die Folge.

Die gesamte Gemüseernte 1962 erreichte 203 000 t. Sie war damit ein Viertel kleiner als 1961, obwohl der Anbau nur um 5% eingeschränkt wurde. Jedoch gerade der Anbau rückgang eines Gemüses mit relativ hohem Hektarertrag wie Kopfkohl wirkte sich auf das Erntergebnis besonders aus. Dazu kamen hier sowie bei anderen Gemüsearten sehr niedrige Hektarerträge.

Gemüseanbau und -ernte 1962

Gemüseart	Anbaufläche ha	Veränderung gegenüber 1961 in %	Ertrag dz/ha	Veränderung gegenüber 1961 in %	Ernte dz	Veränderung gegenüber 1961 in %
Weißkohl	1 761	- 23	428,1	- 23	753 881	- 41
Rotkohl	1 177	- 1	288,5	- 12	339 590	- 24
Wirsingkohl	454	- 3	220,4	- 17	100 042	- 19
Grünkohl	113	- 37	117,2	- 24	13 239	- 52
Rosenkohl	106	- 22	72,0	- 16	7 635	- 35
Blumenkohl	353	- 8	180,9	- 4	63 846	- 12
Kahrlabi	37	+ 16	166,7	- 1	6 167	+ 15
Kopfsalat	30	- 9	134,7	- 7	4 040	- 15
Spinat	111	- 17	110,2	- 5	12 237	- 22
Möhren	1 078	+ 27	292,2	+ 1	314 991	+ 28
Rote Bete (Rote Rüben)	110	+ 12	313,3	- 15	34 467	- 5
Schwarzwurzeln	5	(+ 25)	107,5	- 3	538	+ 21
Sellerie	83	- 8	171,2	- 10	14 211	- 17
Porree	37	- 42	160,3	- 8	5 930	- 47
Zwiebeln	12	- 29	165,5	- 3	1 986	- 32
Rhabarber	32	- 32	244,3	+ 8	7 817	- 26
Spargel, ertragsfähig	129	+ 11	15,2	- 30	1 960	- 22
Grüne Pflückerbsen	1 832	- 4	97,0	- 8	177 740	- 12
Dicke Bohnen	52	- 47	120,6	- 7	6 270	- 51
Buschbohnen	2 058	+ 3	73,1	- 16	150 394	- 13
Stangenbohnen	1	(- 50)	92,3	+ 7	92	- 47
Einlegegurken	241	+ 22	60,8	- 46	14 651	- 34
Schälgurken	10	(- 57)	62,5	- 60	626	- 82
Tomaten	3	-	168,3	- 12	505	- 12
Gemüse insgesamt	9 825	- 5	x	x	2 032 855	- 25

Unter der kalten Witterung hatten vor allem Buschbohnen und Einlegegurken gelitten. Der Buschbohnenenertrag blieb 18% unter dem letzten 6jährigen Durchschnittsertrag. Bei Einlegegurken war das Ergebnis noch schlechter. Während im Vorjahr noch etwa ein Durchschnittsertrag erzielt wurde, blieb der Ertrag 1962 gut 40% unter dem 6jährigen Durchschnitt. Unterdurchschnittliche Erträge bei Weiß-, Rot- und Wirsingkohl, bei Rosen- und Blumenkohl haben ebenfalls wesentlich zur Minderernte beigetragen. Von den acht eingangs erwähnten Gemüsearten haben lediglich Grüne Pflückerbsen und Möhren etwa Mittelserträge gebracht.

Alle acht Gemüsearten zusammen hatten mit 191 500 t einen Anteil von 95% an der gesamten Gemüseernte des Landes, die zum Verkauf bestimmt war.

Die Erntemengen der einzelnen Gemüsearten stehen wegen der sehr unterschiedlichen Hektarerträge größenordnungsmäßig in der Rangfolge

z.T. anders als ihre Flächen. Mit 75 400 t liegt die 1962 geerntete Weißkohlmengende weitaus an der Spitze. Es folgen Rotkohl, Möhren, Grüne Pflückerbsen, Buschbohnen, Wirsing- und Blumenkohl. Mit 1 500 t beschließen Einlegegurken diese Reihe.

Eine größere Erntemenge als Einlegegurken brachten 1962 aber mit 3 400 t die Roten Bete

von nur 110 ha. Dagegen wurden auf 113 ha lediglich 1 300 t Grünkohl geerntet. Das ist nicht einmal die Hälfte der Vorjahrsgrünkohl-ernte.

Dipl.-Landw. Georg Bartling

Vergleiche auch: "Anbau und Ernte von Gemüse 1961" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 124 (April) und "Anbau und Ernte von Gemüse 1962" in Wirtschaft und Statistik 1962, S. 656 (November)

Die Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel

Bekanntlich verwenden die Landwirte bei der Produktion ihrer Erzeugnisse zunehmend mehr Güter, die sie nicht im eigenen Betrieb herstellen, sondern von anderen landwirtschaftlichen Betrieben und vor allem von anderen Wirtschaftsbereichen kaufen. Es sei nur an die Motorisierung der Landwirtschaft und den steigenden Verbrauch von fertigem Mischfutter erinnert. Die Höhe der Ausgaben, die beim Kauf dieser Güter aufgewendet werden, hängt außer von den gekauften Mengen entscheidend von den Preisen ab. Der Gesetzgeber hat die amtliche Statistik deshalb beauftragt, laufend zu beobachten, welchen Einfluß die Preisentwicklung auf die Ausgaben der landwirtschaftlichen Betriebe hat. Das Statistische Bundesamt berechnet monatlich den sogenannten "Index der Einkaufspreise¹ landwirtschaftlicher Betriebsmittel". Der Begriff "landwirtschaftliche Betriebsmittel" bezieht sich auf alle zur landwirtschaftlichen Produktion eingesetzten Materialien, wie Saatgut, Düngemittel, Futtermittel, Brennstoffe und Pflanzenschutzmittel, und die Ausgaben für die Neuanschaffung und Instandhaltung von Maschinen und Gebäuden. Die weiteren Ausgabepositionen, wie die Entlohnung der Landarbeiter, die Betriebssteuern und Versicherungsbeiträge berücksichtigt der Index nicht. Schon deshalb muß davor gewarnt werden, daß dieser Index ohne weiteres dem "Index der Erzeugerpreise der landwirtschaftlichen Produkte" gegenübergestellt wird. Aus einem Vergleich dieser beiden Indices kann nicht auf die Ertragslage der Landwirtschaft geschlossen werden. Abgesehen davon, daß der Index der Betriebsmittel nicht alle Kostenfaktoren umfaßt, gilt es zu bedenken, daß beide Indices nur die Preisentwicklung bei festen Mengenschemata anzeigen und nichts über die Mengenänderungen der eingekauften Betriebsmittel bzw. der verkauften Produkte aussagen.

Alle von der amtlichen Statistik berechneten Indices werden auf das Basisjahr 1958 umgestellt. Deshalb erhielt der "Index der Betriebsmittelpreise" anstelle des bisherigen Basisjahres 1950/51 als neue Basis das Wirtschafts-

jahr 1958/59.² Da für den Landwirt nicht das Kalenderjahr, sondern das Erntejahr als Rechnungsperiode für Produktion und Absatz von Bedeutung ist, errechnet man die Preisindices für die Landwirtschaft auf der Basis von Wirtschaftsjahren. Das landwirtschaftliche Wirtschaftsjahr geht vom 1. Juli bis zum 30. Juni.

Bei der Neuberechnung des Indexes wurde berücksichtigt, daß die landwirtschaftliche Maschinenteknik inzwischen tüchtig fortgeschritten ist und daß neue Dünge- und Futtermittel auf den Markt kamen. Dadurch hat sich die Zahl der in die Preisbeobachtung einbezogenen Waren erhöht.



In den elf Wirtschaftsjahren von 1951/52 bis 1961/62 haben sich die von der amtlichen Statistik erfaßten Betriebsmittel um ein Drittel verteuert. Der Index der Betriebsmittelpreise ist von Jahr zu Jahr gestiegen, wie das erste Bild zeigt. Allerdings waren die jährlichen Erhöhungen ziemlich unterschiedlich. Bei weitem am kräftigsten kletterte der Index im Wirtschaftsjahr 1951/52 in die Höhe; also in der

1) im folgenden kurz "Index der Betriebsmittel" genannt

2) vgl. "Die Neubasierung der Preisindices für die Landwirtschaft" in Wirtschaft und Statistik, 1961, S. 675 (Dezember)

Zeit, als der Koreakonflikt auf vielen Märkten die Nachfrage kräftig belebte. Läßt man den außergewöhnlichen Preisanstieg des Jahres 1951/52 außer Betracht, so bleibt für die folgenden zehn Jahre insgesamt eine Verteuerung um knapp ein Fünftel.

In den drei Wirtschaftsjahren nach dem Korea-boom erhöhte sich das durchschnittliche Preisniveau der landwirtschaftlichen Betriebsmittel nur geringfügig. Erst ab 1955/56 wurde der Preisauftrieb wieder etwas lebhafter, aber bei weitem nicht so heftig wie während der Korea-krise. So stieg der Index der Betriebsmittelpreise in den ersten fünf Jahren nach 1951/52 insgesamt nur um knapp 7%, in den fünf Jahren darauf hingegen um 11%.

Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel in der Bundesrepublik

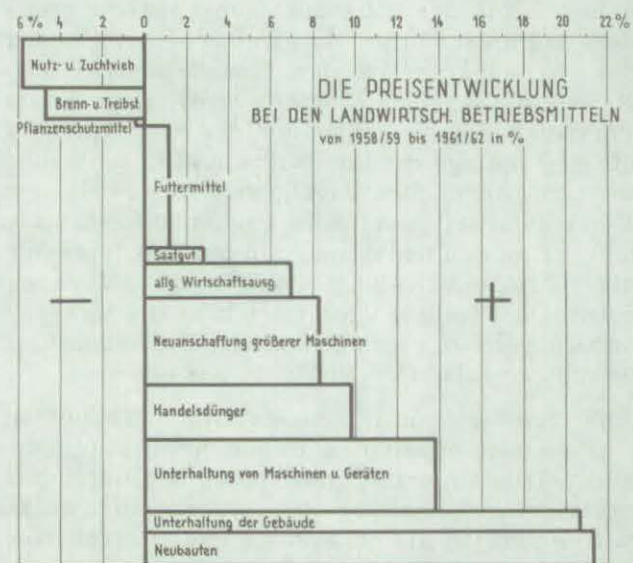
Betriebsmittelgruppe	1960/61	1961/62	Veränd. 1961/62 gegenüber 1958/59 in %	Gewich- tungs- zahlen
	1958/59 = 100			
Handelsdünger ¹⁾	108,6	109,8	+ 9,8	103
Futtermittel	99,4	101,2	+ 1,2	232
Saatgut	87,3	102,8	+ 2,8	27
Nutz- und Zuchtvieh	97,7	94,2	- 5,8	94
Pflanzenschutzmittel	100,0	99,6	- 0,4	12
Brenn- und Treibstoffe ¹⁾	97,3	95,3	- 4,7	58
Allgemeine Wirtschaftsausgaben	103,0	107,0	+ 7,0	65
Unterhaltung der Gebäude	111,3	120,7	+ 20,7	39
Unterhaltung von Maschinen und Geräten	108,7	113,8	+ 13,8	137
Neubauten	111,8	121,3	+ 21,3	64
Neuanschaffung größerer Maschinen	104,2	108,3	+ 8,3	167
Betriebsmittel insgesamt	103,6	106,5	+ 6,5	1 000

1) unter Berücksichtigung der Frühbezugsvergütungen und der Förderungsbeiträge bei Düngemitteln sowie der Betriebsbeihilfe bei Dieselkraftstoff

Der Index der Betriebsmittel belief sich im Durchschnitt des Jahres 1961/62 auf 106,5; das heißt, die Preise der Güter, die der Landwirt zukaft, haben sich in den letzten drei Jahren um 6,5% verteuert. Hinter dieser Durchschnittsaussage verbergen sich indessen teils erheblich stärkere Preissteigerungen und teils auch Preissenkungen bei den Gruppen und erst recht bei den einzelnen Betriebsmitteln. Der Gesamtindex erfüllt gerade darin seinen Zweck, daß er die durchschnittliche Entwicklung durch eine Zahl kennzeichnet, und dabei die einzelnen - zum Teil gegenläufigen Änderungen - mittelt. Wer mehr als die durchschnittliche Entwicklung sehen will, muß außer dem Gesamtindex auch die Indexziffern der nächsten Gruppierung beachten. Aus der Tabelle und dem zweiten Bild geht hervor, wie sich die Preise bei den Gruppen von Betriebsmitteln seit dem neuen Basisjahr 1958/59 entwickelt haben.

So verbilligten sich die Preise von Nutz- und Zuchtvieh um fast 6%. Im Zuge der Umstellung auf tbc-freie Milchviehbestände, die 1953 begann und 1960 auslief, hatte die Nachfrage nach leistungsfähigen, tbc-freien Kühen merklich zugenommen. Infolgedessen waren die Preise für Milchkühe in der Zeit von 1953 bis 1959 von Jahr zu Jahr weiter in die Höhe geklettert. Nach der Ausmerzung der tbc-kranken Milchkühe war die Nachfrage nicht mehr so stark, und der durchschnittliche Preis lag wieder niedriger als der Höchststand im Wirtschaftsjahr 1958/59. Der Nachfragerückgang und damit auch das Nachlassen des Preises wurde zwar durch den Mangel an Grünfutter infolge des trockenen Sommers 1959 ausgelöst, daß aber die Milchkühe später nicht wieder teurer wurden, dürfte daher rühren, daß nunmehr die Nachfrageimpulse von der Tbc-Ausmerzung fehlten. Für die Verbiligung des Nutz- und Zuchtviehs spielt außer dem Preisnachlaß bei Milchkühen mit, daß im letzten Wirtschaftsjahr die Ferkelpreise um 14% fielen.

Um nicht ganz 5% sank die Indexziffer für Brenn- und Treibstoffe. Zu dieser Betriebsmittelgruppe gehören Steinkohle, Braunkohlenbriketts, Dieselkraftstoff, Benzin, Schmieröle und -fette sowie Licht- und Kraftstrom. Der Dieselkraftstoff verbilligte sich in den drei Jahren um knapp ein Fünftel. Dies hängt weitgehend mit der staatlichen Betriebsbeihilfe für Dieselkraftstoff zusammen, die bei der Indexberechnung vom Einkaufspreis abgesetzt wird. Außerdem sank der Benzinpreis um nahezu 8%. Die Preise für elektrischen Strom und Schmierfette blieben unverändert. Die übrigen zur Gruppe Brenn- und Treibstoffe gehörenden Betriebsmittel verteuerten sich dagegen alle mehr oder weniger, am meisten die Braunkohlenbriketts, deren Preis um 13% stieg.



Die Breite der Säulen entspricht dem Anteil der Betriebsmittelgruppen an den gesamten Betriebsausgaben im Wirtschaftsjahr 1958/59

Wie das zweite Bild veranschaulicht, hatten nur die beiden eben genannten Betriebsmittelgruppen nennenswerte Preissenkungen zu verzeichnen. Sie sind an den gesamten Betriebsausgaben lediglich zu etwa einem Siebentel beteiligt. Mithin haben die Landwirte durch Verbilligungen nicht allzu viel eingespart.

Die Futtermittel und die Pflanzenschutzmittel sind im großen und ganzen gleich teuer geblieben. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben beläuft sich auf rund ein Viertel.

Faßt man die vier Gruppen zusammen, die sich verbilligt oder nur sehr wenig verteuert haben, so kann man sagen, daß zwei Fünftel der landwirtschaftlichen Betriebsausgaben, die durch Einkäufe entstehen, von der Preisseite her nicht ausgeweitet wurden. Die übrigen drei Fünftel haben sich dagegen durch mehr oder weniger starke Preiserhöhungen merklich ausgedehnt.

Die auffälligste Verteuerung wurde durch den rapiden Anstieg der Baupreise bewirkt. So schnellten die Preisindexziffern für den Unterhalt der Gebäude und für landwirtschaftliche Neubauten in den drei Jahren beide um 21 % empor. Die Ausgaben für diese beiden Gruppen machen immerhin den zehnten Teil der gesamten Betriebsausgaben aus.

Der durchschnittliche Preis für die Unterhaltung von Maschinen und Geräten (einschließlich technischer Hilfsmaterialien) steigerte sich in der gleichen Zeit um 14 %. Dies dürfte in erster Linie von gestiegenen Lohn- und Materialkosten in den betreffenden Handwerkszweigen und Industrien herrühren. Von den Reparaturen der größeren Maschinen bis zum Stacheldraht und den Nägeln ist alles in dieser Gruppe teurer geworden.

Der Handelsdünger verteuerte sich fast um 10 %. Dieser Preisanstieg hat mehrere Ursachen. Die wichtigste ist, daß die staatlichen Förderungsbeiträge bei allen Handelsdüngerarten gekürzt wurden und daß sich somit für den Landwirt die Einkaufspreise erhöhten. Die Preise der Kalidüngemittel wurden von den Herstellern heraufgesetzt, und die Einkaufs-

preise für Kalkdüngemittel stiegen, weil die Frachten hierfür ab Dezember 1960 angehoben wurden.

Die Preise für neuangeschaffte Acker-schlepper und größere Landmaschinen hoben sich im Mittel um 8 %. Als Gründe hierfür sind erhöhte Lohn- und Materialkosten zu nennen.

Eine Rolle spielt auch die noch nicht abgeschlossene Mechanisierung und Motorisierung der Landwirtschaft, die die Nachfrage nach Landmaschinen und Schleppern ständig belebt. Eine Preiserhöhung ist meistens ein komplexer Vorgang, so daß man ihre einzelnen Ursachen als außerstehender Beobachter kaum erkennt. Einmal geben Kostensteigerungen den Ausschlag, ein andermal geht der Anstoß von einem starken Nachfragesog aus oder die Preise gehen nur deshalb in die Höhe, weil die großen Anbieter, die den Markt beherrschen, es so beschlossen haben.

Die allgemeinen Wirtschaftsausgaben verteuerten sich um 7 %. Hierbei ist an Anschaffungen zu denken, welche an der Nahtstelle zwischen Betriebs- und Privathaushalt des Landwirts entstehen. Um die Preisentwicklung für diesen Bereich darzustellen, werden aus der Statistik der Verbraucherpreise die entsprechenden Preise für die Bedarfsgruppen "Hausrat", "Reinigung und Körperpflege", "Bildung und Unterhaltung" sowie "Verkehr" herangezogen.

Die Indexziffer für Saatgut stieg um 3 % gegenüber dem Basisjahr. Sie war nach 1958/59 merklich gesunken und kletterte erst im letzten Wirtschaftsjahr (1961/62) kräftig in die Höhe (+ 15 %). Den Ausschlag für diese Bewegungen gaben die Preisschwankungen für Saatkartoffeln, die wegen der geringen Erntemenge im letzten Wirtschaftsjahr teurer wurden. Außerdem erhöhten sich die Preise für Zucker- und Futterrübensaar.

Dr. Enno Heeren

Vergleiche auch: "Die Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 204 (September)

Das Bauhauptgewerbe im Jahre 1962

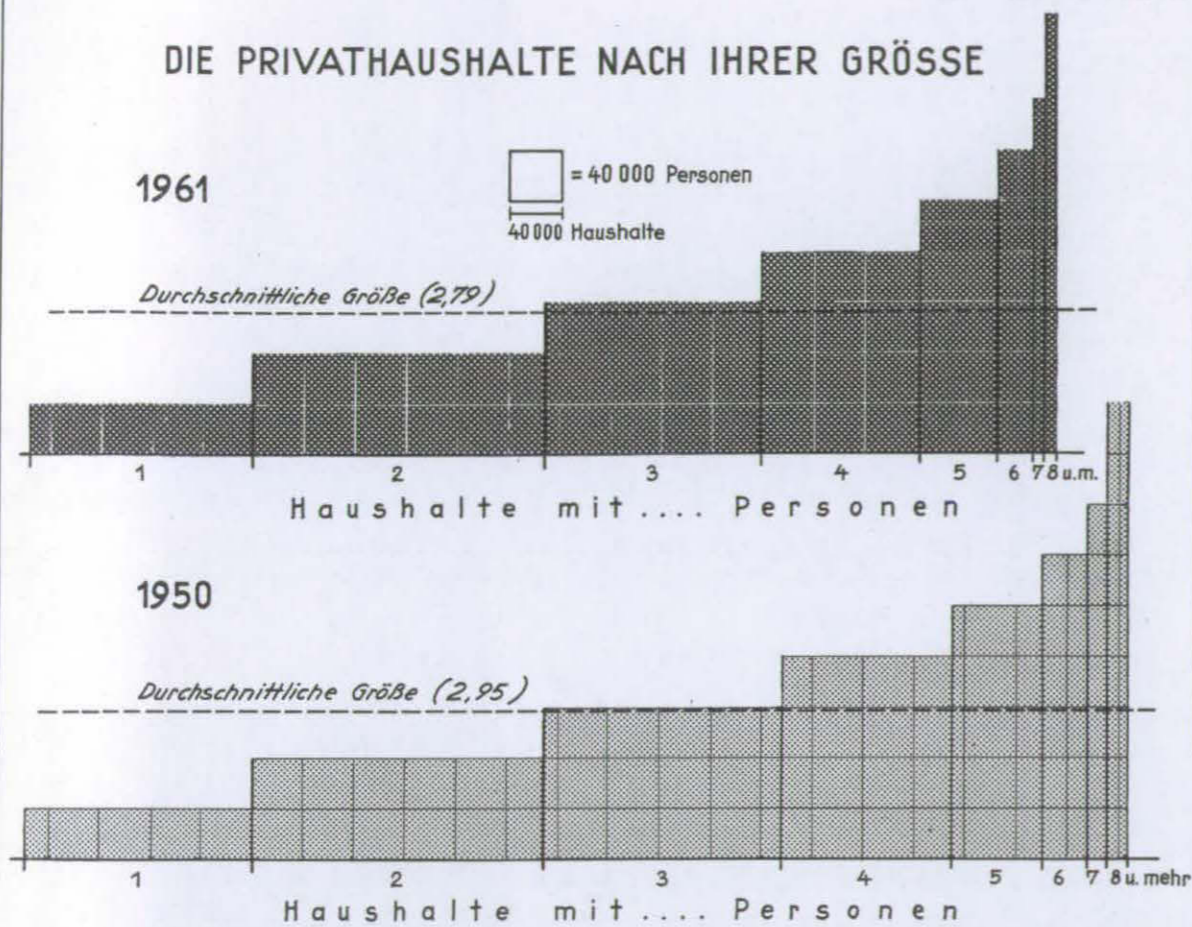
- Ergebnisse der Totalerhebung vom 31. 7. 1962 -

Auch 1962 hat die Hochkonjunktur im Bausektor unvermindert angehalten: Ende Juli waren im schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbe 67 600 Personen tätig; das entspricht einer Zunahme um 4 000 Beschäftigte (+ 6%) gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Trotz

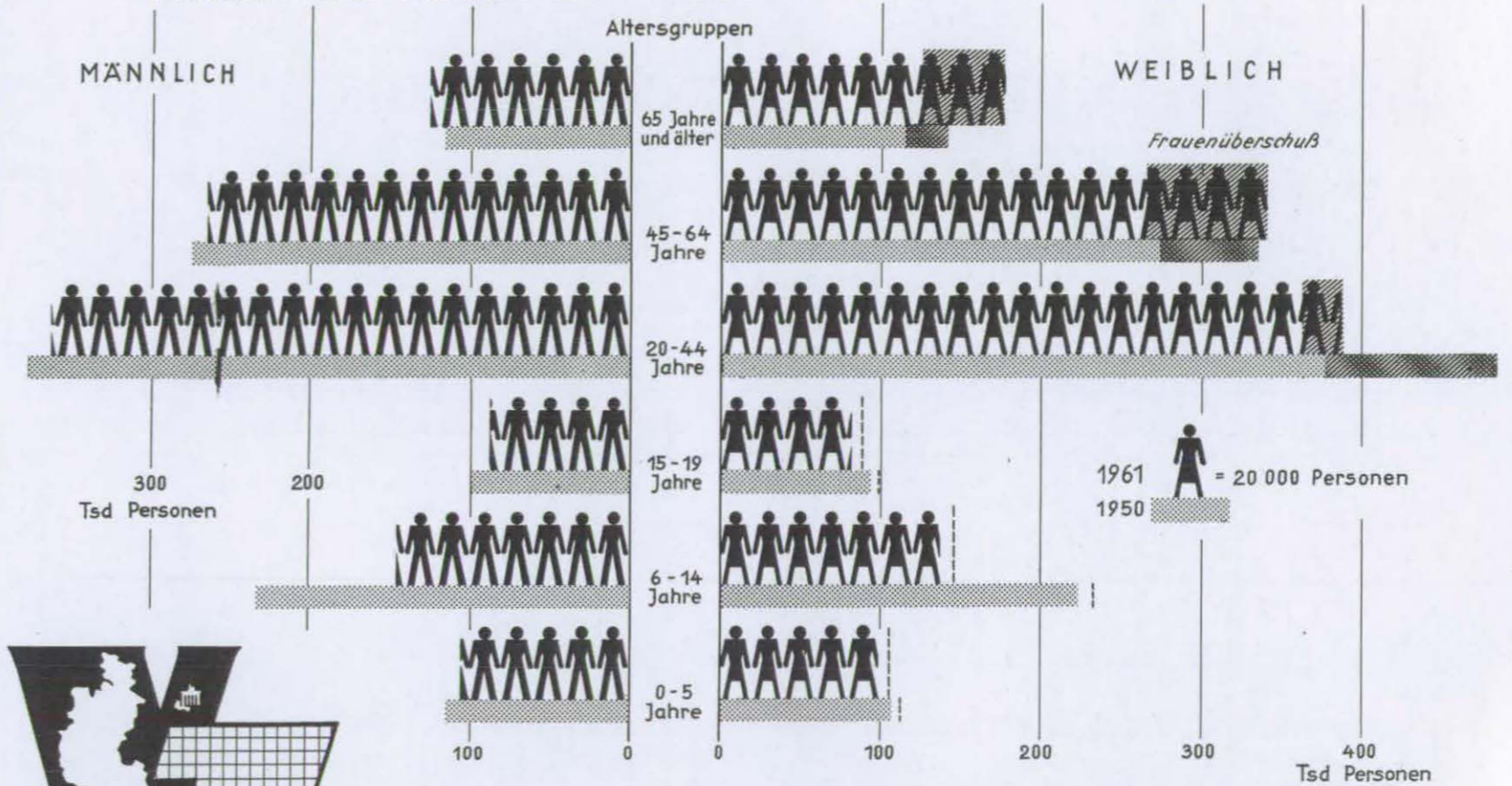
angespannter Lage auf dem inländischen Arbeitsmarkt war es dem Baugewerbe demnach möglich, zusätzliche Arbeitskräfte zu gewinnen. Die Beschäftigung ausländischer Bauarbeiter hielt sich nämlich in engen Grenzen. Nach der Arbeitsmarktstatistik waren am 30. 9. 1962

VOLKSZÄHLUNG 1961

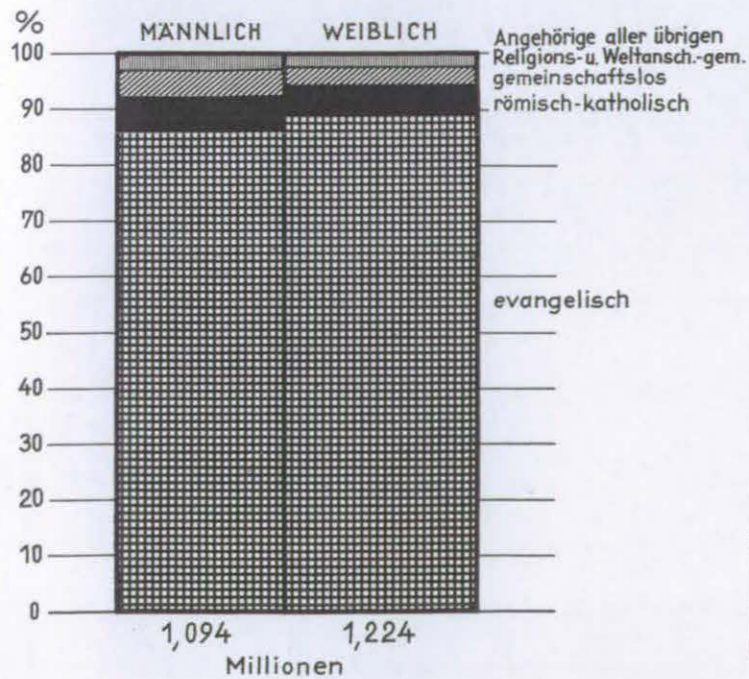
DIE PRIVATHAUSHALTE NACH IHRER GRÖSSE



MÄNNER UND FRAUEN NACH ALTERSGRUPPEN 1950 UND 1961



RELIGIONSZUGEHÖRIGKEIT 1961



Privathaushalte

Bei einer Wohnbevölkerung von 2 317 000 Personen wurden am 6. Juni 1961 806 000 Privathaushalte mit 2 249 000 Personen gezählt; zu diesen kommen noch 68 000 Personen in Anstalten. Trotz gesunkener Bevölkerungszahl hat die Zahl der 2-Personen-Haushalte ein wenig zugenommen, während die Zahl aller übrigen Haushalte zurückgegangen ist. Im Bild entspricht die Ausdehnung der Felder in der Waagerechten der Zahl der Haushalte, die Fläche der Felder entspricht der Zahl der Personen in ihnen.

Religionszugehörigkeit

88,2% der Wohnbevölkerung gehören der Evangelischen Kirche in Deutschland oder den evangelischen Freikirchen an und 5,6% der römisch-katholischen Kirche. Zu den Angehörigen aller übrigen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zählen 2,4% der Bevölkerung. 3,8% haben die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft verneint. In dieser Gruppe sind die Männer stärker vertreten.

Altersgliederung

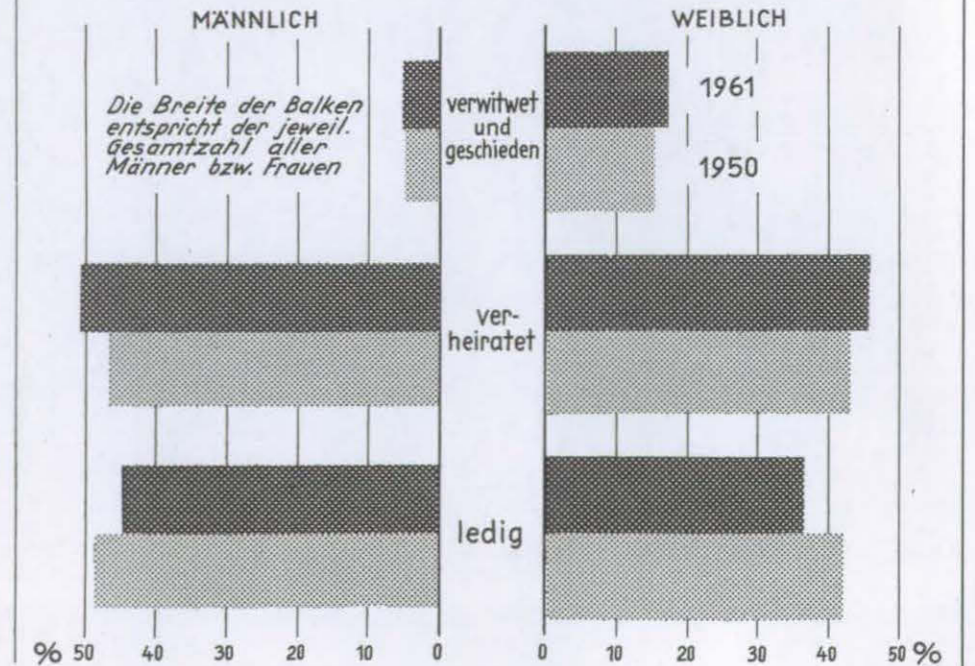
Der Bevölkerungsrückgang um 277 000 Personen seit 1950 zeigt sich nicht gleichmäßig in allen Altersgruppen.

Auch bei der hier gewählten groben Altersgliederung wird deutlich, daß sich die Bevölkerung besonders in den jüngeren Altersgruppen - am stärksten bei den 6- bis 14-jährigen - vermindert hat, während sie im höheren Alter, besonders bei den Frauen, angestiegen ist. Der durch dunkle Schraffuren gekennzeichnete Frauenüberschuß ist in der Altersgruppe 20 bis 44 Jahre zurückgegangen, in den Altersgruppen ab 45 Jahren jedoch gestiegen. In den jüngeren Altersgruppen überwiegt das männliche Geschlecht (im Bild durch eine gestrichelte Linie angedeutet).

Familienstand

Der Anteil der Verheirateten hat sich gegenüber 1950 bei beiden Geschlechtern vergrößert, der Anteil der Ledigen ging zurück. Besonders deutlich ist die Zunahme des Anteils der verwitweten und geschiedenen Frauen.

DIE WOHNBEVÖLKERUNG NACH DEM FAMILIENSTAND



nur 1 300, ein Jahr vorher knapp 800 Ausländer im schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbe tätig.

Die Arbeitsleistung im Juli belief sich auf 11,3 Mill. Stunden. Im vergangenen Jahr waren es bei gleicher Zahl von Arbeitstagen 10,6 Mill. Stunden gewesen. Im Juli 1961 kostete eine Arbeitsstunde im Schnitt (Arbeiter und Angestellte zusammen) 3,65 DM, in Jahresfrist stieg dieser Durchschnittswert um etwa 15% auf 4,18 DM.

Das Schwergewicht der Arbeitsleistung hat sich gegenüber den Vorjahren verschoben. Erstmals wurden für öffentliche Bauvorhaben (4,7 Mill. Stunden) mehr Arbeitsstunden nachgewiesen als im Wohnungsbau (4,5 Mill. Stunden).

Das Bauhauptgewerbe in Schleswig-Holstein 1962

		Handwerk	Industrie	Bauhaupt- gewerbe insgesamt
Beschäftigte	31.7.1961	46 033	17 555	63 588
	1962	46 505	21 060	67 565
	Veränderung in %	+ 1	+ 20	+ 6
Arbeitsstunden in 1 000	Juli 1961	7 455	3 108	10 563
	1962	7 596	3 672	11 268
	Veränderung in %	+ 2	+ 18	+ 7
Löhne in 1 000 DM	Juli 1961	25 438	11 245	36 683
	1962	29 092	15 159	44 251
	Veränderung in %	+ 14	+ 35	+ 21
Gehälter in 1 000 DM	Juli 1961	1 101	1 097	2 198
	1962	1 300	1 496	2 796
	Veränderung in %	+ 18	+ 36	+ 27
Umsatz in Mill. DM	Juli 1961	81	37	118
	1962	89	58	147
	Veränderung in %	+ 10	+ 57	+ 25
Jahresumsatz in Mill. DM	1960	713	347	1 060
	1961	815	440	1 255
	Veränderung in %	+ 14	+ 27	+ 18

Um etwa ein Fünftel überstieg die Lohnsumme den Betrag vom Juli 1961. Noch kräftiger, nämlich um ein Viertel, erhöhte sich der Juli-umsatz. Im Vorjahr, also von Juli 1960 bis Juli 1961, waren Löhne und Umsatz noch ungefähr um dieselbe Rate gewachsen (um 16 und 15%).

Nimmt man den Juliumsatz als ein Zehntel des Jahresumsatzes - dieses Verhältnis war in den vergangenen 3 Jahren gegeben - dann ist für 1962 mit einem Umsatz von annähernd 1,5 Mrd. DM zu rechnen, das wären 500 Mill. DM mehr als 1960. Um das Gewicht dieser Angaben zu verdeutlichen, sei erwähnt, daß für eine Umsatzzunahme in der gleichen Größenordnung in den Jahren vor 1960 noch 5 Jahre, nämlich von 1955 - 1960 benötigt wurden.

Die Bauindustrie konnte ihren Anteil an den Beschäftigten, dem Umsatz, den Löhnen und Gehältern und den geleisteten Arbeitsstunden auf Kosten des Bauhandwerks leicht erhöhen. Ein

grundlegender Strukturwandel ist jedoch nicht eingetreten. Nach wie vor rechneten sich mehr als neun Zehntel der Baubetriebe zum Handwerk. Auf sie entfielen etwa zwei Drittel der Beschäftigten, der Arbeitsstunden, der Löhne und des Umsatzes.

Aufschlußreiche Unterschiede sind aber in der Beschäftigtenstruktur von handwerklichen und industriellen Baubetrieben gegeben: Ungefähr neun Zehntel aller im Bauhauptgewerbe beschäftigten Maurer waren im Bauhandwerk tätig. Von zehn Nachwuchskräften (Lehrlinge, Anlernlinge, Praktikanten) wurden neun in Handwerksbetrieben ausgebildet. In der Bauindustrie dagegen gehörte beinahe jeder zweite Beschäftigte zur Kategorie der Bauhilfsarbeiter, im Handwerk nur annähernd jeder vierte. Die kaufmännischen und technischen Angestellten waren in der Bauindustrie ebenfalls häufiger vertreten als im Handwerk; auf vierzehn Beschäftigte der Industrie kam bereits ein Angestellter, im Handwerk war das erst bei fünf- undzwanzig der Fall.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die in den letzten Jahren zu beobachtende Umsatzausweitung im Bauhauptgewerbe ist auf mehrere in gleicher Richtung wirkende Faktoren zurückzuführen. Einmal hat die überhöhte Nachfrage nach Bauleistungen bei nicht ausreichendem Angebot in einer vorwiegend marktwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftsordnung zur Folge, daß die Preise steigen, was sich zwangsläufig in höheren Umsatzerlösen der Bauunternehmen niederschlagen muß. Dieser Preiseffekt tritt auch schon dann ein, wenn die Bauproduktion mengenmäßig nicht steigt. Da aber gleichzeitig auch mehr gebaut wurde, blieb die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage über längere Zeit bestehen und verstärkte die preissteigernden Tendenzen. Für den Bauherren war es in dieser Situation billiger, heute als morgen zu bauen. Zum anderen ist auf die nicht zu unterschätzenden Qualitätsverbesserungen, besonders im Wohnungsbau, hinzuweisen. Man vergleiche zu diesem Zweck ein "Eigenheim 1950" und ein "Eigenheim 1962", wobei in beiden Fällen Wohnfläche und Rauminhalt der Häuser gleich sein sollen. Die Güteunterschiede zwischen den beiden Objekten dürften nicht zu übersehen sein. Verbesserte Ausstattung ist im allgemeinen mit höheren Baukosten verbunden, was bei den herrschenden Marktverhältnissen ebenfalls zu steigenden Umsätzen führte. Bevor jedoch auf die - nicht zuletzt wegen des Arbeitskräftemangels - im Baugewerbe zu erkennenden Mechanisierungstendenzen etwas näher eingegangen werden soll, ist ein kurzer Rückblick auf die allgemeine Entwicklung des Bauhauptgewerbes seit 1950

angebracht. Man kommt dabei zu folgendem Ergebnis: von 1950 bis 1962 (jeweils Ende Juli) stieg die Zahl der Beschäftigten um über 20 000 Personen oder 44%; die im Juli 1962 auf Baustellen geleisteten Arbeitsstunden waren dagegen nur um etwa ein Drittel höher als im Juli 1950. Die unterschiedlichen Zuwachsraten geben eine Vorstellung von den eingetretenen Arbeitszeitverkürzungen. Im monetären Bereich ist die volle Wirkung des Baubooms deutlich zu erkennen; die Expansion der Löhne und Umsätze war um ein Vielfaches schneller als die Zunahme der Beschäftigten und Arbeitsstunden. Im Juli 1950 wurden für 43 000 Arbeiter und Angestellte etwa 10 Mill. DM als Löhne und Gehälter aufgewendet. Im Juli 1962 waren es bei 65 000 abhängig Beschäftigten bereits mehr als 47 Mill. DM oder rund 725,- DM je Beschäftigten gegenüber reichlich 240,- DM im Juli 1950. Der Juliumsatz, ebenfalls auf einen

abhängig Beschäftigten bezogen, belief sich 1962 auf etwa 2 300 DM. Der entsprechende Wert für 1950 hatte erst bei 610 DM gelegen.

Mechanisierungstendenzen

Die Divergenz in der Entwicklung der Realgrößen Beschäftigte und Arbeitsstunden und der Nominalgrößen Löhne und Umsatz wäre vermutlich noch größer gewesen, wenn nicht ein Teil der Preissteigerungen durch vermehrten Einsatz von Maschinen und Geräten mit ihrer größeren Leistungsfähigkeit kompensiert worden wäre. In ähnlicher Richtung wirken neue Produktionsverfahren, die in der letzten Zeit zunehmend beim Bauen angewendet werden, und die von der Verwendung industriell vorgefertigter einzelner Bauteile bis zur Montage von Fertighäusern reichen.

Geräte und Maschinen im Bauhauptgewerbe

Geräteart	Maßeinheit	Gerätebestand jeweils am 31. 7.						Veränderung 1962 zu 1961 in %
		1950	1955	1958	1960	1961	1962	
Betonmischer	Stück	1 374	2 345	3 210	3 943	4 344	4 804	+ 11
Turmdrehkrane	"	9	33	75	95	126	194	+ 54
Bauaufzüge	"	522	935	1 455	1 717	1 896	2 074	+ 9
Förderbänder	"	258	571	823	969	1 047	1 153	+ 10
Kompressoren	"	172	223	296	349	379	456	+ 20
Bagger	"	78	280	502	647	811	983	+ 21
Last- (Nutz) Kraftwagen	"	542	1 113	1 649	1 906	2 239	2 532	+ 13
Zugmaschinen, Traktoren	"	92	98	106	125	117	158	+ 35
Planierdrauen	"	.	117	294	361	424	547	+ 29
Schürfwagen	"	.	9	30	18	26	44	+ 69
Lader und Schütter	"	.	.	75	146	160	224	+ 40
Straßenbaumaschinen für Betonstraßen	"	.	.	30	19	21	32	+ 52
Schwarzdecken	"	.	.	339	487	550	645	+ 17
Straßenwalzen	"	118	218	259	302	356	407	+ 14
Verdichtungsmaschinen	"	.	.	382	512	737	861	+ 17
Bodenstabilisierungs- (Vermörtelungs-) Masch.	"	3	8	+ 167
Rammen (ohne Handrammen)	"	233	382	344	330	369	391	+ 6
Stahlrohrgerüste	t	2	114	333	646	1 045	870	- 17

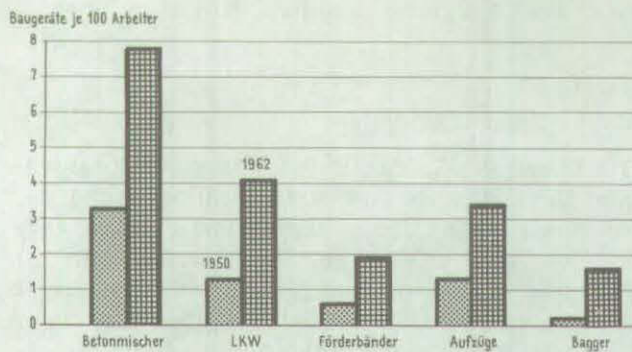
Aus vorstehender Tabelle sind Einzelheiten über die Veränderung des Gerätebestandes zu entnehmen. Die Vergleichbarkeit dieser Angaben über einen längeren Zeitraum wird dadurch etwas beeinträchtigt, daß die qualitativen Verbesserungen an den einzelnen Geräten nicht zum Ausdruck kommen. Alte, wenig leistungsfähige Geräte werden immer wieder durch neue, leistungsfähigere ersetzt, wodurch die Bauleistung steigt. Das gilt besonders für Geräte wie Planierdrauen, Schürfwagen und ähnliche, die in den ersten Jahren nach 1950 kaum vorhanden waren, aber seit 1957/58 zunehmend verwendet werden.

Die Veränderungen des Gerätebestandes geben aber nur einen Hinweis auf die allgemeine Tendenz zur Mechanisierung im Baugewerbe. Etwas deutlicher werden diese Angaben, wenn man den Gerätebestand in Beziehung zu den Beschäftigten setzt. Der Einfachheit halber

wird hier unterstellt, daß im Bestand vorhandene Geräte auch tatsächlich eingesetzt waren, was in der Wirklichkeit nicht immer der Fall ist. Es können einerseits weniger Geräte einer bestimmten Art am Stichtag im Einsatz sein, andererseits aber auch mehr; Geräte können von Eigentümern außerhalb des Bauhauptgewerbes oder außerhalb des Landes geliehen oder gemietet werden. Im Juli 1950 war im Bauhauptgewerbe für je 30 Bauarbeiter ein Betonmischer vorhanden, bis zum Juli 1962 verminderte sich das Verhältnis auf 14 Bauarbeiter. Bei den Bauaufzügen veränderte sich diese Relation von 80 auf 30 Arbeiter. Ein Förderband half 1950 über 160, 1962 nur noch 53 Arbeitern. Im Juli 1950 war für 77 Bauarbeiter ein Lastkraftwagen verfügbar, im Juli 1962 schon für 24.

Aus den Unterlagen der monatlichen Bauwirtschaftsberichterstattung läßt sich keine Kenn-

ZUNEHMENDE MECHANISIERUNG IM BAUHAUPTGEWERBE



ziffer gewinnen, mit deren Hilfe man die Veränderung der Kapitalintensität der Bauproduktion messen könnte. Als Erkenntnisbehelf kann allenfalls indirekt aus dem Rückgang des Anteils der Löhne und Gehälter am Umsatz auf zunehmende Kapitalintensität geschlossen werden. Im schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbe machten 1950 die Löhne und Gehälter knapp 37% des Umsatzes aus; bis 1961 verminderte sich dieser Anteil auf etwa 34%. Mit gut einem Drittel Lohnkosten, gemessen am Umsatz, gehört das Baugewerbe zu den lohnintensivsten Wirtschaftszweigen. Im Durchschnitt der gesamten Industrie Schleswig-Holsteins machten 1961 die Löhne und Gehälter 16% des Umsatzes aus. Bei der Nahrungs- und Genussmittelindustrie entfällt noch längst nicht ein Zehntel des Umsatzes auf Löhne und Gehälter. Lohnerhöhungen für Bauarbeiter beeinflussen daher die Baupreise - Konstanz aller anderen Wirkungsgrößen vorausgesetzt - erheblich stär-

ker, als Lohnerhöhungen im Nahrungsmittelgewerbe die Nahrungsmittelpreise erhöhen. Die Bauunternehmer versuchen daher, die teure Arbeitskraft gegen relativ billigere Maschinen und Geräte auszutauschen (Substitutionsprozeß).

Der Ersatz des Faktors Arbeit durch den Faktor Kapital findet auch in den Bilanzen des Bauhauptgewerbes seinen Niederschlag: Nach der Einheitswertstatistik nahm das Anlagevermögen (ohne Betriebsgrundstücke) von 1957 bis 1960 um mehr als die Hälfte (+ 57%) zu. Das Eigenkapital war 1957 um 7% größer als das gesamte Anlagevermögen. Bis 1960 verbesserte sich die Eigenkapitalsituation erheblich, so daß am 1.1. 1960 die Eigenmittel das gesamte Anlagevermögen um beinahe 30% überschritten. Weitere Einzelheiten über die Bilanzstruktur im Bauhauptgewerbe sind dem nachstehenden Aufsatz zu entnehmen.

Im Bauhauptgewerbe ist außerdem noch die Abhängigkeit der Bautätigkeit von der Witterung zu berücksichtigen, die einer kontinuierlichen Beschäftigung der Arbeitskräfte und Ausnutzung der Geräte hinderlich ist. Eine Reihe von Maßnahmen (z. B. Schlechtwettergeld, Zuschüsse zum Winterbau) haben das Ziel, die gleichmäßige Verteilung der Bautätigkeit über das ganze Jahr zu erreichen.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch: "Die Bauwirtschaft im Jahre 1961" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 142 (Mai) und "Bauhauptgewerbe im Jahre 1961" in Wirtschaft und Statistik 1962, S. 107 (Febr.)

Einheitswerte und Bilanz der gewerblichen Betriebe im Jahre 1960

Zusammen mit der Hauptveranlagung zur Vermögensteuer wurden am 1. Januar 1960 die Einheitswerte der gewerblichen Betriebe neu festgesetzt. Sie werden zur Bewertung des Vermögensbestandteiles "Betriebsvermögen" und in diesem Zusammenhang zur Vermögenbesteuerung und der Gewerbesteuerveranlagung benötigt. Die Einheitswerte werden daher in der Regel nur dann festgestellt, wenn das Betriebsvermögen mindestens 6 000 DM - die Freigrenze des Gewerbekapitals - beträgt und eine anderweitige steuerliche Befreiung nicht vorliegt. Die Zahl der Betriebe, für die ein Einheitswert ermittelt wurde, bleibt daher erheblich unter der Gesamtzahl der gewerblich tätigen Unternehmen zurück. Am 1. 1. 1960 waren es insgesamt 34 000 Gewerbebetriebe; diese sind ein Drittel der gewerbetreibenden Unternehmen oder die Hälfte der zur Gewerbesteuer veranlagten Unternehmen Schleswig-Holsteins. Im Vergleich zu 1957, der voran-

gegangenen Hauptfeststellung, waren es allerdings ein Fünftel mehr Betriebe, während sich die Zahl der Gewerbebetriebe insgesamt in Schleswig-Holstein kaum verändert hat.¹ Aber auch die Zahl der überschuldeten Betriebe, die nicht der Mindestbesteuerung unterlagen, hat

Zahl und Einheitswerte der gewerblichen Betriebe 1957 und 1960

Unternehmensform	Betriebe			Einheitswert		
	1957	1960	Veränd. in %	1957	1960	Veränd. in %
	Anzahl			Mill. DM		
Einzelunternehmen	22 885	28 125	+ 23	531	846	+ 59
Personengesellschaften	3 908	4 424	+ 13	427	614	+ 44
Körperschaften	1 543	1 663	+ 8	963	1 255	+ 30
Insgesamt	28 336	34 212	+ 21	1 921	2 715	+ 41

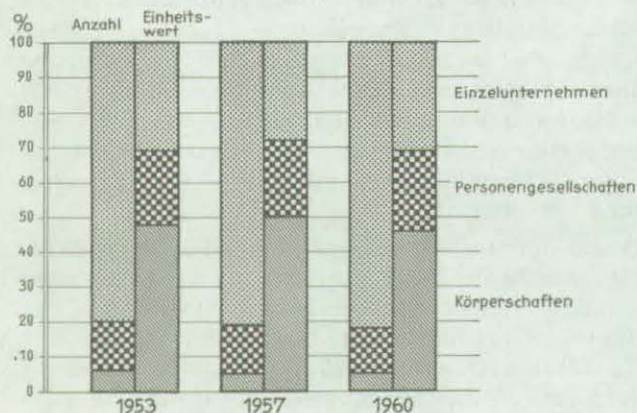
¹⁾ nach der Arbeitsstättenzählung gab es in Schleswig-Holstein 1950: 103 500 Arbeitsstätten und 1961: 100 300 Arbeitsstätten

zugenommen. Sie war mit 4 100 um über ein Zehntel größer als 1957.

Der Zugang an erstmals bewerteten Betrieben betraf in erster Linie solche, die im Laufe der drei Jahre mit ihrem Betriebsvermögen die Feststellungsgrenze von 6 000 DM überschritten hatten. Auf die weniger kapitalintensiven Einzelunternehmen entfielen dabei fast neun Zehntel aller Neuzugänge. Diese Unternehmensform wies somit auch die höchste Zuwachsrate aus (23 %). Sie stellte ebenso wie 1957 gut acht Zehntel aller zur Einheitswertfeststellung herangezogenen Betriebe. Die Zahl der Personengesellschaften, deren Anteil zu den beiden Feststellungszeitpunkten etwa ein Achtel ausmachte, nahm nur um 13 % zu. Die Zahl der Betriebe, die sich in der Hand von Körperschaften befindet, vermehrte sich um 8 % und stellte damit weiterhin ein Zwanzigstel aller Betriebe mit positivem Einheitswert.

D-3199

DIE GEWERBLICHEN BETRIEBE UND IHRE EINHEITSWERTE NACH UNTERNEHMENSARTEN



Die festgestellten Einheitswerte beliefen sich am 1.1.1960 auf 2,7 Mrd. DM, waren also um gut vier Zehntel größer als drei Jahre zuvor. Damit hat sich der Einheitswert je Betrieb von 67 000 DM auf 78 000 DM erhöht. Die überschuldeten Betriebe wiesen insgesamt einen negativen Einheitswert von 130 Mill. DM aus; das ist eine Vergrößerung um zwei Drittel, die dazu führte, daß sich die negativen Einheitswerte je überschuldeten Betrieb von 20 000 DM auf 31 000 DM ausdehnten. Bei den Einzelunternehmen stiegen die positiven Einheitswerte am stärksten. Sie stellten über vier Zehntel des Zuwachses an Einheitswerten und hatten mit 59 % auch die höchste Zuwachsrate. Die Einzelunternehmen konnten daher ihren Anteil an der gesamten Einheitswertsumme von knapp drei Zehntel auf fast ein Drittel ausdehnen. Die Einheitswertsumme der Personengesellschaften, deren Anteil sich nur geringfügig veränderte, wuchs um gut vier Zehntel. Die Körperschaften konnten dagegen nur 46 % der Einheitswertsumme - gegenüber der Hälfte im Jahre

1957 - auf sich vereinigen. Ihre Zuwachsrate betrug auch nur knapp drei Zehntel. Im Durchschnitt je Unternehmen erhöhte sich der Einheitswert der Einzelunternehmen von 23 000 DM auf 30 000 DM, während er bei den Personengesellschaften von knapp 109 000 DM auf 139 000 DM und bei den Körperschaften von 611 000 DM auf 730 000 DM anstieg.

Es gibt keine objektiven Maßstäbe zur Bewertung des Vermögens, denn das Vermögen ist eine statische Größe, hat also keinen Marktwert, was genau genommen eine preismäßige Bewertung ausschließt. Die Gesetzgebung hat deshalb zur Ermittlung der Vermögenswerte die Einheitswerte als Hilfs- und Richtgrößen geschaffen. Die allgemeine Bewertungsgrundlage ist dabei nach § 10 Bewertungsgesetz der gemeine Wert, das ist der Preis, der "im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach der Beschaffenheit des Wirtschaftsgutes bei einer Veräußerung zu erzielen wäre. Dabei sind alle Umstände, die den Preis beeinflussen, zu berücksichtigen". Für das Betriebsvermögen ist allerdings in der Regel der Teilwert maßgebend; das ist nach § 12 Bewertungsgesetz "der Betrag, den ein Erwerber des ganzen Unternehmens im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde. Dabei ist davon auszugehen, daß der Erwerber das Unternehmen fortführt". Um den Veränderungen im Wirtschaftsleben Rechnung zu tragen, ist vom Gesetzgeber eine Hauptfeststellung der Einheitswerte in mehrjährigen Abständen (drei bis sechs Jahre) vorgesehen. Diese Zeiträume sind für das Betriebsvermögen auch ungefähr eingehalten worden. Die letzte Festsetzung der Einheitswerte des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, des Grundvermögens, der Betriebsgrundstücke und der Gewerbeberechtigungen hat dagegen vor über 25 Jahren am 1.1.1935 stattgefunden. Im Gegensatz zu den übrigen Vermögensarten wird also das Betriebsvermögen bis auf die in ihm enthaltenen Betriebsgrundstücke gegenwartsnahe bewertet.

Die Einheitswertfestsetzung der gewerblichen Betriebe stützt sich auf die Vermögensaufstellung, die aus der Steuerbilanz, das ist die für die Gewinnermittlung nach dem Einkommensteuergesetz oder Körperschaftsteuergesetz maßgebende Bilanz, gewonnen wird. Diese Vermögensaufstellung umfaßt alle am Stichtag innerhalb des Betriebes vorhandenen Besitz- und Schuldposten. Dadurch wird es möglich, eine Bilanz der gewerblichen Betriebe aufzustellen.

Die Bilanz der gewerblichen Wirtschaft

Die Bilanz der gewerblichen Betriebe liefert Aufschlüsse über die Vermögen- und Kapitalstruktur der gesamten schleswig-holsteinischen

Wirtschaft. Denn die Betriebe mit einem Einheitswert repräsentieren zwar nicht der Zahl, aber doch der Bilanzsumme nach die Gesamtheit aller Gewerbebetriebe. Ähnliche Strukturdaten liefern die jährlich veröffentlichten Abschlüsse der Aktiengesellschaften. Diese Bilanzen beleuchten jedoch nur einen Teilbereich der Wirtschaft und sind außerdem regional nicht aufgliedert. Darüber hinaus können Vergleiche zwischen den aus der Einheitsbewertung und denen aus dem Jahresabschluß der Aktiengesellschaften erstellten Bilanzen, wenn überhaupt, nur mit erheblichen Vorbehalten angestellt werden, da beide von unterschiedlichen Bewertungsvorschriften ausgehen. Nur die Einheitsbewertung liefert also Daten für eine Untersuchung der Vermögen- und Kapitalstruktur der schleswig-holsteinischen Wirtschaft.

Die Aktiv- oder Vermögenseite dieser Bilanz gliedert sich nach:

Anlagevermögen

(Betriebsgrundstücke, Maschinen, maschinelle Anlagen u. ä. Sachanlagen sowie Finanzanlagen)

Umlaufvermögen

(Bargeld, Bankguthaben, Forderungen und Vorratsvermögen).

Diesen Vermögensteilen steht die Passiv- oder Kapitalseite gegenüber. Sie gliedert sich nach:

Eigenkapital

(Bilanzmäßig die Verbindlichkeit des Unternehmens an den Unternehmer)

Fremdkapital

(überwiegend kurz- oder mittelfristige Schulden gegenüber unternehmensfremden Gläubigern).

Die Bilanzen der Kapitalsammelstellen (das sind Banken, Versicherungen und Beteiligungs-

gesellschaften) werden in den folgenden Ausführungen gesondert behandelt, sind also in der Gesamtbilanz der gewerblichen Betriebe nicht enthalten, da ihre Bilanzrelationen völlig von denen der übrigen Wirtschaft abweichen.

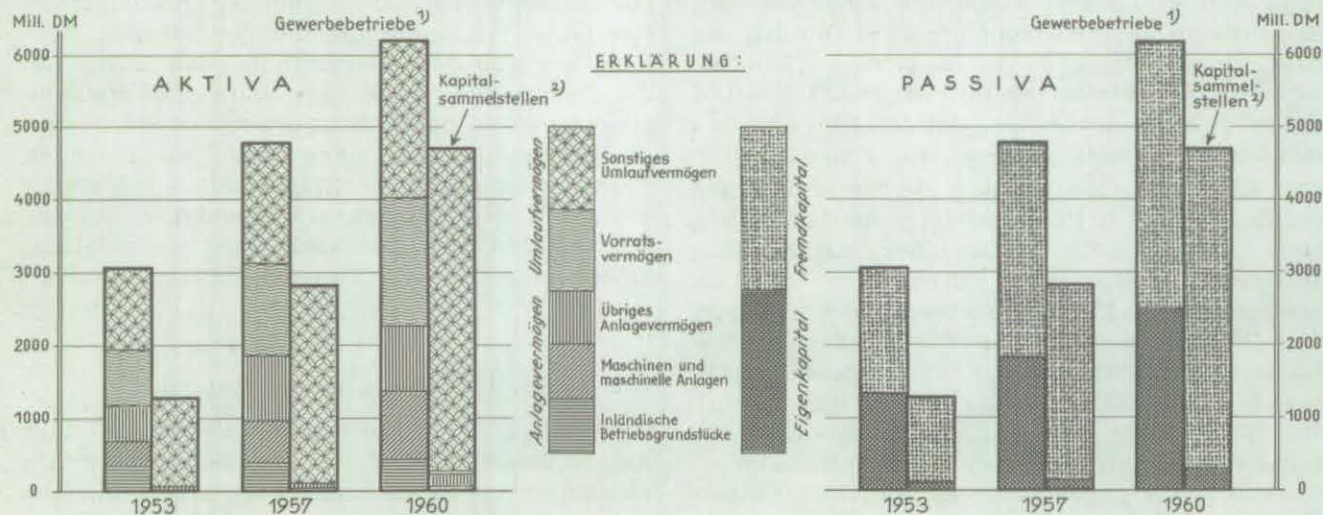
Gewerbliche Gesamtbilanz

Die Bilanzsumme für die 33 600 Gewerbebetriebe im engeren Sinne, also ohne Kapitalsammelstellen, betrug am 1.1.1960 6,2 Mrd. DM. Sie erhöhte sich seit dem letzten Hauptfeststellungszeitpunkt vor drei Jahren um fast drei Zehntel, gegenüber 1953, als die Einheitswerte erstmals nach dem Kriege statistisch erfaßt wurden, sogar um über das Doppelte; während die Zahl der Betriebe nur um ein Fünftel bzw. gut ein Drittel zunahm. Die Zahl der Betriebe nahm in dem Zeitraum zwischen 1957 und 1960 doppelt so stark zu wie in demjenigen zwischen 1953 und 1957. Die Bilanzsumme verbesserte sich dagegen im letzten Zeitraum sowohl relativ als auch absolut weniger stark als in dem vorangegangenen. Diese unterschiedliche Entwicklung liegt zum einen daran, daß zum Stichtag 1.1.1960 eine große Anzahl kleinerer Betriebe erstmals erfaßt wurde, zum anderen aber auch an der geänderten Steuergesetzgebung und dem Abklingen des kriegsbedingten Nachholbedarfs der gewerblichen Wirtschaft.

Trotz der teilweise stark abweichenden Entwicklung haben sich die einzelnen Aktivposten in ihren Relationen zur Bilanzsumme nur geringfügig geändert. Am beachtlichsten ist der rückläufige Anteil des Anlagevermögens gegenüber dem Umlaufvermögen. Das Umlaufvermögen verbesserte sein Verhältnis zum Anlagevermögen von 61 : 39 auf 63 : 37. Diese Verschiebung dürfte zum nicht unwesentlichen Teil auf die im Jahre 1958 für bewegliche Güter des

D-3194

VERMÖGEN UND SCHULDEN DER GEWERBLICHEN BETRIEBE



¹⁾ ohne Kapitalsammelstellen ²⁾ Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften

Anlagevermögens geänderte Abschreibungsform (degressive anstelle von linearer) zurückzuführen sein. Die Bewertung des Vermögens wird allerdings nur indirekt beeinflusst, da die bei der Einkommensteuer zugelassene Abschreibung für die Wertermittlung nur Anhaltspunkte liefern soll. Die Änderung machte sich besonders bei den "Sonstigen Sachanlagen" bemerkbar, da hierzu auch die Schiffe zählen, die den größten Betrag dieses Bilanzpostens stellen. Um so erstaunlicher ist es, daß die Maschinen und maschinellen Anlagen seit 1957 mit fast zwei Dritteln bei weitem am kräftigsten zunahm, womit sich ihre Relation zur Bilanzsumme von 12 % auf 15 % verbesserte. Dies ist eine Bestätigung dafür, daß die Technisierung der gewerblichen Wirtschaft immer stärker fortschreitet. Zusammen mit den ebenfalls überdurchschnittlich gestiegenen Vorratsvermögen sind sie gleichzeitig ein Kenn-

zeichen für die immer noch großen Investitionen, die die Unternehmungen zwischen 1957 und 1960 durchgeführt haben. Das "Sonstige Umlaufvermögen", in dem die Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen, sowie Bargeld, Sichtguthaben u. ä. liquide Mittel enthalten sind, dehnte sich durchschnittlich aus und stellt mit über einem Drittel weiterhin einen der umfangreichsten Aktivposten. Daß sich die Betriebsgrundstücke in ihrem Wert nur geringfügig erhöhten, ist nach der schon eingangs erwähnten unterschiedlichen Bewertung nicht verwunderlich. Ihr Anteil an den Aktiva war daher weiterhin leicht rückläufig. Den geringsten Anteil an den Aktiva haben die Finanzanlagen. Ihre mehr als das Doppelte über dem Durchschnitt liegende Zuwachsrates läßt sie jedoch von Mal zu Mal gewichtiger werden, was als ein Zeichen für die zunehmende finanzielle Verflechtung der Unternehmen zu werten ist.

Vermögen und Schulden der gewerblichen Betriebe nach Unternehmensarten¹

Bilanzposten	Alle Betriebe			nach der Unternehmensart am 1.1.1960					
	1.1.1957	1.1.1960	Veränd. in %	Einzelunternehmen		Personengesellschaften		Körperschaften	
	Mill. DM			Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Umlaufvermögen	2 941	3 931	+ 34	1 169	63	989	68	1 773	61
davon									
Vorratsvermögen	1 270	1 750	+ 38	531	29	429	30	791	27
Sonstige Umlaufvermögen	1 672	2 180	+ 30	639	34	559	39	982	34
Anlagevermögen	1 847	2 264	+ 23	685	37	463	32	1 116	39
davon									
Inländische Betriebsgrundstücke	388	431	+ 11	160	9	138	10	133	5
Maschinen und maschinelle Anlagen	571	944	+ 65	126	7	133	9	685	24
Sonstige Sachanlagen	778	709	- 9	346	19	160	11	203	7
Finanzanlagen	111	179	+ 62	53	3	32	2	94	3
Aktiva	4 788	6 195	+ 29	1 855	100	1 451	100	2 889	100
Fremdkapital									
Schulden und sonstige Abzüge	2 957	3 694	+ 25	1 009	54	845	58	1 840	64
Eigenkapital	1 831	2 500	+ 36	845	46	606	42	1 049	36
davon									
Schachtelbeteiligungen	36	43	+ 18	-	-	-	-	43	1
Einheitswert	1 795	2 457	+ 37	845	46	606	42	1 006	35
Passiva	4 788	6 195	+ 29	1 855	100	1 451	100	2 889	100
Zahl der Betriebe	27 888	33 630	+ 21	28 107		4 412		1 111	

1) ohne Kapitalsammelstellen

Den Bilanzposten des Betriebsvermögens stehen die des Kapitals oder - anders ausgedrückt - diejenigen, die es finanzieren, gegenüber. Im Zeitalter der Technik und dem dazu erforderlichen aufwendigen Produktionsapparat kommt es nur noch höchst selten vor, daß das Vermögen eines Betriebes ausschließlich aus eigenen Mitteln aufgebracht wird. Vielmehr ist dazu in mehr oder weniger großem Umfang fremdes Kapital notwendig. Nur noch die kleinen Betriebe können sich selbst finanzieren. In Schleswig-Holstein waren am 1.1.1960 nur 2 200 von 33 600 Betrieben, also nicht einmal 7 %, schuldenfrei. Das Fremdkapital spielt daher in allen Bilanzen eine große Rolle. Es wuchs je-

doch nicht so kräftig wie das Eigenkapital und war deshalb mit einem um zwei Punkte geringeren Anteil als 1957, nämlich sechs Zehnteln, an der Bilanzsumme beteiligt. Das Eigenkapital verbesserte sich zwangsläufig um diese zwei Punkte auf vier Zehntel. Damit hat sich die Kapitalstruktur, die sich von 1953 auf 1957 verschlechtert hatte, wieder leicht verbessert. Das Fremdkapital, das beiden vorangegangenen Erhebungen noch weiter aufgegliedert war, weist 1960 nur die beiden betragsmäßig unbedeutenden Darunter-Posten, Rückstellungen für laufende Pensionen und Pensionsanwartschaften, besonders aus. Über die Fristigkeiten der Schulden kann daher nichts ausgesagt werden.

Der Kern einer Bilanzanalyse ist der Vergleich zwischen Aktiv- und Passivseite. Als besonders wichtig wird dabei die Relation zwischen Eigenkapital und Anlagevermögen angesehen. Die sogenannte "goldene Bilanzregel" besagt, daß langfristig gebundene Aktiva (Anlagevermögen) durch langfristiges Kapital (Eigenkapital) finanziert werden sollen. Im Durchschnitt aller in Schleswig-Holstein zur Einheitsbewertung herangezogenen gewerblichen Betriebe wurde diese Forderung erfüllt. Die Relationen haben sich sogar seit 1957 verbessert. Die leichte Anlageunterfinanzierung im Jahre 1957, die durch die zum Teil über die Kapitalkraft einzelner Unternehmen hinausgehenden Investitionen bedingt war, hat sich wieder in eine leichte Überfinanzierung umgewandelt. Rechnet man die langfristigen Schulden dem Eigenkapital hinzu, wird das Anlagevermögen durch eigene Mittel und langfristiges Fremdkapital so ausreichend finanziert, daß aus dem Überschuß auch ein Teil des Vorratsvermögens gedeckt werden kann.

Die Bilanz nach Unternehmensarten

Die Körperschaften stellen mit fast der Hälfte (47%) den überwiegenden Teil der Bilanzsumme der erfaßten gewerblichen Betriebe. Der Anteil der Einzelunternehmen beträgt drei Zehntel und der der Personengesellschaften knapp ein Viertel. Die Bilanzrelationen sind bei den einzelnen Unternehmensarten recht unterschiedlich. Innerhalb der Aktiva unterscheiden sich die Bilanzrelationen der Personengesellschaften am stärksten, die der Körperschaften nur geringfügig und die der Einzelunternehmen überhaupt nicht vom Durchschnitt. Die größten Unterschiede treten bei den Bilanzposten der

Passiva auf. In der Reihenfolge: Einzelunternehmen, Körperschaften und Personengesellschaften weichen sie alle mehr oder weniger vom Durchschnitt und gegeneinander ab. Die dadurch auftretenden Strukturverschiebungen der Bilanz sind bei den Körperschaften am auffallendsten. In dieser Unternehmensart herrscht nach strengen Bilanzmaßstäben (Eigenkapital mindestens gleich Anlagevermögen) eine Unterfinanzierung, da das Anlagevermögen nur zu 94 % vom Eigenkapital gedeckt wird. Genau entgegengesetzt ist es bei den Personengesellschaften und den Einzelunternehmen, wo das Anlagevermögen zu 131 % und 123 % vom Eigenkapital finanziert wird, also eine noch größere Überfinanzierung als im Durchschnitt aller Gewerbebetriebe vorhanden ist (110 %). Erwartungsgemäß haben die Maschinen und maschinellen Anlagen in den Bilanzen der Körperschaften ein viel größeres Gewicht als bei den beiden anderen Unternehmensarten. Dafür ist ihr Anteil an den Sonstigen Sachanlagen (z. B. Werkzeuge, Kraftfahrzeuge, Schreibmaschinen, Büromöbel usw.) relativ hoch. Die finanzielle Verflechtung der Kapitalgesellschaften zeigt sich im Anteil der Finanzanlagen und Schachtelbeteiligungen bei den Körperschaften.

Die Bilanz ausgewählter Wirtschaftsbereiche

Die Struktur der Wirtschaftsbereiche hat sich in ihren Grundzügen sowohl gegenüber 1957 als auch 1953 nur unwesentlich verändert. Die ökonomischen und technischen Eigenarten bringen es allerdings mit sich, daß die Bilanzstrukturen der einzelnen Wirtschaftsbereiche mehr oder weniger voneinander abweichen. Nimmt man das Anlagevermögen als Unterscheidungsmerk-

Vermögen und Schulden der gewerblichen Betriebe¹ am 1. 1. 1960 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Zahl der Betriebe	Bilanzsumme Mill. DM	Aktiva					Passiva		
			Umlaufvermögen		Anlagevermögen			Fremdkapital ins-ges.	Eigenkapital	
			ins-ges.	darunter	ins-ges.	darunter			ins-ges.	darunter
				Vorratsvermögen		Inländische Betriebsgrundstücke	Maschinen und masch. Anlagen	Einheitswert		
in % der Bilanzsumme										
Alle Wirtschaftsbereiche	33 630	6 195	63	28	37	7	15	60	40	40
Herstellendes und verarbeitendes Gewerbe	11 161	3 823	64	30	36	6	22	61	39	38
darunter										
Handwerk	7 772	514	69	29	31	8	8	57	43	43
Energiewirtschaft, Gewinnung u. Verarbeitung v. Steinen, Erden, Bergbau	338	650	19	4	81	5	65	53	47	47
Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	2 318	1 525	78	39	22	4	13	70	30	29
darunter Schiffbau	48	871	83	40	17	2	13	82	18	18
Bauwirtschaft	3 391	438	75	30	25	4	10	66	34	34
Großhandel (o. Verlagswesen)	2 582	938	78	29	22	6	4	65	35	31
Einzelhandel	10 783	752	72	43	28	10	2	51	49	49
Verkehrswirtschaft	1 833	339	25	1	75	3	2	58	42	42

1) ohne Kapitalsammelstellen

mal, so lassen sich solche Wirtschaftsbereiche darstellen, in denen vornehmlich die Anlagen die Grundlage der Geschäftstätigkeit bilden und solche, die fast gar keine benötigen. Zum Kreis der sogenannten anlageintensiven Wirtschaftsbereiche, deren Anlagevermögen mindestens drei Viertel der Bilanzsumme ausmacht, gehören nach wie vor die Energiewirtschaft, Ziegeleien, Kieswerke u. ä. sowie die Verkehrswirtschaft. Umgekehrt ist das Verhältnis in der Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung, davon besonders bei den Werften, und im Großhandel, die mit einem Anteil von höchstens einem Fünftel ein nur geringes Anlagevermögen ausweisen.

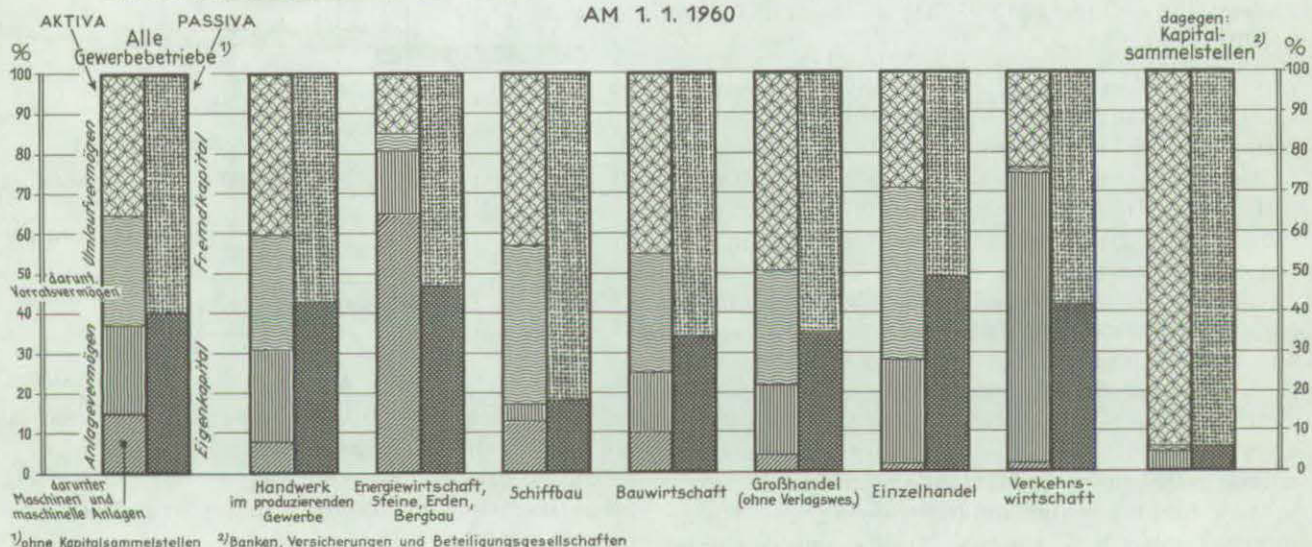
Interessanterweise verzeichnen die Wirtschaftsbereiche mit geringen Anlagevermögen eine erhebliche Überfinanzierung durch das

Eigenkapital. Besonders beim verteilenden Gewerbe (Großhandel und Einzelhandel) ist dies der Fall. Das Eigenkapital übersteigt hier das Anlagevermögen so stark, daß noch große Teile des Vorratsvermögens davon gedeckt werden konnten. Ebenso wie im verteilenden Gewerbe war auch in den meisten Bereichen des herstellenden und verarbeitenden Gewerbes das Anlagevermögen überfinanziert. Das niedrige Anlagevermögen der Werften wird allerdings nur knapp vom Eigenkapital gedeckt. Sehr günstig ist diese Relation auch für das Handwerk im herstellenden und verarbeitenden Gewerbe. Das hohe Anlagevermögen der Energiewirtschaft, der Ziegeleien, der Kieswerke u. ä. sowie das der Verkehrswirtschaft wird dagegen nur zu etwa sechs Zehntel vom Eigenkapital gedeckt. Große Teile des Anlagevermögens müssen mit Fremdkapital finanziert werden.

D-3195

DIE BILANZSTRUKTUR DER GWERBLICHEN BETRIEBE NACH AUSGEWÄHLTEN WIRTSCHAFTSBEREICHEN

AM 1. 1. 1960



Die Bilanz der Kapitalsammelstellen

Dieser Bereich unterscheidet sich nicht nur in seiner Bilanzstruktur, sondern auch in seiner Entwicklung von den übrigen Wirtschaftsbereichen. Während die Zahl der Gewerbebetriebe im engeren Sinne nur um ein Fünftel zunahm, waren es hier drei Zehntel. Ihre Bilanzsumme erhöhte sich sogar um über zwei Drittel, die der anderen gewerblichen Unternehmen dagegen nur um knapp drei Zehntel. Diese Bilanzverlängerung ist ein Zeichen für die immer noch anhaltende Kreditexpansion, obwohl sie nicht mehr so kräftig war wie zwischen 1953 und 1957, als sich die Bilanzsumme auf mehr als das Doppelte ausdehnte.

Das bei den Gewerbebilanzen im allgemeinen eine große Rolle spielende Anlagevermögen auf der einen und das Eigenkapital auf der anderen

Vermögen und Schulden der Kapitalsammelstellen am 1. 1. 1960

Bilanzposten	1. 1. 1957		1. 1. 1960		Veränd. in %
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	
Umlaufvermögen	2 722	97	4 476	95	+ 64
davon Vorratsvermögen	10	0,4	24	0,5	+ 125
Sonstiges Umlaufvermögen	2 712	96	4 452	95	+ 64
Anlagevermögen	95	3	227	5	+ 139
Aktiva	2 818	100	4 703	100	+ 67
Fremdkapital	2 680	95	4 410	94	+ 65
Eigenkapital	137	5	293	6	+ 114
davon Schachtelbeteiligungen	11	0,4	35	0,7	+ 230
Einheitswert	127	5	216	5	+ 71
Passiva	2 818	100	4 703	100	+ 67
Zahl der Betriebe		448		582	+ 30

Seite ist für die Kapitalsammelstellen ohne Bedeutung. Sie machen nur 5 % bzw. 6 % der Bilanzsumme aus. Vielmehr bestimmt das Sonstige Umlaufvermögen - vor allem die darin enthaltenen Debitoren - mit 95 % der Bilanzsumme die Bilanzstruktur. Diesem entsprechend dominiert auf der Passivseite - mit 94 % der Bilanzsumme - das Fremdkapital, das sind Verpflichtungen dieser Unternehmen gegenüber

ihren Einlegern und Versicherungsnehmern. Die finanzielle Verflechtung ist bei den Kapitalsammelstellen relativ groß. Sie weisen sowohl fast die Hälfte aller erfaßten Finanzanlagen als auch die der Schachtelbeteiligungen aus.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Die Bilanz der gewerblichen Wirtschaft in Schleswig-Holstein am 1. 1. 1957" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 226 (Oktober)

Kurzberichte

Industrielle Produktion 1962

(nach vorläufigen Indexziffern)

Trotz merklicher Abschwächung im Dezember des vergangenen Jahres lag die gesamte industrielle Produktion im Jahre 1962 um gut ein Prozent über dem Niveau des Vorjahres (Indexziffern 1961 = 278; 1962 = 281; bezogen auf 1950 = 100).

Ausgesprochen positiv war dabei die Produktionsentwicklung im Nahrungs- und Genußmittelsektor (+ 9 %), wo alle Indices der einzelnen Industriezweige den Vorjahresstand zum Teil beachtlich überschritten; in der Spiritusindustrie z. B. um 30 %, in der Fleischindustrie um 13 %, um nur die größten Veränderungen zu nennen. Gleichermäßen positiv war auch im ganzen gesehen die Entwicklung der Grundstoffe und Produktionsgüter (+ 9 %); im einzelnen war hier das Bild aber stärker differenziert; Neben deutlich expansiven Zweigen wie Mineralölverarbeitung (+ 19 %) und Chemie (+ 12 %) stehen solche, die das Produktionsergebnis des Vorjahres nicht erreichten (Sägewerke und Holzbearbeitung - 8 %; Eisen-, Stahl- und Tempergießereien - 6 %).

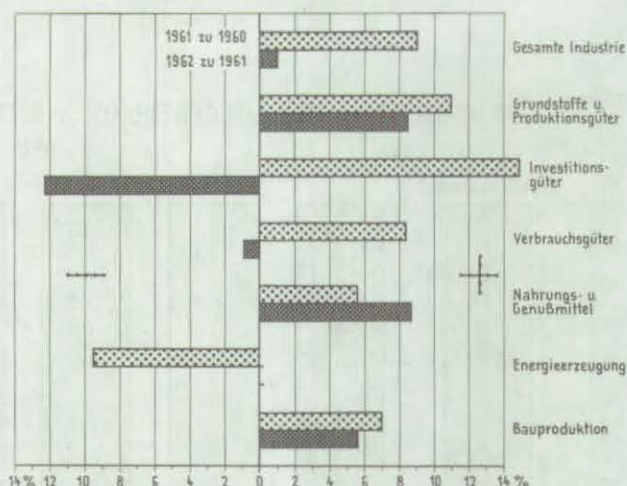
Vermutlich durch Witterungseinflüsse bedingt - im Dezember 1962 lag die Produktion im Industriezweig Steine und Erden nämlich um 35 % niedriger als im November 1962 - war das Jahresergebnis 1962 dieses Zweiges nur um 3 % höher als 1961, obwohl die industrielle Bauproduktion den Vorjahresstand um 6 % übertraf.

Auf unverändertem Niveau verblieb die gesamte Energieerzeugung, wobei die Gaserzeugung um 7 % zunahm, die Stromerzeugung jedoch leicht rückläufig war (- 1 %).

Von den im Index unter "Investitionsgüter" zusammengefaßten Industrien konnten nur der Stahlbau (+ 17 %) sowie die Feinmechanik und Optik (+ 5 %) den Produktionsstand des Vorjahres überschreiten, während der Schiffbau um 23 %, der Fahrzeugbau um 21 % darunter blieben. Auch im Maschinenbau und in der elektro-

D 3192

DIE VERÄNDERUNG DES PRODUKTIONSINDEX IN DEN LETZTEN ZWEI JAHREN



technischen Industrie blieben die Indices jeweils um mehr als 10 % unter dem im Vorjahr erreichten Stand. Die Produktion der gesamten Investitionsgütergruppe lag daher um 12 % niedriger als 1961.

Noch stärker differenziert als im Grundstoff- und Produktionsgütersektor war die Entwicklung bei Verbrauchsgütern. Als Ganzes gesehen blieb dieser Bereich zwar nur um ein Prozent unter dem Ergebnis des Vorjahres, aber in den einzelnen Zweigen bewegten sich die Veränderungen von Zunahmen um 45 % in der Kunststoffverarbeitung bis zu Abnahmen um 24 % in der Textilindustrie. Über dem Durchschnitt lagen ferner die Papierverarbeitung (+ 23 %), die Lederverarbeitung (+ 21 %), die Hohlglasindustrie (+ 17 %) mit ebenfalls beachtlichen Zuwachsraten. Unterdurchschnittlich entwickelten sich dagegen die Ledererzeugung (- 15 %) und die feinkeramische Industrie (- 5 %).

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch: "Industrielle Produktion 1962" in Wirtschaft und Statistik 1963, S. 37 (Januar)

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961/62			1962/63			
		Monats-Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung	1 000	2 267	2 321	2 329	2 329	2 330	2 350	2 351
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ¹⁾										
*Anzahl		1 654	1 877	1 397	1 896	971	1 617	1 759	1 707	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	9,7	7,3	10,1	4,9	8,1	9,1	8,5	...
Lebendgeborene ²⁾										
*Anzahl		2 867	3 355	3 161	3 366	3 373	3 190	3 220	3 514	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,2	17,3	16,5	17,0	17,1	16,0	16,7	17,6	...
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)										
*Anzahl		2 173	2 290	2 348	2 699	2 668	2 233	2 243	2 548	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,5	11,8	12,3	13,6	13,5	11,2	11,6	12,8	...
darunter im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		93	95	93	92	87	75	87	91	...
*je 1 000 Lebendgeborene		32,6	28,4	29,4	27,3	25,8	23,5	20,8	25,9	...
Mehr geboren als gestorben										
*Anzahl		694	1 065	813	667	705	957	977	966	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		3,7	5,5	4,2	3,4	3,6	4,8	5,1	4,8	...
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		6 523	7 031	6 116	4 744	6 707	8 532	6 272
*Fortzüge über die Landesgrenze		6 263	5 958	5 986	5 225	6 283	8 069	6 375
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		+ 260	+1 073	+ 130	- 481	+ 424	+ 463	- 103
*Umzüge innerhalb des Landes ⁴⁾		9 666	9 958	10 235	7 718	9 319	11 401	9 254
Wanderungsfälle ⁴⁾										
Anzahl		22 452	22 947	22 337	17 687	22 309	28 002	21 901
je 1 000 Einw. und 1 Jahr ⁵⁾		170	170	170	128	160	197	161
Umsiedler										
davon nach		609	234	267	178	142	146	145	298	82
Nordrhein-Westfalen		326	116	166	41	83	89	65	48	27
Baden-Württemberg		43	17	27	26	9	18	24	69	12
Rheinland-Pfalz		10	3	3	-	-	-	2	27	3
Hessen		12	2	-	6	-	8	-	52	3
Hamburg		218	96	71	105	50	31	54	102	37
Bremen		-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁶⁾	1 000	741 ⁺	799 ⁺	.	801	.	.	.	818	.
darunter *Männer	1 000	494 ⁺	533 ⁺	.	532	.	.	.	542	.
*Arbeitslose										
Anzahl	1 000	50	12	9	14	16	7	8	12	21
darunter *Männer	1 000	31	7	5	8	10	3	4	7	15
je 100 Arbeitnehmer		6,3	1,5	1,1	1,7	1,9	0,8	0,9	1,5	2,5

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mütter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 6) Arbeiter, Angestellte und Beamte

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961/62			1962/63				
		Monats-Durchschnitt			Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
LANDWIRTSCHAFT											
Viehbestand											
*Rinder (einschl. Kälber)	1 000	1 120 ^a	1 251 ^a	.	1 251	.	.	.	1 306	.	.
darunter *Milchkühe	1 000	426 ^a	467 ^a	.	467	.	.	.	478	.	.
*Schweine	1 000	1 279 ^a	1 636 ^a	.	1 636	.	.	.	1 655	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	126 ^a	171 ^a	.	171	.	.	.	168	.	.
darunter *trächtig	1 000	77 ^a	107 ^a	.	107	.	.	.	104	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St	14	20	32	18	19	42	36	19	22	
*Kälber	1 000 St	5	5	4	4	5	3	4	5	6	
*Schweine	1 000 St	81	107	124	138	150	135	145	152	155	
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St	15 ^D	12 ^C	24	33	31	5	22	32	30	
*Gesamtschlachtgewicht ⁷⁾ (einschl. Schlachtfette)	1 000 t	9,3	13,0	16,2	13,4	15,1	21,7	19,2	14,8	16,4	
darunter											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	4,4	7,1	4,1	4,2	9,9	8,1	4,2	4,9	
*Schweine	1 000 t	5,9	8,2	8,8	9,0	10,6	11,5	10,8	10,3	11,1	
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
*Rinder	kg	223	227	238	234	236	241	241	231	235	
*Kälber	kg	49	51	45	49	50	48	45	49	51	
*Schweine	kg	89	86	88	86	89	88	88	86	89	
Milcherzeugung											
*Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	153	112	134	148	97	113	135	150	
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	10,9	8,1	9,4	10,2	6,7	8,1	8,3	10,1	
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	87	89	86	86	87	86	86	86	87	
INDUSTRIE⁸											
*Beschäftigte	1 000	164	174	176	174	174	177	177	175	...	
darunter *Arbeiter ⁹⁾	1 000	136	142	144	142	142	144	144	141	...	
*Geleistete Arbeiterstunden ¹⁰⁾	1 000	24 439	24 761	25 777	24 144	24 501	25 981	25 356	23 021	...	
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	69,6	75,5	75,7	71,6	81,0	82,5	82,5	...	
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	22,9	25,1	27,5	24,1	26,3	27,9	31,5	...	
*Brennstoffverbrauch	1 000 SKE ¹¹⁾	74	68	80	81	73	65	64	61	...	
Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	11 193	12 574	9 939	10 170	9 763	8 880	7 982	...	
Heizölverbrauch	1 000 t	31	45	58	58	53	60	71	65	...	
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	88	95	89	91	103	103	93	...	
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mill. kWh	21	22	29	25	24	31	35	31	...	
*Umsatz ¹²⁾	Mill. DM	479	584	646	620	553	742	710	708	...	
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	79	84	103	66	81	53	132	...	
Index der industriellen Produktion											
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1950=100	224	278	292	296	258	296	312	286	...	
darunter Erzeugnisse des/der Erdölgewinnung		592	698	820	837	794	798	807	752	...	
Industrie der Steine und Erden		193	254	268	185	156	315	302	197	...	
Hochofen- und Stahlwerke		157	161	166	156	149	145	161	152	...	
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		112	154	149	191	151	148	148	132	...	
Mineralölverarbeitung		688	1 132	984	1 270	1 065	1 549	1 668	1 403	...	
Gummi- und Asbestverarbeitung		741	1 176	1 055	1 045	1 050	1 257	1 280	1 162	...	
Sägewerke und Holzbearbeitung		99	113	101	96	90	106	104	99	...	
papierherzeugenden Industrie		256	313	316	296	311	299	313	327	...	
Schiffbaues		312	297	290	317	281	211	220	232	...	
Maschinenbaues		273	340	288	337	250	284	293	370	...	
elektrotechnischen Industrie		508	702	705	757	627	591	656	633	...	
feinmechanischen und optischen Industrie		609	819	861	1 202	970	879	816	1 143	...	
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		166	222	242	247	201	261	285	224	...	
lederherzeugenden Industrie		116	96	108	94	101	85	99	91	...	
Schuhindustrie		217	243	286	235	260	277	290	236	...	
Textilindustrie		195	200	202	190	185	159	169	144	...	
Bekleidungsindustrie		127	151	180	153	163	180	174	127	...	
Fleischwarenindustrie		169	196	234	253	203	231	251	240	...	
fischverarbeitenden Industrie		189	197	250	227	185	245	257	235	...	
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		121	129	97	129	129	81	104	131	...	
tabakverarbeitenden Industrie		227	253	265	252	264	273	299	192	...	
Bauproduktion		190	227	239	191	163	265	271	206	...	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) gewerbliche Schlachtungen 8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrierichterstattung); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 9) einschl. gewerblicher Lehrlinge 10) einschl. Lehrlingsstunden 11) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 12) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1961/62 = 22

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961/62			1962/63			
		Monats-Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	131	127	129	119	117	121	123	...
*Stromverbrauch 13)	Mill. kWh	143	175	214	236	233	226	234	251	...
*Gaserzeugung (brutto) 14)	Mill. cbm	17	18	19	22	21	19	21	24	...
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe 15)										
*Beschäftigte		55 228	61 829	62 344	61 589	60 693	p64 434	p63 680	p63 050	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 618	9 890	7 179	7 017	p11 107	p10 274	p 7 076	...
darunter *für Wohngebäuden	1 000	4 157	4 172	4 185	2 991	3 123	p 4 556	p 4 242	p 2 864	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	32,2	34,8	26,0	25,0	p 45,5	p 41,9	p 30,5	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	2,2	2,4	3,2	2,4	p 2,9	p 3,0	p 3,8	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	101,4	114,5	131,0	71,5	p 152,4	p 144,6	p 160,0	...
Baugenehmigungen 16)										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) 17)		922	1 071	1 265	873	658	1 582	938	763	748
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	332	309	287	254	473	362	285	240
Veranschlagte reine Baukosten 17)										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	97,1	112,7	98,8	67,0	126,6	86,6	91,4	75,4
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	66,3	82,7	67,6	42,0	94,6	66,8	66,7	52,4
*Umbauter Raum in allen Gebäuden 17)										
(ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 369	1 583	1 350	898	1 717	1 087	1 143	948
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	862	1 043	855	515	1 114	761	758	607
*Wohnungen 18)										
darunter *in ganzen Wohngebäuden		2 109	2 479	2 941	2 469	1 447	2 976	2 283	2 346	1 728
		1 879	2 247	2 717	2 316	1 239	2 715	2 076	2 118	1 547
Baufertigstellungen										
Wohnungen 19)		1 533	2 162	1 774	9 208	724	2 444	1 717	10 652	...
Wohnräume 20)		6 064	8 767	7 294	37 379	2 874	9 219	6 825	43 129	...
HANDEL UND GASTGEWERBE										
*Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	-	-	-	-	84	101	103	140	89
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		-	-	-	-	87	98	99	123	89
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		-	-	-	-	81	108	117	179	89
*Hausrat und Wohnbedarf		-	-	-	-	85	103	110	162	79
*Sonstige Waren		-	-	-	-	85	100	99	133	93
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	508	831	858	525	716	530	364	241
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 376	2 320	4 490	604	2 124	2 654	5 787	372
Handel mit Berlin [West]										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	14 304	16 857	14 755	12 485	18 988	15 748	13 196	13 730
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	33 732	43 577	36 905	38 089	41 113	39 714	35 029	36 660
*Ausfuhr nach Warengruppen 21)										
davon Güter der	Mill. DM	67,7	89,5	74,0	124,9	73,2	64,3	92,8	129,0	...
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	6,6	7,1	6,4	6,5	5,7	6,9	5,7	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	82,9	66,9	118,5	66,7	58,6	85,9	123,3	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,1	3,3	3,7	3,3	2,8	3,0	2,1	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	8,5	6,2	10,6	6,4	6,5	8,5	11,7	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	71,4	57,4	104,2	57,0	49,4	74,4	109,5	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	3,4	4,3	4,4	3,7	4,4	3,6	3,8	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	68,0	53,2	99,8	53,4	44,9	70,8	105,7	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern 21)										
EWG-Länder	Mill. DM	11,0	18,1	25,5	27,6	24,1	20,8	17,5	16,3	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	5,3	3,6	6,4	5,5	8,0	5,9	5,5	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	8,0	16,4	15,6	13,0	5,4	5,7	5,0	...
EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	46,5	24,2	74,3	31,3	24,5	53,3	24,9	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	8,7	5,6	22,9	5,2	6,0	6,8	8,2	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	9,5	5,2	3,3	2,1	3,2	3,8	3,1	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	17,1	1,8	36,0	14,6	1,5	31,1	1,2	...
Schweden	Mill. DM	6,3	4,2	4,9	5,0	4,1	4,6	4,2	5,1	...
Fremdenverkehr 22)										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	140	68	54	62	98	70	54	...
darunter *Auslandsgäste	1 000	15	17	6	5	4	12	6	5	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	896	227	166	188	350	222	170	...
darunter *Auslandsgäste	1 000	33	34	13	11	8	18	11	11	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 13) einschl. Verluste 14) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 15) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für
 alle Betriebe (hochgerechnet) 16) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 17) nur Neubau und Wiederaufbau 18) nur Normalwohnungen
 19) Normalbau 20) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 21) 1962 = vorläufige Zahlen 22) ab Oktober 1962 = vorläufige
 Zahlen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961/62			1962/63			
		Monats-Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
VERKEHR										
Seeschifffahrt ²³⁾										
Güterempfang	1 000 t	377	508	479	498	451	667	845
Güterversand	1 000 t	102	150	134	150	170	152	131
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	126	154	209	147	158	206	165	141	24
*Güterversand	1 000 t	195	270	295	173	201	373	348	173	33
Nord-Ostsee-Kanal ²⁴⁾										
Schiffsverkehr										
Schiffe		5 645	6 437	6 605	6 233	5 776	7 382	7 285	6 330	2 555
darunter deutsche	%	65,5	63,7	62,1	60,5	63,1	62,9	64,5	62,0	*53,2
Raumgehalt	1 000 NRT	2 795	3 397	3 656	3 698	3 477	4 011	4 059	3 901	2 591
darunter deutscher Anteil	%	30,3	28,5	26,6	24,8	24,6	27,2	27,4	26,9	18,0
Güterverkehr	1 000 t	3 840	4 766	5 122	5 059	5 038	5 758	5 571	5 507	3 385
und zwar										
auf deutschen Schiffen	%	32,6	30,5	29,5	27,5	26,6	29,5	31,2	28,7	19,3
Richtung West-Ost	1 000 t	1 906	2 304	2 398	2 412	2 500	2 598	2 527	2 617	1 716
Richtung Ost-West	1 000 t	1 935	2 462	2 724	2 647	2 538	3 160	3 043	2 889	1 668
*Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		227	123	20	19	28	43	23	7	...
*Personenkraftwagen		2 107	3 081	3 156	2 615	2 697	3 862	3 127	2 582	...
*Kombinationskraftwagen		175	242	208	218	228	313	294	215	...
*Lastkraftwagen		293	374	396	346	318	474	447	381	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle		2 513	3 493	3 790	3 833	3 010	3 612	3 683	3 663	p 3 515
davon										
*mit Personenschaden		918	1 100	1 157	1 045	858	1 204	1 135	1 015	p 767
*nur mit Sachschaden		1 595	2 393	2 633	2 788	2 152	2 408	2 548	2 648	p 2 748
*Getötete Personen ²⁵⁾		40	50	52	61	48	77	65	44	p 33
*Verletzte Personen		1 130	1 394	1 453	1 266	1 061	1 529	1 429	1 382	p 949
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB) ²⁶⁾										
*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	3 105 ^d	4 943 ^d	4 862	4 943	4 937	5 569	5 652	5 705	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 ^d	1 436 ^d	1 391	1 436	1 405	1 611	1 620	1 632	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 ^d	1 425 ^d	1 389	1 425	1 401	1 601	1 611	1 622	...
*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	2 165 ^d	3 506 ^d	3 471	3 506	3 532	3 958	4 032	4 073	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^d	3 022 ^d	2 986	3 022	3 043	3 401	3 464	3 501	...
*Einlagen von Nichtbanken ²⁶⁾	Mill. DM	2 067 ^d	3 090 ^d	3 021	3 090	3 057	3 436	3 525
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^d	1 369 ^d	1 336	1 369	1 295	1 492	1 572
darunter *von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	837 ^d	1 071 ^d	1 042	1 071	1 028	1 162	1 212	1 219	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^d	1 721 ^d	1 686	1 721	1 762	1 944	1 953
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 ^d	1 159 ^d	1 128	1 159	1 188	1 307	1 314	1 362	1 393
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	85	91	170	128	101	82
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	70	85	135	87	79	73
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	8	7	17	3	12	7	10	11
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	2	-	1	-	-	-	-	1
Wechselproteste	Anzahl	636	754	726	806	694	722	721
	Wert	465	552	572	831	494	672	748
STEUERN ²⁷⁾										
*Landesteuern	1 000 DM	32 185	54 928	42 928	94 911	58 702	44 215	48 940	107 702	58 682
darunter										
*Vermögensteuer	1 000 DM	1 463	2 393	6 014	1 173	812	474	5 887	1 692	294
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	5 432	5 075	5 121	7 379	7 124	5 824	5 355	8 535
*Biersteuer	1 000 DM	420	561	639	579	510	729	604	633	539
*Bundessteuern	1 000 DM	93 577	121 732	116 979	152 393	135 849	125 056	127 233	184 687	118 724
darunter										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM	29 801	39 324	41 867	42 954	49 410	43 715	47 184	46 550	54 285
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 253	1 249	1 193	1 103	1 415	1 429	1 339	1 177
*Zölle	1 000 DM	7 838	8 529	9 550	9 032	12 817	10 610	10 826	7 127	8 884
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 359	49 191	49 159	53 029	47 526	51 606	49 674	77 741	29 881
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	35 876	36 492	39 727	38 158	38 432	37 499	63 773	16 661
*Notopfer Berlin ²⁸⁾	1 000 DM	354	44	12	127	29	16	46	6	7
außerdem *Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	6 077	12 661	7 976	3 603	3 824	12 006	6 679	3 267

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

23) Monatsangaben 1961/62 = vorläufige Zahlen 24) ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 25) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 26) Monatszahlen; Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 27) Rechnungsjahr, ab 1960 Kalenderjahr 28) ohne Abgabe auf Postsendungen d) Stand; 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961/62			1962/63			
		Monats-Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
noch: STEUERN										
Steuern vom Einkommen ²⁹⁾	1 000 DM	37 688	66 828	43 263	131 591	71 328	50 556	51 641	148 352	69 970
davon										
*Lohnsteuer	1 000 DM	14 013	25 257	31 337	31 209	36 382	41 592	37 736	38 751	44 130
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	30 164	8 721	72 638	22 478	6 941	10 503	82 904	22 960
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	617	160	303	1 126	417	583	171	402
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 322	10 790	3 045	27 442	11 341	1 605	2 819	26 526	2 479
Gemeindesteuern										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	77 034 ⁺	.	77 335 ^e	.	.	.	83 010 ^e	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	6 982 ⁺	.	7 273 ^e	.	.	.	7 279 ^e	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	12 710 ⁺	.	12 544 ^e	.	.	.	12 766 ^e	.
Baulandsteuer	1 000 DM	.	.	.	59 ^e	.	.	.	435 ^e	.
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	52 299 ⁺	.	51 844 ^e	.	.	.	56 458 ^e	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	5 029 ⁺	.	5 616 ^e	.	.	.	6 072 ^e	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	6 530 ⁺	.	6 094 ^e	.	.	.	5 738 ^e	.
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1958=100	100,0	94,5	93,4	93,6	93,2	92,4	93,8	p 94,4	...
Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	1958=100	100,0	100,3	100,1	100,1	100,2	100,7	100,6	p 100,5	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100,0	100,2	100,5	100,7	100,3	r 99,9	r 100,1	p 100,3	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1958=100	100,0 ^f	101,9	102,2	102,3	102,5	103,2	103,3	104,4	...
landwirtschaftlicher Produkte	1957/59=100	100,4 ^f	102,4 ^g	103,3	103,9	103,2	p 102,2	p 103,0	p 104,4	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1958=100	100,0	121,8	126,0	.	.	.	p 135,3	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1958/59=100	100,0 ^f	106,5 ^g	105,6	105,9	106,7	108,4	108,7	109,1	...
Einzelhandelspreise	1958=100 ^h	100	103	104	105	106	107	107	108	...
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁰⁾	1958=100	100,0	105,0	106,0	106,3	107,2	108,5	108,8	109,4	111,1
darunter										
Ernährung	100,0	103,6	104,4	104,7	106,1	106,3	106,8	106,8	108,3	111,0
Wohnung	100,0	118,0	119,2	119,7	120,2	123,1	123,1	123,1	126,5	...
Heizung und Beleuchtung	100,0	103,7	105,2	105,2	105,9	107,2	107,5	107,7	107,9	...
Bekleidung	100,0	104,0	104,9	105,0	105,8	107,6	107,8	108,0	108,4	...
Hausrat	100,0	101,1	102,6	102,7	103,2	104,2	104,2	104,3	104,6	...
LOHNE UND GEHALTER ³¹⁾										
Arbeiterverdienste in der Industrie ³²⁾										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	116,69	146,78	152,91	.	.	.	166,70	.	.
darunter Facharbeiter	DM	124,34	156,59	162,03	.	.	.	178,14	.	.
*weiblich	DM	67,56	88,45	93,31	.	.	.	100,85	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	243,5	307,9	319,4	.	.	.	358,1	.	.
darunter Facharbeiter	Pf	258,6	327,0	338,1	.	.	.	381,6	.	.
*weiblich	Pf	152,9	203,6	213,4	.	.	.	234,5	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	47,7	47,9	.	.	.	46,5	.	.
*weiblich	Std.	44,2	43,4	43,7	.	.	.	43,0	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	44,3	45,2	.	.	.	44,0	.	.
*weiblich	Std.	41,4	40,5	41,6	.	.	.	40,7	.	.
Angestelltenverdienste ³²⁾										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie ³²⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	732	762	.	.	.	812	.	.
*weiblich	DM	382	475	495	.	.	.	531	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	850	880	.	.	.	938	.	.
*weiblich	DM	403	500	528	.	.	.	562	.	.
im Handel ³³⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	679	719	.	.	.	761	.	.
*weiblich	DM	331	409	423	.	.	.	462	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	497	706	733	.	.	.	787	.	.
*weiblich	DM	259	.	340
in Industrie ³²⁾ und Handel ³³⁾ zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	696	733	.	.	.	777	.	.
*weiblich	DM	347	428	444	.	.	.	482	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	842	873	.	.	.	930	.	.
*weiblich	DM	391	494	520	.	.	.	558	.	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 29) in den Landes- und Bundessteuern enthalten 30) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1958 31) Effektivverdienste: 1958 und 1961 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 32) einschl. Baugewerbe 33) Handel, Geld- und Versicherungswesen e) 1. 10. - 31. 12. f) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli - Juni) g) Wirtschaftsjahr 1961/62 (Juli - Juni) h) Umbasierung der Originalreihe 1950 = 100

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

	Zeit 1)	Einheit	1950	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Wohnbevölkerung	JD	1 000	2 598	2 271	2 253	2 258	2 269	2 284	2 299	2 324 ^a
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben	JS	1 000	+ 17	+ 7	+ 7	+ 7	+ 8	+ 11	+ 10	+ 13
Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	JS	1 000	- 108	- 34	- 13	+ 6	+ 3	+ 3	+ 9	+ 13
Beschäftigte Arbeitnehmer ²⁾	30.9.	1 000	650	716	741	757	772	770	791	813
darunter in den Wirtschaftsbereichen										
Land- und Forstwirtschaft	30.9.	1 000	104	86	81	78	72	56	54	52
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30.9.	1 000	260	318	334	346	355	360	373	385
Handel und Verkehr	30.9.	1 000	121	148	158	163	171	177	183	188
Arbeitslose	30.9.	1 000	178	57	45	34	27	17	11	7
je 100 Arbeitnehmer	30.9.		21,5	7,4	5,7	4,3	3,4	2,2	1,4	0,9
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR										
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen	Mai	1 000	480	353	337	323	314	306	302	304
je 1 000 Einwohner	Mai		182	154	148	143	138	134	132	131
VOLKSEINKOMMEN										
Brutto-Inlandsprodukt ³⁾	JS	Mill. DM	3 866	6 238	6 879	7 612	8 429	9 073 ^b	9 666 ^b	...
je Einwohner		DM	1 488	2 747	3 054	3 371	3 715	3 972 ^b	4 204 ^b	...
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
Pferde	3.12.	1 000	167	99	87	80	72	58	46	38
Rinder	3.12.	1 000	999	1 040	1 072	1 094	1 129	1 196	1 219	1 251
darunter Milchkühe	3.12.	1 000	458	429	431	431	426	441	460	467
Schweine	3.12.	1 000	1 031	1 184	1 210	1 298	1 279	1 328	1 414	1 636
Schafe ⁴⁾	3.12.	1 000	129	112	112	116	119	113	105	109
Hühner ⁴⁾	3.12.	1 000	3 827	3 476	3 493	3 486	3 522	3 623	3 648	4 259
Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾										
Rinder	JS	1 000	164	253	229	280	293	295	341	342
Schweine	JS	1 000	818	1 455	1 441	1 675	1 745	1 725	1 883	2 021
Milcherzeugung										
Kuhmilcherzeugung	JS	1 000 t	1 562	1 577	1 586	1 662	1 699	1 682	1 750	1 831
Milchleistung je Kuh und Jahr		kg	3 610	3 554	3 711	3 857	3 946	3 951	3 965	3 980
INDUSTRIE⁶⁾										
Beschäftigte	JD	1 000	109	148	158	164	164	162	168	174
je 1 000 Einwohner			42	65	70	73	72	71	73	75
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	245	488	534	581	638	659	747	835
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	68	134	156	173	197	210	238	275
Umsatz ⁷⁾	JS	Mill. DM	2 416	4 223	4 840	5 363	5 744	6 053	6 407	7 011
darunter Auslandsumsatz	JS	Mill. DM	115	581	627	766	782	840	987	945
Index der industriellen Produktion einschl. Energie und Bau		1950=100	100	182	197	214	224	236	255	278
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Baugenehmigungen										
Wohnungen	JS	1 000	27,7	24,7	22,3	23,4	25,3	28,6	29,6	29,7
darunter in ganzen Wohngebäuden	JS	1 000	24,7	22,2	19,8	20,9	22,5	25,8	26,6	27,0
Baufertigstellungen										
Wohnungen										
Anzahl	JS	1 000	17,7	18,3	23,0	21,8	18,4	25,3	25,9	25,9
je 1 000 Einwohner			6,9	8,0	10,1	9,7	8,1	11,0	11,2	11,1
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	56,4	58,7	63,2	49,5	53,2	50,9	50,9
Wohnräume ⁸⁾										
Anzahl	JS	1 000	59,1	67,9	83,9	79,5	72,8	99,7	103,5	105,2
je 1 000 Einwohner			23,1	29,8	37,0	35,3	32,0	43,5	44,8	45,1
Bestand an										
Wohnungen ⁸⁾	31.12.	1 000	461,4	564,2	585,5	605,9	623,4	647,1	671,2	695,4
Wohnräumen ⁸⁾	31.12.	1 000	1 853	2 104	2 184	2 282	2 334	2 431	2 531	2 632

1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme 2) Arbeiter, Angestellte und Beamte 3) von Scheingewinnen bzw. -verlusten bereinigt; generalbereinigte Werte 4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 5) gewerbl. und Hausschlachtungen, einschl. des übergebietlichen Verstandes, ohne übergebietlichen Empfang 6) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieerberichterstattung) 7) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 8) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen a) Errechnet unter Zugrundelegung der auf der Grundlage der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschriebenen Wohnbevölkerung. Die Zahl ist nur als vorläufige Angabe zu verwenden und gilt nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung vom 6. 6. 1961 als überholt b) vorläufige Ergebnisse

KREISZAHLEN

Für diese Tabelle sind 34 Gegenstände ausgewählt, die abwechselnd veröffentlicht werden

KREISFREIE STADT Kreis	Wohnbevölkerung am 30. 9. 1962	Arbeitslose am 30. 9. 1962	Einnahmen aus Gemeindesteuern vom 1. 1. - 30. 9. 1962 in 1 000 DM	Schlüsselzuweisungen an Kreise und Gemeinden im Kj. 1963 in 1 000 DM	Aufwand der öffentlichen Fürsorge 1) im Rj. 1961 in DM je Einw.	Industrie 2)	
						Beschäftigte am 31. 12. 1962	Umsatz 3) in Mill. DM im Dez. 1962
FLensburg	97 773	291	11 566	4 136	32,94	7 285	23,8
KIEL	271 659	1 116	42 915	10 992	34,56	33 565	131,7
LÜBECK	236 987	955	40 406	11 907	36,28	35 069	115,4
NEUMÜNSTER	74 991	246	10 484	2 296	28,85	12 690	23,0
Eckernförde	64 687	86	4 626	5 742	35,30	1 830	4,8
Eiderstedt	19 223	36	2 044	1 211	27,25	423	2,0
Eutin	90 314	270	8 324	6 785	28,20	4 132	13,4
Flensburg-Land	65 628	108	3 741	6 871	24,86	729	2,1
Hzgt. Lauenburg	132 587	293	11 934	9 629	25,23	8 852	20,2
Husum	63 707	94	4 949	4 893	23,74	888	2,9
Norderdithmarschen	58 055	87	5 030	3 978	21,84	1 266	3,1
Oldenburg (Holstein)	80 143	308	6 591	5 384	22,45	1 163	5,5
Pinneberg	222 156	381	26 836	10 827	20,92	19 749	87,6
Plön	111 010	326	7 828	8 820	25,41	2 381	10,5
Rendsburg	159 786	368	13 086	11 364	23,74	9 521	56,1
Schleswig	98 242	86	8 285	7 743	27,52	4 286	23,7
Segeberg	97 396	93	5 985	7 274	21,53	4 985	17,2
Steinburg	122 649	160	13 724	5 850	25,75	10 678	35,8
Stormarn	147 541	251	15 419	8 238	21,01	9 449	86,1
Süderdithmarschen	72 291	58	7 451	4 490	26,32	4 915	39,4
Südtondern	61 845	58	6 325	5 129	24,44	1 006	3,7
Schleswig-Holstein	2 348 670	5 669	258 549	143 561	38,19	174 862	707,8

KREISFREIE STADT Kreis	Baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben im Jahre 1962						Baufertigstellungen im Jahre 1962		Kraftfahrzeugbestand am 1. 1. 1963		
	Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude 4)		Umbauter Raum in allen ganzen Gebäuden 4)		Wohnungen		Normal- wohn- ungen	Normal- wohn- räume 5)	Kraft- räder	Pkw 6)	Lkw
	ins- gesamt	darunter für Wohn- gebäude	ins- gesamt	darunter in Wohn- gebäuden	ins- gesamt	darunter in ganzen Wohn- gebäuden 4)					
	1 000 DM		1 000 cbm								
FLensburg	39 545	18 226	505	207	634	562	1 124	4 739	1 203	10 376	1 477
KIEL	110 269	65 031	1 293	768	2 415	2 271	1 793	6 285	3 753	29 990	3 989
LÜBECK	97 516	67 709	1 327	860	2 950	2 803	3 203	11 075	3 592	23 787	3 779
NEUMÜNSTER	30 039	22 458	406	266	790	739	699	2 857	897	8 065	1 173
Eckernförde	35 521	27 573	501	326	903	773	884	3 811	1 276	6 911	692
Eiderstedt	9 004	7 786	111	90	217	201	127	644	502	2 266	260
Eutin	29 216	24 582	354	294	753	728	652	2 838	2 194	10 047	1 342
Flensburg-Land	46 483	21 869	611	304	683	610	823	3 495	1 298	8 392	779
Hzgt. Lauenburg	67 794	50 603	878	623	1 760	1 452	1 564	6 160	3 613	14 368	1 465
Husum	29 897	19 547	427	238	628	495	645	2 629	1 231	7 284	933
Norderdithmarschen	25 677	19 247	380	256	805	541	683	2 646	864	6 840	1 013
Oldenburg (Holstein)	47 959	36 282	576	423	1 204	1 056	897	3 723	1 906	8 779	1 051
Pinneberg	174 509	129 597	2 328	1 488	4 295	3 939	3 456	13 851	3 454	25 101	3 282
Plön	45 838	35 722	600	416	1 220	1 070	1 188	4 906	2 470	11 859	1 346
Rendsburg	78 570	60 082	1 017	709	1 921	1 752	1 536	6 463	2 902	17 469	2 267
Schleswig	36 867	26 311	491	337	924	736	801	3 328	1 686	11 821	1 312
Segeberg	63 480	43 222	949	531	1 526	1 303	1 438	6 034	2 050	12 766	1 519
Steinburg	60 237	48 600	781	589	1 725	1 576	1 162	4 707	2 694	12 594	1 903
Stormarn	101 781	83 513	1 315	961	2 691	2 277	2 033	8 395	3 080	17 650	1 896
Süderdithmarschen	37 695	20 638	657	246	708	607	541	2 206	1 168	8 217	838
Südtondern	58 537	42 561	696	507	1 198	1 091	1 032	3 909	1 677	7 420	1 086
Schleswig-Holstein	1 226 434	871 159	16 203	10 439	29 750	26 582	26 281	104 701	43 510	262 002	33 402

1) einschl. Tbc-Hilfe 2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung)
 3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 4) Neubau und Wiederaufbau 5) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 6) einschl. Kombinationskraftwagen

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

	Zeit — Stand	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Ham- burg	Nie- der- sach- sen	Bre- men	Nord- rhein- West- falen	Hes- sen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bay- ern	Saar- land
BEVÖLKERUNG												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung in 1 000	30.9.1962 ¹⁾	54 959	2 349	1 846	6 722	717	16 165	4 921	3 468	7 972	9 706	1 095
Veränderung in %	"	+ 37	+ 48	+ 8	+ 48	+ 27	+ 35	+ 41	+ 17	+ 46	+ 37	+ 20
30. 9. 1962 geg. VZ 1936 ²⁾	"	+ 14	- 9	+ 18	- 0	+ 31	+ 24	+ 16	+ 18	+ 26	+ 6	+ 15
30. 9. 1962 geg. VZ 1950 ²⁾	"											
Bevölkerungsdichte 3) Einwohner je qkm	"	222	150	2 470	142	1 776	476	233	175	223	138	426
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen ¹⁾ in 1 000	Mai 1961	6 526	304	184	830	85	1 878	568	446	912	1 173	146
je 1 000 Einwohner	"	121	131	100	126	120	118	118	130	117	123	137
ARBEIT												
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁴⁾ in 1 000	31.12.1962	21 170	818	841	2 385	304	6 833	1 868	1 541 ^a	3 130	3 452	x
Arbeitslose in 1 000	31.1.1963	393	21	8	64	5	76	30	38 ^a	20	132	x
je 100 Arbeitnehmer ⁵⁾	"	1,8	2,5	0,9	2,7	1,7	1,1	1,6	2,4 ^a	0,6	3,7	x
VOLKSEINKOMMEN												
Brutto-Inlandsprodukt in Mrd. DM	1960	278	10	17	30	5	93	25	14	42	44	-
	1961	311 ^a	11	18	33	5	101	28	15	47	48	.
in DM je Einwohner	1960	5 327	4 269	9 194	4 536	7 090	5 894	5 252	4 077	5 479	4 674	-
	1961	5 764 ^a	4 682	9 768	4 990	7 316	6 357	5 724	4 428	6 001	5 080	.
LANDWIRTSCHAFT												
Erzeugung von Kuhmilch ¹⁾ in 1 000 t	Dez. 1962	1 494	135	2	267	2	225	97	74	206	479	8
in kg je Kuh und Tag	"	8,2	9,3	9,0	8,4	8,4	8,8	7,7	7,1	7,6	8,1	7,8
INDUSTRIE												
Beschäftigte ⁶⁾ in 1 000	31.10.1962	8 068	177	230	748	97	2 850	685	369	1 457	1 281	173
je 1 000 Einwohner	"	147	75	125	111	135	176	139	106	183	132	158
Umsatz 6) in Mill. DM	Okt. 1962	27 733	742	1 299	2 863	431	10 147	2 205	1 235	4 671	3 677	462
darunter Auslandsumsatz in Mill. DM	"	3 959	81	196	484	43	1 368	383	174	681	404	144
Produktionsindex 7) (arbeitstäglich) 1950 = 100	"	290	297	258	377	260	.	336	341	298	307	.
BAUWIRTSCHAFT¹⁾⁸⁾ UND WOHNUNGSWESEN												
Beschäftigte in 1 000	31.10.1962	1 499	64	50	188	23	414	128	92	231	276	33
je 1 000 Einwohner	"	27,3	27,4	27,0	27,9	32,7	25,6	26,0	26,5	28,9	28,4	29,8
Geleistete Arbeitsstunden in Mill.	Okt. 1962	257	11	8	33	4	72	20	16	41	46	6
je Einwohner	"	4,7	4,7	4,5	4,9	5,6	4,5	4,1	4,5	5,1	4,7	5,2
Zum Bau genehmigte Wohnungen ⁹⁾ Anzahl	Nov. 1962	51 057	2 283	2 749	6 043	518	14 681	4 763	2 669	9 194	7 456	701
je 10 000 Einwohner	"	9,4	9,8	14,9	9,0	7,3	9,1	9,8	7,7	11,7	7,7	6,4
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen) Anzahl	"	53 775	1 717	2 828	7 511	1 154	14 991	2 411	2 607	7 945	11 605	1 006
je 10 000 Einwohner	"	9,9	7,4	15,4	11,2	16,2	9,3	4,9	7,6	10,1	12,1	9,3
AUSFUHR												
Ausfuhr in Mill. DM ¹⁾	Nov. 1962	4 591 ^b	93	181	500	58	1 576	392	190	767	497	151
STEUERN												
Steueraufkommen in DM je Einwohner	3. Vj. 1962	122	78	239	92	145	137	130	88	137	103	88
Landessteuern 10)	"	199	170	750	149	382	215	163	144	187	148	116
Bundessteuern 11)	"	50	38	73	42	58	54	53	43	54	46	35
Gemeindesteuern	"											
GELD UND KREDIT												
Bestand an Spareinlagen ¹²⁾ in DM je Einwohner	30.11.1962	1 124	831	1 520	1 030	1 214	1 199	1 134	984	1 166	1 076	1 011

1) vorläufiges Ergebnis 2) Saarland; Stand: 14. 11. 1951 3) Gebietsstand: 6. 6. 1961 4) Arbeiter, Angestellte und Beamte 5) Beschäftigte und Arbeitslose 6) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 7) Gesamtindex (ohne Bau) 8) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 9) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 10) einschl. Landesanteil an den Steuern vom Einkommen 11) einschl. Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen und Notopfer Berlin 12) ohne Postspareinlagen a) einschl. Saarland b) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmontat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

Inhalt des laufenden Jahrgangs
nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Bevölkerungsbewegung	
Wanderungen 1961	1/20
Gesundheitswesen	
Ärzte 1961	1/22
Krankenanstalten 1961	2/55
Sterbefälle 1961	2/54
Wahlen	
Landtagswahlen 1962	2/36
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Schlacht tier- und Fleischschau 1961	1/23
Handel und Gastgewerbe	
Ausfuhr 1960 und 1961	2/40
Unternehmen des Großhandels 1960	1/4
Verkehr	
Fahrleistungen der Kraftfahrzeuge	1/24
Straßenverkehrsunfälle 1961	1/10
Geld, Kredit und Versicherungswesen	
Realkreditinstitute	1/14
Öffentliche Sozialleistungen	
Jugendhilfe 1961	2/46
Öffentliche Finanzen	
Umsätze und ihre Besteuerung 1961	1/15
Preise	
Wohnungsbau, Preisanstieg im -	2/47
Löhne und Gehälter	
Verdienste 1957 und 1962	2/51

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 10/1962

Hochschullehrer 1960
Berufsbildende Schulen 1961
Grenzüberschreitender Reiseverkehr
Postleistungen
Kraftfahrzeugbestand 1961
Soziale Rentenversicherung
Bausparkassen 1961
Verbraucherpreise

Ingenieurschulen
Heizölverbrauch
Schwerbeschädigte

Heft 11/1962

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts
Verbrauch in Arbeitnehmerhaushalten
Einzelhandelsstatistik
Einzelhandelsumsätze 1961
Soziale Krankenversicherung
Kriegsbeschädigte 1960 und 1961

Fremdsprachenunterricht
Nicht versetzte Schüler

Heft 12/1962

Bevölkerungsentwicklung
Mischfutterindustrie
Handelsdünger in der Landwirtschaft 1961/62
Steuerpflichtiges Vermögen 1960
Öffentliche Fürsorge
Erzeugerpreise industrieller Produkte

Kinobesuch und Fernsehen
Brandschäden 1961

Heft 1/1963

Unternehmen des Großhandels 1960
Straßenverkehrsunfälle 1961
Realkreditinstitute
Umsätze und ihre Besteuerung 1961

Wanderungen 1961
Ärzte 1961
Schlacht tier- und Fleischbeschau 1961
Fahrleistungen der Kraftfahrzeuge

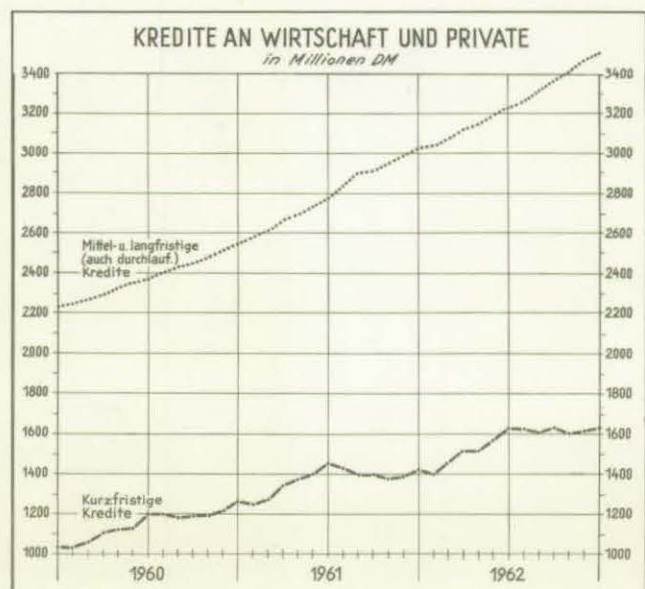
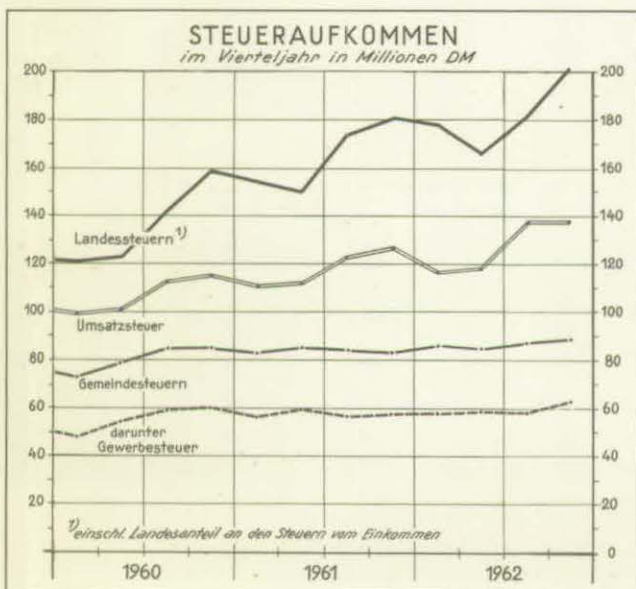
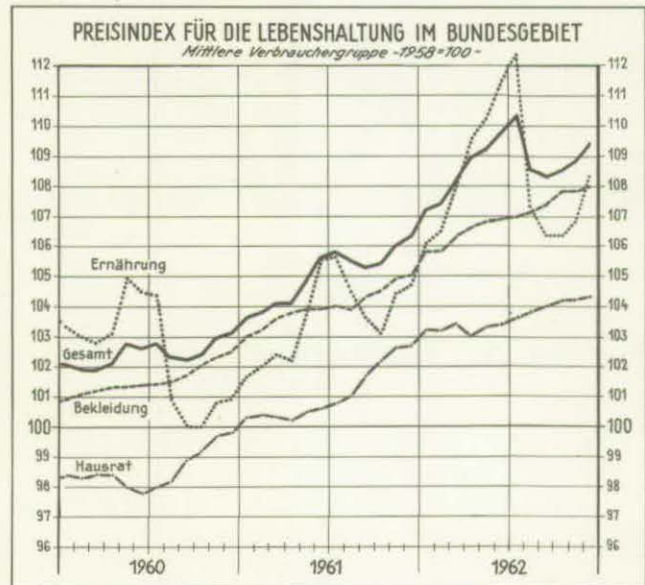
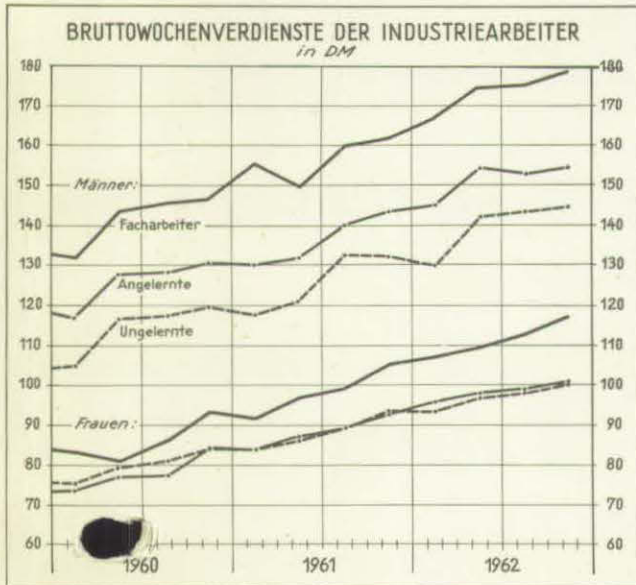
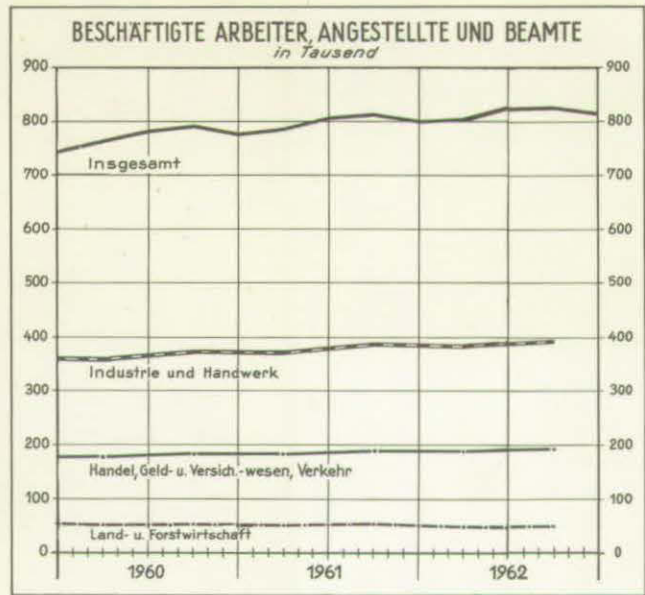
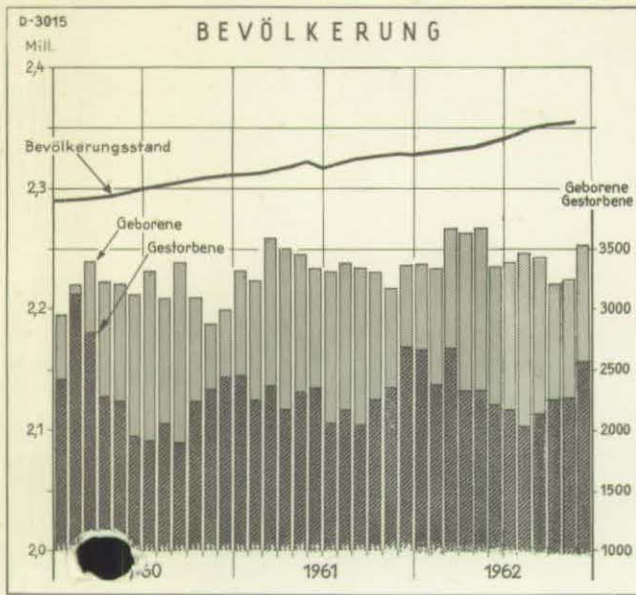
Heft 2/1963

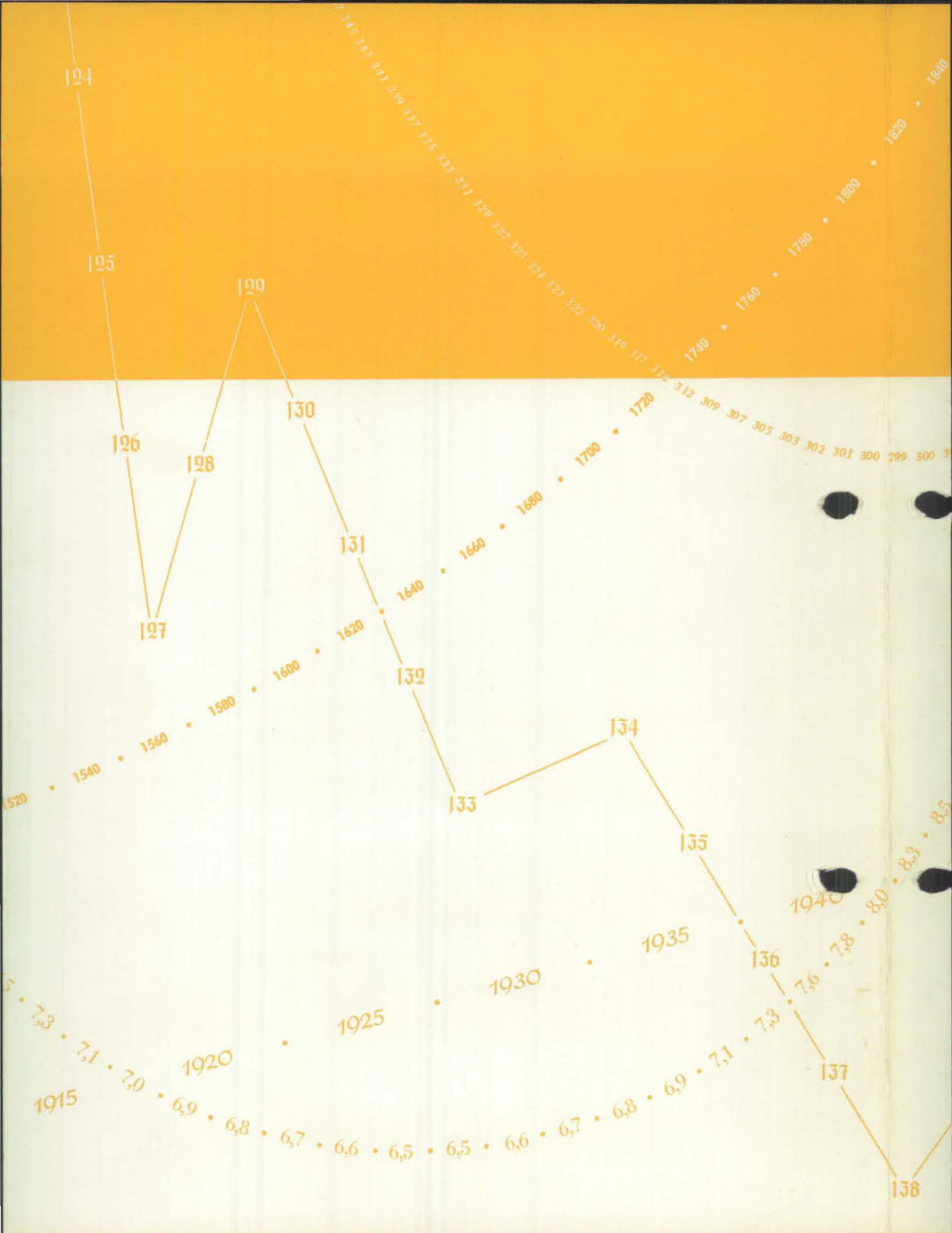
Landtagswahlen 1962
Ausfuhr 1960 und 1961
Jugendhilfe 1961
Preisanstieg im Wohnungsbau
Verdienste 1957 und 1962

Sterbefälle 1961
Krankenanstalten

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen